Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

14. Januar 1980
Jg. 8 Nr. 3

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Westliche Imperialisten gründen Afrika-Kartell

z.mam. Am 28.12.79 haben in Paris die USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien, die BRD und Belgien die „Konzertierte Aktion zur Entwicklung in Afrika“ (ADCA) gegründet. Sie wollen damit „der Afrika-Hilfe neue Impulse verleihen und ihre individuellen Anstrengungen mehr als bisher aufeinander abstimmen“. Ihr Plan ist, den afrikanischen Staaten die Möglichkeit zu nehmen, die Konkurrenz der imperialistischen Länder zu ihren Gunsten zu nutzen. Geschlossen wollen die Imperialisten ihre Bedingungen diktieren, insbesondere für die „Verkehrserschließung binnenländischer Gebiete und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Ressourcen“. Ins Auge gefaßt sind diese „gemeinsamen Bemühungen“ für alle Länder „südlich der Sahara“. Auch gegenüber der Sowjetunion wird damit der Anspruch auf den afrikanischen Kontinent klargestellt.

Treffen der Präsidenten von

Treffen der Präsidenten von Kenia, Tansania und Uganda

z.coi. Am 2.1. trafen die Präsidenten Binaisa von Uganda, Moi von Kenia und Nyerere von Tansania in Arusha (Tansania) zusammen. Es war das erste Treffen der Präsidenten der drei Länder seit 1971 und der erste gemeinsame Versuch, nach dem Zusammenbruch der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) 1977 und dem Einmarsch Tansanias in Uganda, die Widersprüche vor allem zwischen Kenia und Tansania zu lösen. Seit Anfang 1977 ist die Grenze zwischen beiden Ländern geschlossen und Tansania macht bisher die Wiedereröffnung vom Fortgang der Aufteilung des hauptsächlich in Kenia befindlichen Vermögens der EAC abhängig. Im Mai 1979 waren Moi und Nyerere bereits übereingekommen, die Liquidierung des EAC-Vermögens zu beschleunigen und die Lufträume ihrer Länder gegenseitig zu öffnen.

Sekou Touré gegen Spaltung der afrikanischen Einheit

z.dab. Neun Tage vor der sowjetischen Intervention in Afghanistan hat der Präsident von Guinea Sekou Touré sich gegen jede Einteilung der afrikanischen Staaten in „progressiv“ und „reaktionär“ gewandt. „Gewisse Fremde spalten die afrikanischen Staatsführer in Revolutionäre und Nicht-Revolutionäre, in Extremisten und Gemäßigte. Wir sind aber der Meinung, daß alle Mitglieder der OAU von dem Augenblick für den afrikanischen Fortschritt arbeiten, wo sie die OAU-Charta einhalten, die Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus verurteilt und für die Persönlichkeit und den Fortschritt Afrikas kämpft, und ... wo sie entschlossen sind, die Charta zu respektieren und anzuwenden.“ Eine Warnung v.a. an die Sozialimperialisten, die mit allen Mitteln versuchen, die OAU zu spalten.

Nach Vertreibung der Besatzer ist die Einheit Angolas möglich

z.hku. Nach „Bekräftigung“ des Freundschaftsvertrages zwischen Angola und der SU in Moskau, hat die angolanische Führung als erstes ihren Verteidigungsminister entlassen. Seine Bilanz wird wenig erfreulich gewesen sein. Der Widerstand gegen die sozialimperialistischen Okkupationstruppen aus Kuba ist keineswegs gebrochen. Vielmehr kontrollieren die Guerillas der Unita weite Teile des Südens Angolas, haben jedoch auch Basen nördlich der Benguela-Bahn und sind in der Lage, diese und andere Verbindungslinien nachhaltig zu stören. Die kubanischen Söldner haben in den vergangenen vier Jahren 3 000 Mann verloren, hat der Führer der Unita, Savimbi, bei einem USA-Aufenthalt erklärt. Das Ziel des Kampfes der Unita sei es, die Besatzer aus dem Land zu vertreiben, um dann eine Koalitionsregierung einschließlich der MPLA bilden zu können.

Sowjetische Aggressionstruppen in Afghanistan verstärkt

Sondersitzung der UNO-Vollversammlung / Pakistan bedroht

z.ges. Die Schätzungen, daß die Sowjetunion inzwischen über 80000 Mann in Afghanistan im Einsatz hat, dürften nicht übertrieben sein. Da die Sowjetunion das Land unter wirksame Kontrolle bekommen will, ist eher mit einer weiteren Verstärkung der sowjetischen Truppen in Afghanistan zu rechnen als mit ihrer Verminderung. Die sowjetischen Truppen haben in erster Aggressionswelle die Städte und hauptsächlichen Verbindungswege besetzt und versuchen jetzt, das Land zu säubern. Da sich die nationalen Befreiungskräfte auf die Bevölkerung, insbesondere auf die Landbevölkerung, stützen, verschärfen die Aggressionstruppen die Repressalien gegen die Dörfer. Es werden Bombenangriffe geflogen. Die nationalen Befreiungskräfte konzentrieren ihre Gegenangriffe in der Nacht, um die drückende Überlegenheit der Aggressionstruppen zu unterlaufen.

Im Verlauf der Aggression hat die Sowjetunion gegen Pakistan ihre Drohungen verstärkt. Die Flüchtlingslager in Pakistan füllen sich, und sie sind rückwärtige Basen der afghanischen Befreiungsbewegung. Pakistan im Südosten und Iran im Südwesten bilden jetzt die Barriere, die die Sowjetunion vom direkten Zugang zum Arabischen Golf noch trennen. Pakistan mische sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ein und sei ein Handlanger der internationalen Reaktion, verbreiten die sowjetischen Propagandaorgane. Solche Drohungen schaffen einen latenten Kriegszustand. Es ist die gleiche Methode, die Vietnam und die Sowjetunion gegen Thailand anwenden, seit sie ihre Marionetten in Phnom Penh installiert haben. Beim letzten Krieg gegen Pakistan hatte die SU Indira Gandhi marschieren lassen.

In der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung schickte die SU den Außenminister der afghanischen Regierung vor, die sie gerade an die Macht geschossen hat. Die Sowjetunion versäumt es nie, im Troß ihrer Aggressionstruppen die passenden Marionetten mitzubringen, die jeden Protest gegen die Aggression als Einmischung in die inneren Angelegenheiten verurteilen. So wird es seit der Besetzung der CSSR gemacht. Das ist auch die Hauptaufgabe der Marionetten im besetzten Phnom Penh. Das afghanische Außenministerium ist nichts anderes als eine Presseabteilung der Aggressionstruppen. Den Antrag auf Abzug der fremden Truppen aus Afghanistan haben die Philippinen und Mexiko eingebracht. Er wird wie der Antrag gegen die Aggression auf das Demokratische Kampuchea hauptsächlich von der Dritten Welt getragen.

Besonders empört seien die USA über den sowjetischen Angriff auf Afghanistan, weil sich Johnson und Breschnew seinerzeit versichert hätten, die jeweiligen Interessensphären nur nach gegenseitiger Vorwegunterrichtung auszudehnen. Parallel zu ihren Bemühungen, die sowjetische Aggression gegen Afghanistan zu konterkarieren, betreiben die USA ihre Politik des Drucks und der Schikane gegen den Iran. In der Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten geht es immer nur um die Frage, welche von ihnen ein Land in Abhängigkeit hält, nie um die Unabhängigkeit der Länder selber. Während die Sowjetunion die Ablehnung der von den USA gegen Iran beantragten Wirtschaftssanktionen ankündigt, verstärkt sie ihre Truppenkonzentrationen an der Nordgrenze des Iran, wo in der Provinz Aserbeidschan eine unruhige Lage herrscht.

Bei der Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan handle es sich um einen Aspekt des „Nord-Süd-Konflikts“, behauptet die Bundesregierung. Deshalb dürfe die „Ost-West-Entspannung“ unter dieser Entwicklung nicht leiden. Der SPD-Abgeordnete Pawelczik meldete sich aus den USA, wo er Militärgespräche führt: „Wir müssen aufpassen, daß die Türen nicht zugenagelt werden.“ Als Vietnam im Bündnis mit der Sowjetunion das Demokratische Kampuchea überfiel, spielte die Bundesregierung diesen Überfall lange als „Polizeiaktion“ herunter. Als die Volksrepublik China die vietnamesischen Grenzangriffe mit ihrem Gegenschlag beantwortete, bewunderte Schmidt lauthals die sowjetische Geduld. Jetzt heißt es, die Entwicklung in Afghanistan sei noch nicht zu überschauen, und man wisse nicht, warum die Sowjetunion dort interveniert sei. Der Schlüssel zur Wiedervereinigung liegt in Moskau, ist ein Kernsatz der bundesdeutschen Außenpolitik. Je mehr sich die Sowjetunion im Osten und in Asien verstrickt, um so eher wird dieser Schlüssel zu greifen sein, ist ein Kalkül dieser Außenpolitik. Es sich mit der Sowjetunion nicht zu verderben und ihre Asienpolitik nicht allzusehr anzugreifen, ist ein Leitsatz, der diesem Kalkül folgt. Die Forderung der Opposition, den Wirkungsbereich der NATO weltweit auszudehnen, schraubt den Preis dieser Politik gegenüber der Sowjetunion nur hinauf und paßt deshalb gut dazu.

Die US-Hafenarbeitergewerkschaft will die sowjetischen Handelsschiffe boykottieren. Sie ist traditionell antikommunistisch. Aber was heißt das noch, wenn die Politik der Sowjetunion längst allen kommunistischen Prinzipien ins Gesicht schlägt? Ein solcher Boykott mag mit der Regierung der USA abgestimmt sein, mit Antikommunismus hat er jedenfalls nicht mehr zu tun als die sowjetische Politik mit Kommunismus. Die ÖTV hat erklärt, sie wolle diesen Boykott nicht unterlaufen. Noch nützlicher wäre es, wenn die ÖTV und alle DGB-Gewerkschaften offen erklärten, daß sie den Widerstandskrieg in Afghanistan und den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea unterstützen. Kämpfen die Völker selber und unterstützen sich gegenseitig, dann wird keine der beiden Supermächte der Nutznießer sein und auch nicht die BRD-Imperialisten.

Angesichts der Aggressionspolitik der SU und der Hehlerpolitik der BRD ist es überhaupt nicht unvernünftig, sich die Forderung an die Bundesregierung zu überlegen, die „Friedensspiele“ in Moskau zu boykottieren. Das könnte sowohl gegen den Panzerexpansionismus wie gegen das Entspannungsgesäusel wirken. Die Nazis schickten die Legion „Kondor“ wenigstens erst nach den Berliner Spielen in den spanischen Bürgerkrieg, und es handelte sich nicht um sieben Divisionen.

Imperialisten verletzten Waffenstillstand in Zimbabwe: Sie wollen das Land zurückerobern



Während sich die Patriotische Front an das Londoner Abkommen hält – mehr als 20000 Befreiungskämpfer sind jetzt in den Lagern eingetroffen (unser Bild) –, brechen Imperialisten und Siedler laufend den Waffenstillstand. Statt die Siedlertruppen wie vereinbart in die Kasernen zurückzuziehen, billigt der britische Gouverneur ihren Einsatz „zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung“. Am Freitag erschossen sie einen Befreiungskämpfer auf dem Weg zu einem Lager, weil diese sich nicht entwaffnen lassen wollten. Südafrikanische Truppen sind auch weiter im Land. Patriotische Front und Frontstaaten fordern von Großbritannien die sofortige Beendigung der Waffenstillstandsverletzungen.

Die Monopolbourgeois ziehen an allen Fäden

Kapitalisten in den Metall-Tarifverhandlungen ohne Angebot / Regierung wird in Stellung gebracht

z.frb. In der Metallindustrie haben die ersten Verhandlungen über den Lohntarif stattgefunden. Daß die Kapitalisten kein Angebot vorgelegt haben, das sei „erwartungsgemäß“, schreibt das Handelsblatt. Stattdessen haben sie sich vor der Verhandlungskommission der IG Metall die Forderungen erläutern lassen; Forderungen, die mehr als drei Wochen bekannt waren. Selbst die Aufforderung, zum nächsten Termin mit einem Angebot zu erscheinen, haben die Kapitalisten unbeantwortet gelassen. Der Geist, der dem neuen, hurtig abgeschlossenen Schlichtungsabkommen angedichtet ward, ist entschwunden, noch eh er tätig war. Auf die „guten Sitten“ verzichten die Kapitalisten leicht, sobald es ihnen um was geht. Und es geht ihnen um viel.

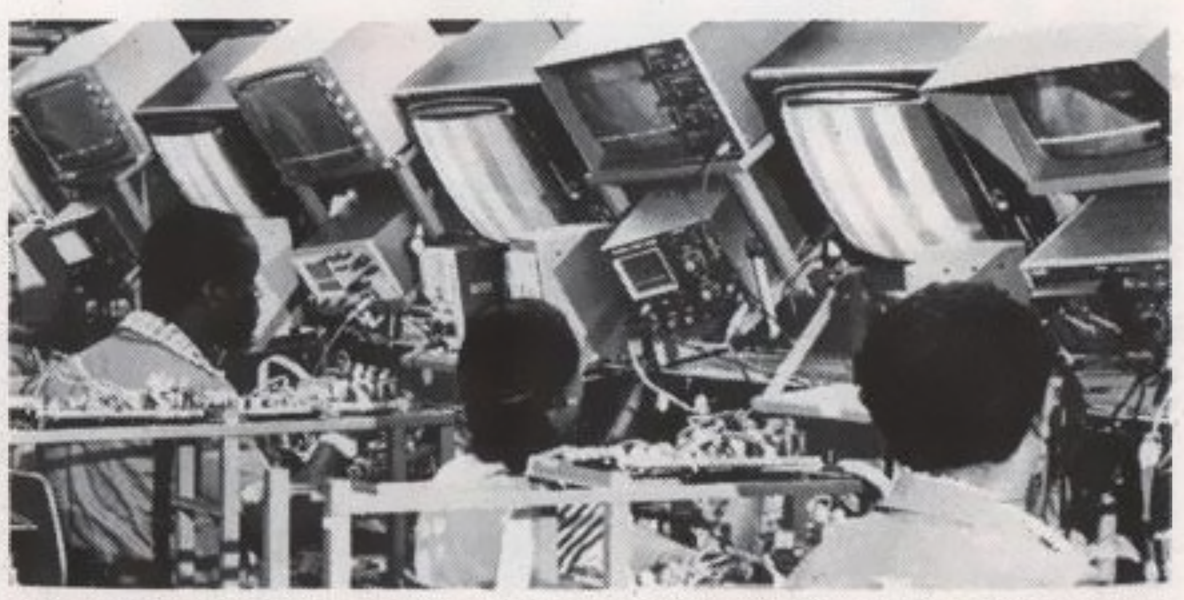
Die Töne werden deftig, die Taten sind noch abwartend. Im Dezember war Emminger, damals noch Präsident der Bundesbank, mit 6% ins Gefecht geschickt worden. Jetzt fordert Kirchner, der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, eine „Anpassung der Tarifpolitik an die geänderte Situation“. Die Bundesregierung wird angestubst, einen Vorgriff auf den Jahreswirtschaftsbericht zu tun und den Zeigefinger zu schwingen. Tatsächlich, kein Tag vergeht und die Regierung kann „ihre bisherigen Erwartungen nicht mehr aufrechterhalten“. (Siehe Presseübersicht S. 10) Diesen Montag soll ein Treffen von Gewerkschaftsvorständen und Kapitalisten beim Wirtschaftsminister stattfinden.

Die westdeutschen Imperialisten stehen nicht schlecht da unter ihresgleichen. Zwar ist der Exportüberschuß zusammengeschrumpft, aber es bleibt ein Überschuß – gegenüber dem Defizit der USA, dem Defizit Britanniens, Frankreichs, Italiens, ja nunmehr selbst des Rekordexporteurs Japan. Im IWF sind sie Gläubiger Nr. 1 geworden, das Europäische Managementforum zu Genf bescheinigt den westdeutschen (und schweizerischen) Weltmarkträubern weiten Vorsprung in der „Wettbewerbsfähigkeit“. Sieht man daran nicht, daß die Löhne, die die Kapitalisten in Westdeutschland zahlen, gemessen an der Intensität der Arbeit, zurück sind?

Daß die Kapitalisten gegen die Festbeträge in der Lohnforderung der IG Metall wettern, war zu erwarten. Auch Minister Baum hat eingestimmt und ließ vor dem Beamtenbund längere Tiraden gegen die „Sockelpolitik“ los. Ist gegen die Niedriglöhne eine Schranke gesetzt, so platzt die ganze Abgruppiererei, sei es durch Umbesetzungen oder Fluktuation. Das Billigangebot für die Exportschlacht entfällt, die Profite, die für den Kapitalexport gedacht sind, fehlen.

Der Weltmarkt schrumpft gegenwärtig, wie auch der innere Markt vor der Schrumpfung steht. Die Kapitalisten fürchten, Verbindungen und Märkte, die sie jetzt verlieren, verlieren sie für lange. Gerade, wenn sie sie sicher brauchen. Ein Viertel des westdeutschen Exports geht durch die Bücher der Deutschen Bank. Die 76 größten Auslandsinvestoren tätigen 60% des Kapitalexports. Das mit dem am höchsten monopolisierten Indusriekapital verschmolzene Bankkapital gibt den Ton an. Und von hier werden die Fäden gesponnen, an denen die Regierung hängt und die die Kapitalistenfront ins Feld führen gegen die Lohnbewegung. Dorthin muß man zielen, wenn man die Widersprüche in dem ganzen Haufen zum Tanzen bringt.

Kapitalexport der Elektrokonzerne in Niedriglohnländer drückt die Löhne in der BRD



Die Anzahl der Siemens-Beschäftigten hat sich in den letzten 10 Jahren im Ausland fast verdoppelt, in der BRD stagniert sie. Ein AEG-Arbeiter in Brasilien (Bild) erhielt 1977 etwa 1/3 des hiesigen Lohnes. Hier schließt AEG Betriebe.

z.gkr. **Schmidt, der in der vergangenen Woche Spanien besucht hatte, wurde „unfreundlich empfangen", wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" verärgert notierte.** In der regierungsnahen Zeitung „YA" wird die „teutonische Selbstgefälligkeit" Schmidts gerügt, der gesagt habe: „Wir werden nicht die Arbeitslosigkeit aus Spanien importieren." Erst vor kurzem hatte der westdeutsche Kanzler die „geringen Anstrengungen", die Spaniens Regierung und Wirtschaft für die Anpassung ihrer Industrie an den später harten Konkurrenzkampf innerhalb der EG mache, kritisiert und gleich selbst nachgeholfen: In Spanien wird eine Arbeitsgesetzgebung beraten, die derjenigen der EG-Imperialisten angepaßt ist, und wie hier ist der Sozialistenführer Gonzales, dessen gute Verbindungen zur SPD bekannt sind, auch beim Abschluß eines Rahmentarifabkommens zwischen der sozialistischen Gewerkschaft UGT und dem Kapitalistenverband vorne dabei. Gegen beides führt die Arbeiterklasse einen heftigen Kampf. – Der zweite Punkt, den die spanische Presse aufgegriffen hat: „Schmidt und die Strategen der Bundeswehr haben ihre Augen auf spanisches Territorium geworfen. Sie streben an, unser Land in einen Übungs- und Manöverplatz für ihre Luftwaffe ... zu machen ... An diesem Montag kommt Schmidt nach Madrid mit der – offiziell nicht zugegebenen – Absicht, Spanien, wenn es sein muß, schlagend und tretend, in die NATO zu zwingen." („YA")

z.mif. „**Die deutsche Wirtschaft warnt vor fortschreitender Politisierung des Außenhandels.**" Dies teilten die Kapitalistenverbände ihrem Leibblatt „Franfurter Allgemeine" anläßlich Carters Wirtschaftskrieg gegen den

z.mif. „**Die deutsche Wirtschaft warnt vor fortschreitender Politisierung des Außenhandels.**" Dies teilten die Kapitalistenverbände ihrem Leibblatt „Franfurter Allgemeine" anläßlich Carters Wirtschaftskrieg gegen den
Iran mit. „Wirtschaftliche Maßnahmen entsprächen nicht politischen Schwierigkeiten, die in erster Linie einer politischen Antwort bedürften." Peng. Im ersten Halbjahr 1979 habe die BRD-Kapitalisten die USA und Japan im Iran-Handel überholt und stehen mit 1,4 Mrd. Dollar an erster Stelle. Auf zwei Milliarden DM schätzen die Kapitalisten die BRD-Exporte nach Iran 1979. Auf *den* Profit und auf *die* Marktstellung verzichten sie nicht wegen Carters blauer Augen. „Besonders erfolgreich im iranischen Markt ist ein deutscher Käse aus Kuhmilch mit dem Namen ‚Feta', der dem Geschmack des Schafskäse nahekommt." Der Iran ist auf die Lieferung von Nahrungsmitteln angewiesen, die Ruinierung der Landwirtschaft durch das Schahregime ist nicht im Handumdrehen aufzuheben. Die iranische Regierung spitzt geschickt die Widersprüche zwischen erster und Zweiter Welt. – Aus Kuwait wurde die Nachricht lanciert, Frankreich habe längst einen Vertrag Öl gegen Lieferungen jeder Art einschließlich Waffen mit dem Iran abgeschlossen. Die Lancierung riecht nach einer Frucht der Nahost-Reisevorbereitungen des Grafen Lambsdorff – unter der deutsch-französischen Freundschaftsdecke werden mehr Fußtritte als Zärtlichkeiten ausgetauscht. Ganz so kaltschnäuzig wie die Franzosen handeln die BRD-Imperialisten nicht gegen die USA; deren Truppen stehen im Land. – Der tägliche Geiseltränenbericht aus Teheran ist auf der Presse gestrichen, Carter sieht, daß er mit seiner Erpressungspolitik nicht durchgekommen ist und nur den Sozialimperialisten Spielraum verschafft hat zum Einmarsch in Afghanistan. Seither muß die Sorge um das geistliche Wohl des Botschaftspersonals kürzertreten. „Bild" versteht das.

z.tit. **Auf annähernd 50 Mio. DM hat die Bundesregierung 1980 die Förderung der Auslandshandelskammern und der Teilnahme von Kapitalisten an Messen und Ausstellungen im Ausland erhöht.** Damit hat sie die Subventionierung der „nicht-amtlichen Auslandshandelskammern" seit 1975 von 10 auf 20 Mio. DM annähernd verdoppelt, denn die Bundesregierung sieht in ihnen „die wichtigsten ... Einrichtungen zur Vertretung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland". Die Auslandhandelskammern sind „Zusammenschlüsse von Unternehmen, Organisationen und Einzelpersonen" (soweit sie kapitalkräftig sind) und werden mit zur Zeit 495 öffentlich geförderten Personalstellen in den Ländern unterhalten, die für den Waren- und Kapitalexport der BRD von Bedeutung sind. Sie sind pro Forma „bilaterale Zusammenschlüsse", wodurch die Länder der 3. Welt gezwungen werden, die Statthalter des BRD-Imperialismus auf eigenem Territorrium zu dulden. Wo die Anerkennung noch nicht erzwungen ist, werden jetzt „als neues Instrument" die „Delegierten der deutschen Wirtschaft" entsandt, die die Aufgaben der Handelskammern übernehmen sollen.







z.gug. **Westdeutsche Banken haben Anfang des Jahres die gesamte Versteigerungsmenge von 444000 Goldunzen der Auktion des IWF zu einem Preis von 562,85 Dollar je Unze aufgekauft.** Die Nachfrage an den Börsen nach Gold war in der ersten Januarwoche so rasant und mit ihr der Anstieg des Goldpreises, daß die Pariser Börse schließen mußte, weil sie die Kaufaufträge nicht mehr bewältigen konnte, die Londoner und Züricher Börse konnten den Kurs zeitweilig nicht mehr nennen. Der gesamte Goldhort beträgt z.Z. 85000 Tonnen. Die jährliche Goldförderung liegt bei 1200–1400 Tonnen, das entspricht bei einem Preis von 500 Dollar je Unze einem Drittel des Papiergeldumlaufs der BRD Ende 1979. Die Goldförderung kann mit den ständig wachsenden Krediten nicht annähernd standhalten. Die krisenhafte Zuspitzung der Widersprüche zwischen den Imperialisten und den Imperialisten und den Entwicklungsländern beschleunigt den Run der Imperialisten auf das Gold, was den Preis, den die US-Imperialisten lange künstlich niedrig gehalten hatten, in die Höhe schnellen läßt.

z.mif. **Der Außenhandelsüberschuß der BRD ging von Januar bis November 37,374 Mrd. DM 1978 auf 21,675 Mrd. DM 1979 zurück.** „Rohstoffverteuerung insbesondere beim Öl" geben die Bourgeois als Grund an; tatsächlich liegt die Einfuhr aus den OPEC-Staaten mit 21,6 Mrd. DM (Jan.–Okt. 1979) aber praktisch gleich hoch wie 1976; erhöht nur gegenüber 1978, weil die Imperialisten die Ölpreise drücken konnten. Im wesentlichen spiegelt die Verringerung des Außenhandelsüberschusses nur die Steigerung des Kapitalexports wider: die BRD-Imperialisten lassen zunehmend in anderen Ländern produzieren. So tätigten sie die meisten „Direktinvestitionen" in den USA, während die Handelsbilanz mit den USA – nach +2,7 Milliarden

BRD-Nettokapitalanl. im Ausl.	August	September	Oktober
	(in Mio. DM, 1979)		
Direktinv.	833	527	1073
Portfolioinv.	230	– 72	208
Kredite, Darl.	415	– 172	608

1978 – 1979 nur noch einen geringen Überschuß ausweist. Kapitalexport in Höhe von 6,9 Milliarden tätigten die westdeutschen Imperialisten bis Oktober; die ausländische Konkurrenz schob demgegenüber nur 2 Mrd. DM in die BRD. Die Kredite und Darlehen der westdeutschen Banken an ausländische Kapitalisten und an die Dritte Welt sind mit 15,6 Mrd. DM gegenüber 1978 fast verdoppelt. Die „Leistungsbilanz" – der Saldo aus Außenhandel, Dienstleistungen (z.B. Reiseverkehr) und Übertragung (z.B. Rentenzahlung ins Ausland) – weist 1979 erstmals seit 14 Jahren ein Defizit aus: ca. 8 Milliarden.

Besoldungsstrukturgesetz im Bundesrat abgesegnet

Spaltkeil zwischen die einfachen Beamten und den Gehobenen Dienst

z.eve. Im Dezember 1979 ist im Bundesrat das Gesetz zur „Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 1980" verhandelt worden. Der Gesetzesentwurf beinhaltet eine Neuordnung der Besoldungsstruktur im Öffentlichen Dienst. Für Beamte gibt es vier Laufbahnen. Den einfachen (A1–A4), den mittleren (A5–A8), den gehobenen (A9–A12) und den höheren Dienst (A13–A16).

Nach dem neuen Gesetz liegt das Eingangsamt für den mittleren Dienst bei A6 mit einer verlängerten Probezeit mit Bezahlung aus A5. Für den gehobenen Dienst liegt es jetzt bei A10 mit verlängerter Probezeit mit Bezahlung aus A9. Weiter wurde die sogenannte Polizeizulage, die Anfang 1979 für Polizeibeamte beschlossen wurde, für alle A9-Stellen im mittleren Dienst ermöglicht. Der Bundesrat hatte damals die Polizeizulage folgendermaßen begründet: „Die von Kriminalhauptmeistern und Polizeihauptmeistern der Besoldungsgruppe A9 wahrzunehmenden Funktionen weisen infolge der Vielfalt der polizeilichen Aufgaben unterschiedliche Wertungen auf. Es ist deshalb geboten, die herausgehobenen Funktionen durch eine Zulage auch besoldungsmäßig anzuerkennen." Die Polizeizulage ist jetzt auch auf Beamte der Zollfahndung und Bahnfahndung erstreckt worden. In der Besoldungsgruppe A9 sitzen (u.a.) Amtsinspektoren, Oberin, Obergerichtsvollzieher und Polizeikommissare. Die Besoldung lag 1979 bei 2521 DM. Genau in diesem Bereich, A9, A10, der den BAT-Lohngruppen Vb/a und IVb und a entspricht, will der Dienstherr eine Spaltungslinie errichten. Das ist ihm im sonstigen Öffentlichen Dienst schon gelungen, aber bei den Beamten gibt es da bisher Schwierigkeiten. Zwar ist in diesem Bereich des gehobenen Dienstes, nämlich A10 und A11 geräumt worden (von 1968 bis 1977 ca. 114000 Beschäftigte weniger, das sind ca. 7%), aber die Besoldungsgruppen A9 und A12 des gehobenen Dienstes sind stark angestiegen, um ca. 200000 Beschäftigte, also ca. 13%. Die Politik des neuen Besoldungsgesetzes bedeutet also: Anhebung eines Teils der Beschäftigten in A9 mit „besonderen Funktionen" und Drückung des Rests und außerdem eine höhere Eingangsstufe in den gehobenen Dienst. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" im letzten Oktober: „Wenn der gehobene Dienst generell in A10 anfängt, dürfte sich die Beförderungsleiter weiter nach oben verschieben ... Dann wird die Bundesregierung vor der – unpopulären ... – Frage stehen, ob sie im höheren Dienst Luft schaffen soll."

Wenn einmal der gehobene Dienst abgespalten ist von den einfachen Leuten, so wird es auch leichter fallen, zum Beispiel bei den Lehrern aufzuräumen. Interessant ist, daß die Belegung im höheren Dienst seit 1968 am stärksten zugenommen hat. Hier ist der Zuwachs ca. 20%. Und dort liegen die Chefärzte, Oberärzte, Rektoren, Abteilungsdirektoren, Leitenden Direktoren und wie sie sonst noch heißen. Auch bei den Beamten im Öffentlichen Dienst ist durch die Besoldungspolitik der ÖTV insgesamt ein besserer Verdienst bei den unteren Beamten durchgesetzt worden, es hat aber der „staatsbürgerlichen Gesinnung" geschadet. Und so machen die höheren Beamten es den einfachen nach. Was die Bourgeoisie also braucht, ist Spaltung und *Ober*aufsicht, ganz frei von Arbeit. In einem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1975 zum Berufsbeamtentum heißt es: „Ist auf die Beamtenschaft kein Verlaß mehr, so sind die Gesellschaft und ihr Staat in kritischen Situationen verloren." Das neue Besoldungsstrukturgesetz soll da Ordnung schaffen.

Gewerkschaftliches Bewußtsein nagt an der Truppe

Zum sicherheitspolitischen Kongreß der Christdemokraten

z.hev. Apel hatte das Jahr '79 zum „sozialen Jahr" der Bundeswehr er- seiner unterbezahlten und zeitlich übermäßig beanspruchten Kräfte. problemen. Soldaten mit einer Fachausbildung, mit der sie sich auch im zi-

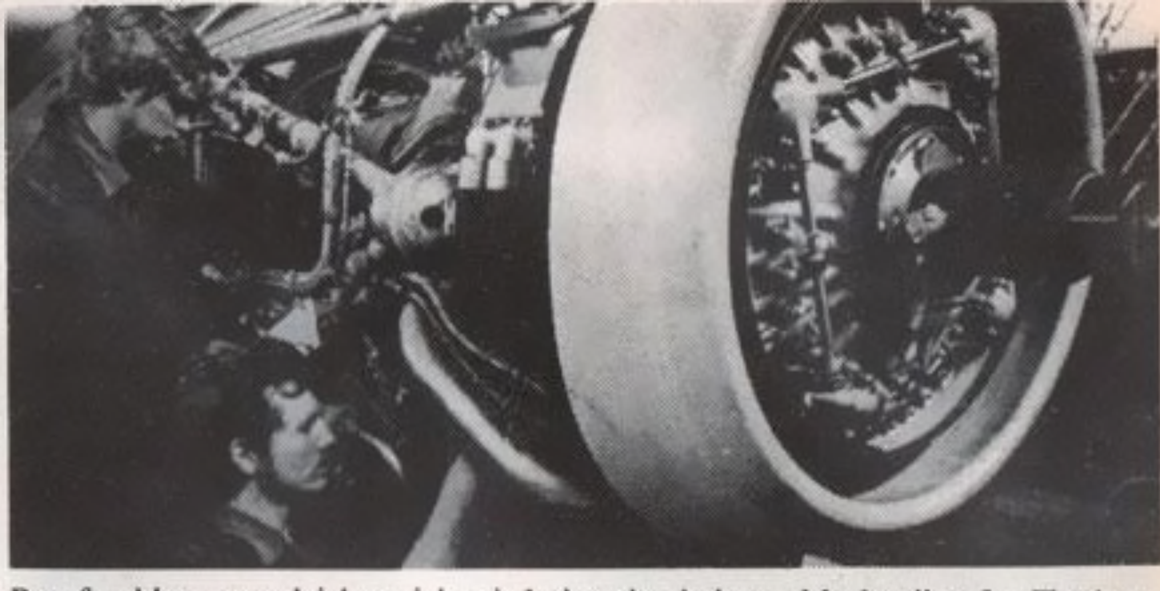
Gewerkschaftliches Bewußtsein nagt an der Truppe

Zum sicherheitspolitischen Kongreß der Christdemokraten

z.hev. Apel hatte das Jahr '79 zum „sozialen Jahr" der Bundeswehr erklärt. Zwei ausführliche Debatten im Bundestag über den Bericht des Wehrbeauftragten im Mai und Juni kündeten von bohrenden Sorgen um die Einsatzfähigkeit der Truppe. Drei Tage vor Beginn des „Sicherheitspolitischen Kongresses" der CDU/CSU am 11./12. Januar ließ sich Wörner jetzt in „Die Welt" vernehmen: „Wenn nicht bald eine Lösung des Verwendungs- und Beförderungsstaus gefunden wird, droht der Bundeswehr in den nächsten zwei Jahren eine schwere innere Krise – eine ernste Belastungsprobe."

Unlust mache sich breit unter den Soldaten. Der besagte Karrierestau ist die eigentliche Ursache nicht. Das weiß der verteidigungspolitische Sprecher der Christdemokraten genau. Die Arbeiterklasse ist der Grund, wie er am 27. Juni im Bundestag deutlich machte. Den Soldaten werde schon in Friedenszeiten Belastungen abverlangt „wie kaum einer anderen Schicht in unserem Volk". „Über 100000 Soldaten leisten zwischen 40 und 50 Stunden wöchentlich – da wollen andere für die 35-Stunden-Woche auf die Straße! – Über 230000 Soldaten 50 bis 60 Stunden wöchentlich, 130000 Soldaten über 60 Stunden in der Woche." Die Wirkung auf eine U-Bootbesatzung, den Chef eines Panzerbataillons, den Zugführer, den Feldwebel eines Panzergrenadierbataillons – „ungeheuer". Nicht mit Hurra geht der Soldat an die Arbeit, sondern unter Schonung seiner unterbezahlten und zeitlich übermäßig beanspruchten Kräfte. Nicht daß Wörner etwa die 35-Stunden-Woche in der Armee einführen wollte, das entspräche keineswegs dem Sicherheitsbedürfnis der Bourgeoisie angesichts zunehmender imperialistischer Rivalitäten, aber die Bourgeoisie muß die militärischen Kader irgendwie kaufen, bevor sie die Masse der Soldaten willig unterdrücken.

Ein Berufssoldat vergleicht sich zu allererst mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Da fallen Beförderungsstau und Dienststunden besonders ins Gewicht. Wenn Lehrer schon Studienräte sind, sind Offiziere noch lange keine Majore. Dazu kommt die höhere Versetzungsfrequenz (jeder 5. Offizier muß einmal im Jahr umziehen) mit den daraus folgenden Familien-, Wohnungs- und Trennungsgeldproblemen. Soldaten mit einer Fachausbildung, mit der sie sich auch im zivilen Leben verkaufen könnten, vergleichen ihren Sold mit den dort gezahlten Löhnen. Piloten bei der Lufthansa verdienen nahezu das Doppelte, Facharbeiter, deren Überstunden wenigstens bezahlt werden, erheblich mehr als Unteroffiziere. Solche Vergleiche sind alltäglich, zehren an der Einsatzbereitschaft der Truppe und sind nicht einfach zu beseitigen. Das Herz, das alle bürgerlichen Parteien und mit auffallendem Tempo die CDU/CSU für die Soldaten entdecken, entspricht exakt der Angst, daß diese Soldaten im entscheidenden Moment die Gefolgschaft verweigern könnten. Der Kongreß ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Christdemokraten diesen Moment schon ziemlich nahe vor sich sehen.

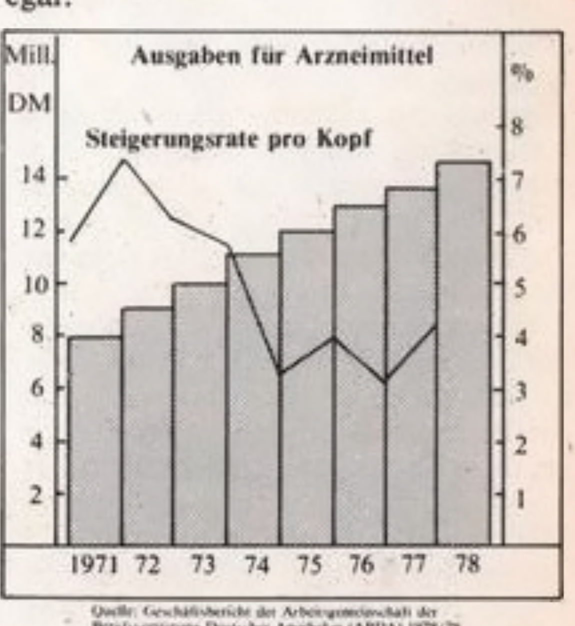


Berufssoldaten vergleichen sich mit Industriearbeitern: Mechaniker für Flugkörperelektronik bei der Bundeswehr

z.gug. **Der sogenannte Bundessicherheitsrat traf sich am 10.1. zu geheimer Beratung unter Vorsitz von Kanzler Schmidt zum Thema „sowjetische Intervention in Afghanistan und ihre Folgen".** Dieser „Bundessicherheitsrat" ist kein verfassungsmäßiges Organ und wird von der Regierung offenbar als Krisenstab installiert. Die Beratungen sind grundsätzlich geheim. An der stattgefundenen Sitzung nahmen teil der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Innenminister sowie die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien und der eigens herbeigeholte Botschafter in Moskau. Aufgabe des Rates soll angeblich nur sein, Beschlüsse der Regierung vorzubereiten. Die Zusammensetzung des Rates zeigt, daß bei Übereinstimmung des Rates über verschiedene Maßnahmen, diese schnell durchgeführt werden können von den Ministerien, die alle anordnungsbefugt sind. Gleichzeitig werden über die Fraktionsvorsitzenden ebenso schnelle Mehrheiten für Gesetze geschaffen.

z.juh. **Am 26.10.79 hat die Kultusministerkonferenz einen Rahmenlehrplan „Sport an Berufsschulen" beschlossen.** Bereits vor Eintritt in die Lohnabhängigkeit ist die Gesundheit der Jugendlichen durch schlechte Ernährung und Lebensbedingungen angegriffen: Haltungsschäden nehmen zu; Erkrankungen an infektiöser Darmentzündung: 1973 7742 Kinder bis 15 Jahre, 1977 bereits 12766. Bakterielle Ruhr: 1972: 250 Kinder, 1977: 457. Im Sportunterricht sollen die Jugendlichen nun alles lernen, was ihre Arbeitskraft den Imperialisten möglichst frisch erhält: „Beherrschung der motorischen Grundeigenschaften Ausdauer, Kraft, Schnelligkeit, Beweglichkeit, Geschicklichkeit und Gewandtheit", „Anwendung von Trainingsprinzipien als Möglichkeit, Bewegungsmangelkrankheiten vorzubeugen" sowie die „Fähigkeit, sportliche Betätigung im Hinblick auf Kompensation, Rekreation und Rehabilitation exemplarisch zu erfahren".

z.brb. **Die zeitliche Eingrenzung von Virusepidemien läßt weitere Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu.** Das staatliche Medizinaluntersuchungsamt hat jetzt die Ergebnisse ca. 10jähriger Untersuchungen über die Ausbreitung von Virusepidemien bekannt gegeben. Danach kann etwa zwei Wochen vorher der Ausbruch und die wahrscheinliche Dauer einer Epidemie ermittelt werden. Statt zur Einleitung von vorbeugenden Maßnahmen kann der Sozialminister diese Ergebnisse nutzen, diese weiter einzuschränken oder die Volksmassen selbst bezahlen lassen. Untersuchungen zur genaueren Diagnose werden ebenfalls eingespart. Zunehmend ausbrechende Epidemien sollen erst einmal hingenommen werden, dann sollen einige Medikamente immer noch reichen. Die Anzahl der Toten ist dem Minister dabei egal.



Quelle: Geschäftsbericht der Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretung Deutscher Apotheker (ABDA) 1978/79

z.hob. **27 Unterrichtsstunden für alle Lehrkräfte an Orientierungsstufen in Niedersachsen.** Das sieht ein Verordnungsentwurf der niedersächsischen

GB: Stahlarbeiter weiten Streikaktionen aus

Streikposten vor Stahllagern und privater Stahlindustrie / Polizeieinsätze

z.hef.London. Die britischen Stahlarbeiter weiten ihre Streikaktionen aus. Gegen das Angebot der Kapitalisten, das mindestens 12% Lohnsenkung bedeutet, wollen sie jetzt die gesamte Stahlproduktion in Großbritannien zum Erliegen bringen und alle Importe stoppen. Am Donnerstag sprachen wir mit Streikposten vor dem Werk Llanwern des staatlichen Konzerns British Steel Corp. in Südwales. Am Tag zuvor hatten die Arbeiter zum ersten Mal Streikposten vor einem privaten kleineren Stahlwerk 3 km entfernt aufgestellt. Weil die Gewerkschaftsführung das nicht offiziell beschlossen hatte, versuchte die Polizei, die Streikposten als ,,illegal'' aufzulösen. Aber auch die Drohung mit dem Einsatz der ,,Special Patrol Group'', einer Sonderschlägertruppe der Polizei, blieb erfolglos.

Gegen 13.00 Uhr sucht die Streikpostenleitung Freiwillige für Streikposten vor dem Stahlwerk des Autoteileproduzenten GKN in Cardiff. Am Morgen waren bereits Arbeiter in Cardiff gewesen. Für den nächsten Tag haben sich schon genug Freiwillige gemeldet, v.a. die Frauen aus den Angestelltenabteilungen. Aber jetzt gibt es Schwierigkeiten. Zunächst melden sich nur fünf, die auch alle schon seit 6.00 Uhr da sind. Mit dreien von ihnen fahren wir die 20 km nach Cardiff. Die Beteiligung an den Streikposten sei ziemlich unterschiedlich von Gewerkschaftsgruppe zu Gewerkschaftsgruppe der ISTC im Betrieb, erfahren wir. Bei den technischen Angestellten machen wohl nur 50% bei den Streikposten mit, sagt ein Labortechniker über seine Gewerkschaftsgruppe. Bei anderen sei das Verhältnis besser, 80% und mehr. Die Hochofenarbeiter seien vollständig da. Die meisten Gewerkschaftsgruppen haben Rotationspläne aufgestellt, die Vertrauensleute organisieren Schichten: alle vier Tage Streikposten z.B.

In Cardiff halten die fünf alle LKWs mit Schrott für die Elektroschmelzöfen von GKN am Tor an. Ein Fahrer dreht
mit Schrott für die Elektroschmelzöfen von GKN am Tor an. Ein Fahrer dreht
gleich wieder um. Die meisten anderen telefonieren mit ihrer Firma, v.a. kleineren Transportunternehmen. ,,Mit den gewerkschaftlich organisierten Fahrern haben wir kaum Ärger'', sagt einer der Streikposten. ,,Probleme machen die Cowboys, wie wir sie nennen, die nicht in der Gewerkschaft sind, manchmal mit ihrem eigenen LKW fahren. Sie fahren dich glatt über den Haufen.'' In kurzer Zeit steht eine lange Reihe schwerer LKWs vor dem Tor. Nur einer fährt ein. Nach einer dreiviertel Stunde kommt ein Wagen mit Verstärkung aus Llanwern.

Die Kapitalisten toben über diese ,,indirekten Streikposten vor unbeteiligten Betrieben''. Die Regierung erklärt immer wieder, sie wolle sich nicht einmischen – und veranstaltet terminlich passend Anhörungen über ihr neues Anti-Streik-Gesetz, das sich ausdrücklich gegen das Streikrecht und insbesondere die ,,indirekten Streikposten'' richtet. ,,Natürlich werden diese Gesetze gebraucht, und zwar schnell'', schreit die ,,Sun'' in Millionenauflage. ,,Aber wir müssen nicht auf solche Gesetze warten ... Es gibt bereits Gesetze gegen Nötigung. Gegen Gewalt ... Niemand hat das Recht, Arbeiter, die arbeiten wollen, daran zu hindern. Eine Streikpostenkette ist nichts Heiliges. Die Polizei sollte ihre Vollmacht ohne Zögern einsetzen.''

Die Bourgeoisie entwickelt die Hetze auf dieser Linie: Die Streikposten müssen weg, weil sie die Arbeitsplätze Unschuldiger gefährden. In einzelnen Metallbetrieben sind Arbeiter mit der Begründung des Stahlmangels auf Kurzarbeit gesetzt worden. Vier bis sechs Wochen würden die Vorräte insgesamt noch reichen, in bestimmten Firmen aber nur noch zwei Wochen, gaben Kapitalistensprecher am Freitag bekannt. Die Versuche zur Isolierung der Stahlarbeiter werden intensiviert, zugleich mit den ersten Polizeieinsätzen. Vor dem privaten Stahlwerk Hadfields in Sheffield z.B. hat die Polizei in der letzten Woche insgesamt zwölf Arbeiter wegen ,,Behinderung von Polizeibeamten'' festgenommen, weil sie sich weigerten, LKWs unter Polizeischutz durchzulassen. Trotz der Verhaftungen halten Hunderte von Arbeitern die Blockade aufrecht. Aber den Stahlarbeitern ist klar, daß sich das Problem des Streikbruchs mithilfe der Privatwerke nur durch den Streik der Arbeiter dort lösen läßt. Am Dienstag führt die größte Stahlgewerkschaft ISTC deshalb eine Delegiertenkonferenz ihrer Mitglieder in diesen Werken durch, um über Streik zu beraten.

Der Streik hat in der letzten Woche an Kraft gewonnen. Die Metallarbeitergewerkschaft AUEW ruft jetzt auch zum Streik auf. Sie ist die größte der ,,Crafts-Unions'', in denen die 25000 Facharbeiter außerhalb des eigentlichen Stahlbereiches organisiert sind, Mechaniker, Elektriker, Ofenmaurer z.B. In den letzten Jahren haben diese Gewerkschaften höhere Löhne als der
Gewerkschaften höhere Löhne als der
Durchschnitt bei BSC durchsetzen können, weil die BSC-Kapitalisten die Keule der Entlassungsdrohungen gegen sie nicht so kräftig schwingen konnten. Jetzt will BSC sie durch Einsatz von Kontraktarbeit besonders drücken, und dem sollen alle Gewerkschaften im diesjährigen Tarifvertrag ausdrücklich zustimmen. Wahrscheinlich werden die anderen ,,Crafts-Unions'' ebenso für Streik entscheiden, und dann hat BSC alle 14 Gewerkschaften mit 150000 Arbeitern gegen sich.

Seitdem die Spaltung der Gewerkschaften zunächst gelungen ist, versuchen die Kapitalisten, die einzelnen Werke gegeneinander auszuspielen. Alle Werke haben verschiedene Tarife, weil nach den zentralen Verhandlungen immer noch lokal verhandelt wird. In Teeside, BSCs modernstem Stahlwerk, boten die Kapitalisten in der letzten Woche direkt ein Produktivitätsabkommen zu günstigeren Bedingungen an. Die Gewerkschaften lehnten ab.

Die Stahlimporte werden durch Unterstützung aus dem In- und Ausland größtenteils bereits angehalten. Die schwedischen Hafenarbeiter z.B. bestreiken seit dem letzten Mittwoch alle Stahllieferungen nach Großbritannien. Metallarbeitergewerkschaften in Westeuropa, den USA und Japan haben ihre Unterstützung erklärt. (Die Adresse der Gewerkschaften: To the Striking Unions in the Steel Industry, c/o Iron and Steel Trade Confederation, 324 Gray's Inn Road, London WC1X 8DD) Die britischen Hafenarbeiter laden zwar Stahl aus, aber sorgen gemeinsam mit den Streikposten der Stahlarbeiter an den Hafentoren dafür, daß er nicht weitertransportiert wird. In Wales, wo die 53000 Entlassungen und die entsprechenden Stillegungen von BSC besonders harsch wirken werden, planen die Bergarbeiter für die nächste Woche einen Unterstützungsstreik – gegen die Schließungen in der Stahlindustrie, die ebenfalls die Schließung vieler Bergwerke bedeuten.
Schließung vieler Bergwerke bedeuten.

Trotz Verhaftungen halten die Arbeiter den Streikposten vor Hadfields in Sheffield.



12.12.79: Chemiearbeiter demonstrieren in Rom gegen die Absicht der Banken, die halbbankrotten Chemiekonzerne mit Massenentlassungen zu ,,sanieren''.

Gegen sozialchauvinistische Spaltungsversuche – Dienstag Generalstreik in Italien

z.ulg.Rom. Für diesen Dienstag haben die italienischen Gewerkschaftsbünde zu einem eintägigen Generalstreik aufgerufen. Die Forderungen stehen schon seit dem Frühherbst: höhere Steuerfreibeträge, Verdoppelung der Familienzuschläge, Rentenerhöhungen, gegen die Teuerungswelle bei öffentlichen Tarifen und staatlich geregelten Preisen. Bereits am 21. November hatten die Lohnabhängigen für die Durchsetzung dieser Forderungen vier Stunden gestreikt. Doch die Regierung Cossiga hat sie – zuletzt bei Verhandlungen am 28.12. – rundweg abgelehnt und gleichzeitig zum Jahresende neue Tarif- und Preiserhöhungen (u.a. für Strom, Telefon und Benzin) in Kraft gesetzt.

Cossigas Antwort auf die gewerkschaftlichen Forderungen: Die Arbeiterklasse soll jedes ,,Zugeständnis'' der Regierung selbst bezahlen – mit Lohnsenkung. ,,Entlastungen'' bei der mit der Inflation galoppierenden Lohnsteuer mit einer ,,Sterilisierung'' der gleitenden Lohnskala, die die Teuerung eh nur zum Teil ausgleicht. Höhere Familienzuschläge mit der Abführung eines Fünftels der diesjährigen Inflationszuschläge an die Familienzuschlagskasse (die bisher ausschließlich aus Beiträgen der Kapitalisten finanzierte Kasse hat 1979 einen Überschuß von rund 3,7 Mrd. DM gemacht).

Damit unter den von der Regierung
Damit unter den von der Regierung selbst verfügten Preiserhöhungen nicht der vaterländische Export zu leiden hat, so der christdemokratische Haushaltsminister Andreatta, müßten die fälligen Inflationszuschläge um die ,,direkten und indirekten'' Auswirkungen der Ölpreissteigerungen gekürzt werden. Falls sich die Gewerkschaften dazu bis Ende Januar nicht ,,freiwillig'' bereitfinden, hat Cossiga eine ,,Sterilisierung'' der Lohnskala durch Gesetz angedroht.

Die gewerkschaftlichen Forderungen mögen nicht weitgehend genug sein (bei der Lohnsteuer z.B. würde ihre Durchsetzung die Progressionsschraube gerade um ein halbes Jahr zurückdrehen). Doch fürs erste ermöglichen sie den Zusammenschluß. Die politische Bewegung, die sich für die Durchsetzung dieser Forderungen entwickelt hat, ist zu stark, als daß Cossiga mit seinem Kurs frontal gegen sie ankommen könnte.

Im Sozialchauvinismus der bürgerlichen Politiker in der Führung der Gewerkschaften glaubt die Finanzbourgeoisie den geeigneten Ansatzpunkt für Spaltung gefunden zu haben. Ende Dezember haben – erstmals in der Geschichte – der Kapitalistenverband Confindustria und die Gewerkschaftsbünde ein gemeinsames Schreiben an die Regierung gerichtet. Thema: die Energiepolitik. Darin wird gegen ,,von einer mittelfristigen Energiepolitik losgelöste brüske Manöver beim Verbrauch und bei den Preisen'' Stellung genommen. Der Ton liegt auf dem ,,losgelöst''. Im Klartext: Ist erst ein imperialistisches Energieprogramm da, läßt sich über vieles reden. Einzelne Gewerkschaftsführer haben gleich angebissen: Zwecks Energieersparnis sei auch an eine ,,andere Verteilung der Arbeitszeit'', also an zusätzliche Schichten, zu denken.

Die Confindustria hätte den Faden gern gleich zu einem ,,dreiseitigen Dialog'', also einer Art ,,konzertierten Aktion'', weitergesponnen. Darauf haben sich die Gewerkschaften nicht eingelassen, und den von den Kapitalisten gewünschten ,,Dialog'' über Kürzungen bei der Lohnskala lehnen sie nach wie vor strikt ab.

Um der zusammen mit der Confindustria anvisierten ,,gemeinsamen Wirtschafts- und Energiepolitik'' die nötige ,,breite Basis'' zu verschaffen, wollten die Revisionisten den General-
wollten die Revisionisten den General-
streik ausnutzen, endlich ihren Eintritt in die Regierung zu erzwingen. Die anderen Gewerkschafter haben sich davon scharf distanziert, so daß jetzt allerseits beteuert wird, gestürzt werden solle die Regierung Cossiga mit dem Generalstreik gegen sie beileibe nicht. Das Confindustria-Organ kommentiert hämisch: ,,Der Generalstreik ist schon ohne Spitze.''

Bisher haben sich die aufgestellten Forderungen als stark genug erwiesen, um all diese Spaltungsversuche abzuweisen. Die Confindustria ist mit ihrem Versuch, durch Schürung des Sozialchauvinismus Abstriche bei der Lohnskala zu erreichen, abgeblitzt. Die Gewerkschaftsführer, gleich welcher Couleur, haben sich von den einmal aufgestellten Forderungen nicht absetzen können. Halten die 14 Mio. Lohnabhängigen, die für Dienstag zum Streik aufgerufen sind, daran fest, sind die Aussichten für ihre Durchsetzung gut, ob nun die Regierung darüber stürzt oder nicht.

Landesregierung vor, der zum 1.2.1980 in Kraft treten soll. Das bedeutet eine Verschlechterung für Studienräte um vier und für Realschullehrer um eine Stunde. Bis jetzt galten für Lehrer an Orientierungsstufen ,,Regelstundenzahlen der Schulform, für die die Lehrkräfte die Lehrbefähigung hatten'' (Arbeitszeitverordnung für Lehrer). Diese Vorschrift hat das Oberverwaltungsgericht Lüneburg mit Urteil vom 4.9.79 ,,wegen Unvereinbarkeit mit dem Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 Grundgesetz'' für nichtig erklärt. In der Begründung des jetzigen Entwurfs der Verordnung hält Kultusminister Remmers fest, daß ,,dies ... dem Ergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz am 14.–16.11.1979 (entspricht)''. Der GEW-Landesverband Niedersachsen hat protestiert und festgestellt: ,,Die Verantwortung für diese Entwicklung ... liege ausschließlich bei der Landesregierung''.

z.gab. **Mietpreisbeschleunigung bei den Sozialwohnungen stellte Wohnungsminister Haack in seinem diesjährigen Mietenbericht mit Genugtuung fest.** Ebenso bei den Altbauwohnungen sei die Steigerungsrate überdurchschnittlich hoch. Die am 1. Juli 1979 in Kraft getretene ,,Änderung der Zweiten Berechnungsverordnung'' – welche die Grundlage für die Ermittlung der Mieten im sozialen Wohnungsbau bildet – zeigt also ihre erste Wirkung. Mit der Anhebung der Pauschalen für die Verwaltungs- und Instandhaltungskosten hatte die Bundesregierung den Sozialwohnungsmieten auf die Sprünge geholfen, um den enorm ansteigenden Mieten der ,,freifinanzierten Neubauwohnungen'' in nichts nachzustehen. Dort, so Haack, habe sich der ,,Mieterhöhungsspielraum wieder vergrößert'', während die Wohnungskapitalisten bei Sozialwohnungen ihre höchste Mietsteigerung von 8,7% im Jahre 1975 bislang nicht wieder erreicht hatten. Zwei Monate nach Änderung der Berechnungsverordnung endlich trat die gewünschte Wende ein. Haacks Prognose für die kommenden Jahre: weiterer deutlicher Mietanstieg ,,aufgrund der Förderungsart mit degressiv gestaffelten Aufwendungsbeihilfen''. Gerade dies wirft zunehmend mehr Arbeiterfamilien, die ihre Berechtigung auf eine Sozialwohnung wieder verlieren, auf den Altbauwohnungsmarkt und ermöglicht dort die überdurchschnittliche Mietsteigerung, insbesondere ,,seit der zweiten Jahreshälfte '79''.

z.bil. **1000 Transportpanzer des Typs Tpz 1 sollen bis 1985 von Thyssen Henschel an die Bundeswehr geliefert werden.** Das erste der von Daimler-Benz und Porsche mitentwickelten Exemplare wurde Ende Dezember der Truppe übergeben. Der Tpz 1 ist ein gepanzertes Radfahrzeug. Der Auftrag bringt Thyssen Henschel 700 Mio. DM. Als ,,Beitrag zur Beweglichkeit des Heeres'' würdigte der Inspekteur des Heeres die Neuanschaffung. Der Tpz 1 ist auf dem Land und Wasser beweglich; 10 km/Std. beträgt seine Schwimmfähigkeit. Baugruppengleichheit mit anderen Fahrzeugen, z.B. dem Spähpanzer Luchs, und Transportfahrzeug kennzeichnen seine Einsatzmöglichkeiten. Gute ,,Geländegängigkeit'' und eine Höchstgeschwindigkeit zu Lande von 90 km/Std. – allesamt Eigenschaften, die eine vielseitige militärische Verwendung im Innern und nach außen garantieren.


Für den Einsatz auf dem Wasser: Ausrüstung mit Bord-MG

Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531548, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen
Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –
Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager
Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



Erfolgreiche Schritte gegen die unteren Lohngruppen

r.mis. 7,18 DM in Hamburg und sogar bloß 7,13 DM im Tarifgebiet Nordwestliches Niedersachsen beträgt der Grundlohn in Lohngruppe 2 in der metallverarbeitenden Industrie. Lohngruppe 3 sind 7,44 DM, Lohngruppe 4 7,88 DM in beiden Tarifgebieten. Auf diesen Grundlohn wird „Leistung" gezahlt, in der Regel ist dies auch direkt gekoppelt an Akkord. Solche Grundlöhne treiben zu hohen Akkorden. Der Kampf gegen die unteren Lohngruppen 2 und 3 ist entsprechend hartnäckig, und er wird insbesondere auch von den Frauen geführt, die die Kapitalisten zumeist in diesen Lohngruppen ausbeuten.

Bei Haller und Meurer in Hamburg geben die Frauen in der Lohngruppe 2 Akkorde von 160% ab, was eine unerträgliche Schinderei ist. Sie kommen dann auf 11,48 DM. Würden die Lohngruppen 2 und 3 gestrichen und die Arbeiterinnen in Lohngruppe 4 schaffen, so bräuchten sie für den gleichen Effektivstundenlohn bloß noch runde 145% Akkord abgeben. Aus einer Abteilung haben 15 Frauen einen gemeinsamen Antrag an die betriebliche Lohnkommission gerichtet, in dem sie die völlige Streichung der unteren beiden Lohngruppen fordern und die sofortige Aufgruppierung in LG 3 als ersten Schritt dahin. Die Haller-Meurer-Kapitalisten haben bislang jede Verhandlung mit der Lohnkommission abgelehnt, solange die Tarifverhandlungen noch laufen. Sie wollen abwarten, zu was sie gezwungen werden zu zahlen. Der Vertrauensleutekörper der IG Metall bei Haller und Meurer hatte, gestützt auf eine Unterschriftensammlung im Betrieb beschlossen 170 DM / 8%.

Bei National Rejector Inc. (NRI) in Buxtehude befinden sich große Teile der Belegschaft in den unteren Lohnklassen. Dies sowohl einmal durch die Eingruppierung in die Lohngruppen 2 und 3, wie aber auch geringe Zahlung von Leistungszulagen in anderen Lohngruppen, insbesondere für die Frauen. Der Einstell-Lohn liegt bei den Frauen bei 7,73 DM, das sind in Lohngruppe 3 volle 2,4% Leistungszulage. Im Gegensatz zu Haller und Meurer ist die Lohngruppe 2 nur noch selten, die Geschäftsleitung hat die Masse versucht in 3 einzugruppieren, der Betriebsrat und die Belegschaft waren strikt dagegen und haben die Eingruppierung in Lohngruppe 4 gefordert.

Der Vertrauensleutekörper der IG Metall bei NRI hat daraufhin diese Lohnpolitik der Kapitalisten angegriffen und kollektive Anträge auf Eingruppierung in die Lohngruppe 4 sowie Anträge auf Ausweisung und Zahlung der tariflich gesicherten Leistungszulage von 16% für jeden als Mindestsatz gestellt. Durch diese Maßnahmen hätte man den untersten Lohn auf 9,14 DM tariflich gesichert. Gegenüber den 7,73 DM Einstell-Lohn wäre dies ein Fortschritt.

Erste Erfolge im Kampf liegen vor: auf einer Verhandlung des Betriebsrates mit einem Vertreter der Bezirksleitung der IG Metall auf der einen Seite, sowie der Geschäftsleitung und einem Vertreter des Kapitalistenverbandes auf der anderen Seite, wurde eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die festlegt, daß spätestens nach vier Monaten bei Arbeitern in den Lohngruppen 2 und 3 eine Überprüfung stattfindet zusammen mit dem Betriebsrat, ob der Arbeiter in Lohngruppe 4 aufgruppiert wird. Dies schafft für die Abteilungen gute Möglichkeiten, sich in diese Neufestsetzung der Eingruppierung einzumischen, und die unteren Lohngruppen aus dem Betrieb zu beseitigen.

Der Verhandlung lag ein gemeinsamer Antrag von dreizehn Arbeiterinnen und Arbeitern vor auf Eingruppierung in die Lohngruppe 4. Es laufen jetzt die Verhandlungen über all diejenigen Arbeiterinnen, die schon länger als 4 Monate, teils jahrelang in Lohngruppe 2 oder 3 arbeiten. Außerdem läuft jetzt unter allen Arbeitern die Unterschriftensammlung auf Ausweisung und Zahlung der 16% Leistungszulage für jeden.

Westberliner Senat für Verbot „extremistischer Ausländerorganisationen"
Türkische Faschisten ermorden Flugblattverteiler des Türkischen Arbeitervereins
r.hek. Am 5. Januar überfielen türkische Faschisten Flugblattverteiler des Türkischen Arbeitervereins mit Messern und Eisenstangen im Westberliner Stadtteil Kreuzberg. Mehr als zehn Anhänger des Türkischen Arbeitervereins wurden zum Teil schwer verletzt, der Berufsschullehrer Celalettim Kesim
richtet, wird das Verbot faschistischer türkischer Organisationen und die Schließung der Moscheen, die als Stützpunkte der Faschisten gelten, gefordert. Man muß sich überlegen, welchen Nutzen ein staatliches Verbot faschistischer Organisationen hat, abgesehen davon, daß die Ankündigung ei-
lung verwehrt? Die Aktivitäten der Faschisten konzentrieren sich auf die islamischen Religionsgemeinschaften und die „Koran-Schulen". Andererseits verhindert der Senat durch drastische Einschränkung der politischen Rechte der Ausländer, daß der politische Einfluß der Faschisten geschlagen werden

Westberliner Senat für Verbot „extremistischer Ausländerorganisationen"

Türkische Faschisten ermorden Flugblattverteiler des Türkischen Arbeitervereins

r.hek. Am 5. Januar überfielen türkische Faschisten Flugblattverteiler des Türkischen Arbeitervereins mit Messern und Eisenstangen im Westberliner Stadtteil Kreuzberg. Mehr als zehn Anhänger des Türkischen Arbeitervereins wurden zum Teil schwer verletzt, der Berufsschullehrer Celalettim Kesim starb an den Folgen von Messerstichen in den Oberschenkel. Der Türkische Arbeiterverein hatte mit Flugblättern zu einer Kundgebung gegen die drohende Errichtung einer Militärdiktatur in der Türkei aufgerufen. Die Faschisten hatten zuvor am gleichen Ort Flugblätter verteilt, die zu einer Demonstration gegen die sowjetische Okkupation Afghanistans aufriefen. Daß der Türkische Arbeiterverein die sowjetische Aggression gegen Afghanistan offen rechtfertigt, hat den Faschisten diesen Überfall sicher erleichtert.

Der Westberliner Innensenator Ulrich hat darauf „Sofortmaßnahmen gegen alle Ausländer angeordnet, die mit Waffen angetroffen werden, dazu würden auch Hieb- und Stichwaffen wie Eisenstangen, Holzlatten und Messer gerechnet. Nach der Festnahme werden künftig unmittelbar ausländerrechtliche Maßnahmen eingeleitet, die bis zur Abschiebung gehen." (Tagesspiegel, 9.1.) Darüberhinaus will der Westberliner Senat dem Bundesinnenminister das Verbot „extremistischer Ausländerorganisationen" nahelegen.

In der spontanen Bewegung, die sich gegen diesen faschistischen Überfall richtet, wird das Verbot faschistischer türkischer Organisationen und die Schließung der Moscheen, die als Stützpunkte der Faschisten gelten, gefordert. Man muß sich überlegen, welchen Nutzen ein staatliches Verbot faschistischer Organisationen hat, abgesehen davon, daß die Ankündigung eines Verbots „extremistischer Organisationen" die Vermutung bestärkt, daß sich solche Maßnahmen insbesondere gegen die demokratische und revolutionäre Bewegung richten werden. Ist es nicht vielmehr so, daß die ausländerrechtlichen Maßnahmen des Senats einerseits den Boden für die Aktivitäten der Faschisten abgeben, indem der Senat zum Beispiel ausländischen Jugendlichen in Kreuzberg die Einschulung verwehrt? Die Aktivitäten der Faschisten konzentrieren sich auf die islamischen Religionsgemeinschaften und die „Koran-Schulen". Andererseits verhindert der Senat durch drastische Einschränkung der politischen Rechte der Ausländer, daß der politische Einfluß der Faschisten geschlagen werden kann. Durch ein Verbot der faschistischen Organisationen, wird deren politischer Einfluß, der sich die Aggression der Imperialisten, insbesondere der Supermächte, gegen die Länder der Dritten Welt zunutze macht, nicht gebrochen. Der Kampf für uneingeschränkte Rechte für die Ausländer wird die beste Voraussetzung schaffen, um auch mit den Faschisten fertig zu werden.



8000 beteiligten sich am Samstag an der Demonstration gegen den faschistischen Mord. Aufgerufen hatten neben zahlreichen türkischen Organisationen die GEW und HBV.

r.thr. **...Klagen über Schicht und Unterbringung hörte Innenminister Baum, als er am 10.1. in Lüchow-Dannenberg die Truppe inspizierte.** Im Ratskeller warb er vor Bauern und der BI um „Vertrauen". Abzug der Truppen wurde gefordert. Baum drohte: „Ohne Entspannung ihrerseits wird man sie die Spannung spüren lassen."



b.clm. **Die Staatsschutzkammer Flensburg kann selber nicht sagen, was sie im Wehrkraftzersetzungsprozeß eigentlich noch unter Anklage stellen will.** Das zeigte am letzten Verhandlungstag ihre Reaktion auf einen Einstellungsantrag der Verteidigung, der herausarbeitete, daß das Gericht die Beweisanträge der Verteidigung nur unter Inkaufnahme dessen hat ablehnen können, daß es die Absicht der Wehrkraftzersetzung nicht mehr nachweisen kann. „Eine Einstellung des Verfahrens hat in der Form eines Urteils zu ergehen" heißt es im Ablehnungsbeschluß. Und: „Die Kammer sieht keinen Anlaß, eine erläuternde Stellung dazu abzugeben, was eigentlich noch Gegenstand dieses Verfahrens ist." die Ablösungsmannschaft der Staatsschutzkammer hat das in der Ablehnung eines darauf gestellten Be-

herausarbeitete, daß das Gericht die Beweisanträge der Verteidigung nur unter Inkaufnahme dessen hat ablehnen können, daß es die Absicht der Wehrkraftzersetzung nicht mehr nachweisen kann. „Eine Einstellung des Verfahrens hat in der Form eines Urteils zu ergehen" heißt es im Ablehnungsbeschluß. Und: „Die Kammer sieht keinen Anlaß, eine erläuternde Stellung dazu abzugeben, was eigentlich noch Gegenstand dieses Verfahrens ist." die Ablösungsmannschaft der Staatsschutzkammer hat das in der Ablehnung eines darauf gestellten Be-

fangenheitsantrags erläutert: „Würde das Gericht die erbetene Erläuterung geben, so liefe dies möglicherweise auf die Vorwegbegründung des Urteils hinaus." Das Gericht hat aufgegeben, diesen Prozeß politisch gewinnen zu wollen. In der Hauptverhandlung selber fürchtet es jede Begründung und Stellungnahme, zu der es gezwungen wird. Die Staatsschutzkammer unter Richter Sauer kämpft aber verbissen um jede Möglichkeit, solch Begründungen in das Urteil schreiben zu können. Das ist schon jetzt nur noch möglich in direkten Widersprüchen zu den Ergebnissen der Hauptverhandlung.

Frage an Uhlmann: „Mit welchen Firmen arbeiten Sie jetzt in Hamburg zusammen?" „Mit keiner." „Mit keiner?" „Äh. Gehört Harburg zu Ham-



burg?" „Ja." „Hm, mit Phoenix." „Schwefellost?" „Auch."

b.khg.Hamburg. **„Die angeklagte Tat hebt sich aus der Masse von Raubtaten, Nötigungen, Körperverletzungen und Freiheitsberaubungen dadurch hervor, daß sie einen gewichtigen politischen Hintergrund haben soll".** Dies war die Begründung des Vorsitzenden Mentz, mit der er die Zuständigkeit seiner Großen Strafkammer 23 im Prozeß gegen die 8 iranischen Studenten festlegte. Die Verurteilung der Angeklagten steht für das Gericht so gut wie fest: „Das gemeinsame Auftreten der ... Angeklagten ... zur Abendzeit in der Wohnung des Zeugen Youssefbeyk, in Verbindung mit der Aufforderung an den Zeugen, den Paß herauszugeben und in diesem Sachzusammenhang mitzukommen, stellte danach (nach der Anklage) eine vorsätzliche Herbeiführung einer bedrohlichen Situation dar."

r.pet. **Erhöhung der Heuer um 4,5% und der Seefahrtzulage um 18 DM (Auszubildende), 36 DM (Matrosen im 1.Jahr) und 57 DM (Matrosen im 5.J.).** Die Erklärungsfrist läuft bis 14.1.80.

(in DM)	bisher	ÖTV-Ford.	Abschluß
Auszubil.	645	683,70	674,00
Seef.-Zul.	54	85,00	72,00
Mat.1.Jahr	1304	1382,24	1362,76
Seef.-Zul.	120	190,00	156,00
Mat.5.Jahr	1395	1478,70	1457,78
Seef.-Zul.	171	270,00	228,00

b.ros. **Durch das Programm für Dorferneuerung wurden bisher 10 Mio.DM in Bauvorhaben der 13 von den einzelnen Kreisen Schleswig-Holsteins ausgewählten Modellgemeinden investiert.** Insgesamt wurde ein Investitionsvolumen von 24 Mio. DM ausgelöst. Für die Modellgemeinde Groß-Wittensee heißt das z.B., daß sie bei 1,8 Mio. DM aus dem Programm ca. 380000 DM aufbringen mußte. Ausgewählt wurde sie, da nach abgeschlossener Flurbereinigung rund ums Dorf nun auch das Dorfinnere auf „Moderne Bedürfnisse" zugeschnitten werden sollte. So wurde z.B. ein Bürgersteig der gegen den langjährigen Widerstand der Dorf-



bevölkerung erzwungene Bau der Bundesstraße mitten durch den Ort aus dem Programm „besonders schön" ausgestattet.



bevölkerung erzwungene Bau der Bundesstraße mitten durch den Ort aus dem Programm „besonders schön" ausgestattet.

b.obj. **Am 16.1. liegt der Hamburger Bürgerschaft ein Antrag zur „Zweckentfremdung von Wohnraum" vor.** Die SPD will der Landesregierung die Möglichkeit schaffen, erfolgreich gegen einzelne Kapitalisten vorzugehen, die Wohnung leerstehen, verrotten oder abreißen lassen, wenn sie anders ihre Wuchermieten nicht eintreiben können. So soll, nach der SPD, belangt werden können, wer Wohnungen länger als 2 Monate leerstehen läßt. Alle Zweckentfremdung sind genehmigungspflichtig, wenn „ die Versorgung mit Wohnraum zu angemessenen Bedingungen nicht gesichert ist." Die CDU will eine 6 Monate-Frist, und sie will die Genehmigungspflicht außer Kraft setzen, wenn der Hausbesitzer keine „Möglichkeit einer kostendeckenden Vermietung" hat. Die SPD hält diese Bestimmung für überflüssig in einer Zeit der Wohnungsnot. Diese Gesetzesänderung richtet nichts gegen die steigenden Mieten aus. Lediglich einige Kapitalisten, die mit Wuchermieten besonders brutal vorgehen, können gebremst werden.

b.mee. **Viermal jährlich errechnen die Kieler Agrarprofessoren Riebe und Langbehn die zukünftigen Schweinemast-Aussichten.** Nach ihrer vor kurzem erschienenen Prognose erwarten die Schweinemäster günstige Preisaussichten. Nach einem vorübergehenden Preistief im Mai/Juni 1980 sei im Anschluß daran ein Preisanstieg zu erwarten. Ihre daraufhin empfohlene Masttaktik zeigt, daß es genau umgekehrt ist. Sie teilen die Schweinemäster in drei Gruppen ein. Die „guten" Mäster, deren Schweine 3,2 kg Futter je kg Zuwachs benötigen, die Bauern mit mittlerer Futterverwertung von 1 : 3,5 und diejenigen mit schlechterer Futterverwertung von 1 : 3,8. Der Durchschnitt der Landeskontrollringe 1978/79 in Schleswig-Holstein betrug 1 : 3,48. Den „guten" Mästern empfehlen Riebe und Langbehn, ihre Ställe ständig voll zu belegen. Sie verschweigen, wie niedrig die Gewinnspanne pro Schwein ist, sodaß selbst bei guter Futterverwertung sich die Mast nur für Agrarkapitalisten und Großmästereien lohnt. Viele Bauern mit mittleren und schlechteren Ergebnissen haben diese aufgrund veralteter Gebäude und Einrichtungen. Die Professoren empfehlen ihnen, ihre Ställe von Dezember 79 bis April 1980 nicht neu zu belegen, in der Hoffnung, daß sie die Schweinemast ganz aufgeben. Als günstige Preisaussicht werten Riebe und Langbehn, wenn der Schweinepreis genau so bemessen ist, daß die Spaltung an der richtigen Stelle sitzt; kleine Bauern müssen aufhören, Agrarkapitalisten expandieren.

r.gör. **Gesetze, Verordnungen, Erlasse der niedersächsischen Landesregierung.** Die „Produktion" seit Anfang Dezember letzten Jahres beläuft sich auf 10 Gesetze bzw. Gesetzesänderungen und 24 Verordnungen, nicht gezählt die Flut von Erlassen und Bekanntmachungen der einzelnen Ministerien. Einige Maßnahmen: Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich, wodurch bei der Gelegenheit zugleich der Anteil der zweckgebundenen Mittel für die Kommunen erhöht wurde. Änderung des Gesetzes über Grunderwerbssteuerbefreiung (s.S. 8 dieser Ausgabe). Verlängerung der Amtszeit der Personalvertretungen an den Schulen bis 30. November 1980. Regelung von Leistungs- und anderen Voraussetzungen für Aufnahme in eine Gesamtschule. Anweisung an die Fachminister, Ausbildungs- und Prüfungsanforderungen im Öffentlichen Dienst zu regeln. Festlegung der Schornsteinfegergebühren. Staatsvertrag mit Schleswig-Holstein über ein gemeinsames Oberverwaltungsgericht (um auch das parteipolitische Durchsetzungsvermögen zu stärken). Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr; Anpassung an bundesgesetzlich betriebene Lockerung der Vorschriften über „Seetransport gefährlicher Güter"; Aufhebung der bisherigen Verantwortung der Bezirksregierungen für „Maßnahmen zum Schutz des Meeresufers", stattdessen werden sie für „schutzbedürftige zivile Objekte mit Bedeutung für die zivile Verteidigung" und für die Erstellung von „Objektkarteien" zuständig gemacht; und die Landkreise und kreisfreien Städte bekommen jetzt – ein Jahr nach den erinnerlichen Notstandsexperimenten – per Gesetz die Möglichkeit, „flächendeckende Fahrverbote" auszusprechen.

b.ana. **Hochschulsenator Sinn läßt an der Hamburger Universität die Arbeitszeit des Lehrkörpers und der Studenten untersuchen.** Dabei sucht er nicht nach der zumutbaren Arbeitszeit – längst hat er die 48 Stundenwoche für Studenten gefordert –, sondern nach einem Gerüst für gezielte Antreiberei und Aussieberei. Ständig kritisiert er die Orientierungslosigkeit bei der Studentenausbildung. Effektiver und straffer studieren verlangt er im



An der Universität haben die Wahlen zum Studentenparlament begonnen.

Namen der Steuerzahler. Ergebnis ist nicht die Senkung der Arbeitszeit, sondern die Erhöhung des Selbststudienanteils der Studenten, um die Professoren zu entlasten. Die „Durchlässigkeit der Studiengänge" soll bessere Aussortierung erreichen.

b.kav. **Rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf wollen Stoltenberg und Al-**

Ausländische Arbeiter kämpfen um eine Ausbildung ihrer Kinder

r.wee. Faktisch findet in Westdeutschland eine Einwanderung statt. Städte und Gemeinden sehen sich der stetig wachsenden Anzahl der ausländischen Arbeiter nicht gewachsen. Besondere Probleme treten bei der schulischen Ausbildung der ausländischen Kinder auf. Die Bourgeoispresse läßt keinen Finger ungerührt um gegen die berechtigten Forderungen der Familien, die „ins Land wo Milch und Honig fließen" gekommen sind, zu hetzen. In „den Genuß des sozialen Netzes kommen", mehr wollen sie nicht.

Osnabrück hat in den letzten 8 Jahren einen Zuwachs an ausländischen Arbeitern von fast 45% gehabt und ist inzwischen zum Aufnahmesperrgebiet erklärt worden. In absoluten Zahlen ausgedrückt stieg die Anzahl von 7885 im Jahr 1970 auf 11500 in 1979. Hinter diesen Zahlen verbergen sich zwei Entwicklungen. 1. Es hat einen großen Austausch innerhalb der Nationalitäten gegeben. Die Anzahl der Spanier ist um 37% zurückgegangen, wogegen die Türken um 536% und Portugiesen um 120% zugenommen haben. Diese Entwicklung hängt damit zusammen, daß 1973, nach dem Streik ausländischer Arbeiter, der Kapitalist Karmann, Hauptnutznießer billiger Arbeitskraft aus dem Ausland, einen Austausch der Belegschaft durchgesetzt hat. 2. Der Anteil der männlichen Ausländer ist stark rückläufig, der der Frauen ansteigend. Der Anteil der ledigen Kinder beträgt heute 20%. Viele ausländische Arbeiter haben ihre Familien nach Westdeutschland geholt, um Kosten der doppelten Haushaltsführung zu sparen und um wenigstens einen Teil Kindergeld für ihre Kinder zu bekommen. Die Kapitalisten lassen sie zwar zahlen, aber durch entsprechende Gesetzesmaßnahmen wird ihnen die Auszahlung des Kindergeldes teilweise oder ganz verweigert, wenn ihre Kinder nicht in Westdeutschland leben.

Zwischen den Lebensjahren 0 und 8 machen die ausländischen Kinder 21% an der Gesamtbevölkerung aus. Um die Ausbildung dieser Kinder führen die ausländischen Organisationen Kämpfe. Einige Nationalitäten haben Elternvereine gegründet, die sich ausschließlich mit der Ausbildung ihrer Kinder befassen. Diese Organisationen haben auch im Spätsommer eine Unterschriftensammlung organisiert, die an die Stadt gerichtet war. Hierin wurde gefordert, eine Schulausbildung in Deutsch und in der jeweiligen Landessprache, die einen landeskundlichen Unterricht mit einbezieht. Dieser Unterricht soll in allen Schulen integriert werden und darf nicht zu einer Mehrbelastung der Kinder führen. – Zur Zeit gibt es nur eine Standortschule, in der durch zusätzliche Stunden eine Ausbildung der ausländischen Kinder in ihrer Heimatsprache durchgeführt wird. Die Eltern sind also gezwungen, unter erheblichen Kosten ihre Kinder nach dem deutschen Unterricht mehrere Kilometer weit zu einer anderen Schule zu schicken, wollen sie, daß Kultur und Landessprache ihrer Kinder nicht verkümmern.

Die Stadt Osnabrück kommt an einzelnen Punkten den Forderungen nach. Der „Ausländerplan" sieht zum 1.8.80 vor, die Schaffung eines zweiten Standortes im Arbeiterviertel Schinkel für die besonders große Zahl türkischer Kinder in diesem Stadtteil. Neben dem Unterricht an deutschen Schulen werden danach an zwei Schulen wöchentlich 6 Stunden landeskundlicher Unterricht angeboten. An den Tagen, an denen dieser Unterricht stattfindet, soll die Versorgung der Kinder mit Getränken und leichten Speisen am Mittag geregelt werden. Die Versorgungsprobleme und die Anreisekosten sollen durch verbilligte Angebote gelöst werden. Von den jährlichen Kosten trägt die Stadt 30000 DM.

Zusätzlich sollen Intensivkurse für Kinder im Vorschulalter eingerichtet werden, um einerseits die folgende Eingliederung in deutschen Schulen zu erleichtern, hauptseitig aber, um die Kontrolle der Erfüllung der Schulpflicht im allgemeinbildenden Schulwesen zu verbessern. Nachkommen der vorrangig an wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen ausgerichteter Ausländerpolitik der westdeutschen Kapitalisten ist erstes Gebot.

Ein weiteres Problem der ausländischen Familien bilden die Kinder zwischen dem 14. und 20. Lebensjahr. Sie haben in der Regel erst spät oder überhaupt keine deutsche Schule besucht. Das Gesamtbild sieht wie folgt aus: 50 – 80 Ausländer im allgemeinbildenden Schulsystem, 51 Lehrlinge, die ein Berufsschulzentrum besuchen, 41 Jungarbeiter, 94 Arbeitslose, die die Berufsschule besuchen, 41 Jugendliche, die an berufsvorbereitenden Kursen teilnehmen, 80, die der Berufsschulpflicht nicht mehr unterliegen und größtenteils arbeitslos sind (Stand 27.9.1978). In der Regel finden sich die ausländischen Jugendlichen als Hilfskräfte in der Fabrik wieder; eine berufliche Ausbildung, so die Kapitalisten, sei wegen der Sprachschwierigkeiten nicht möglich und verweisen auf den mäßigen Erfolg von Deutschkursen, die auf Forderungen des Betriebsrates bei Karmann in den Jahren 1960 bis 1973 durchgeführt wurden.

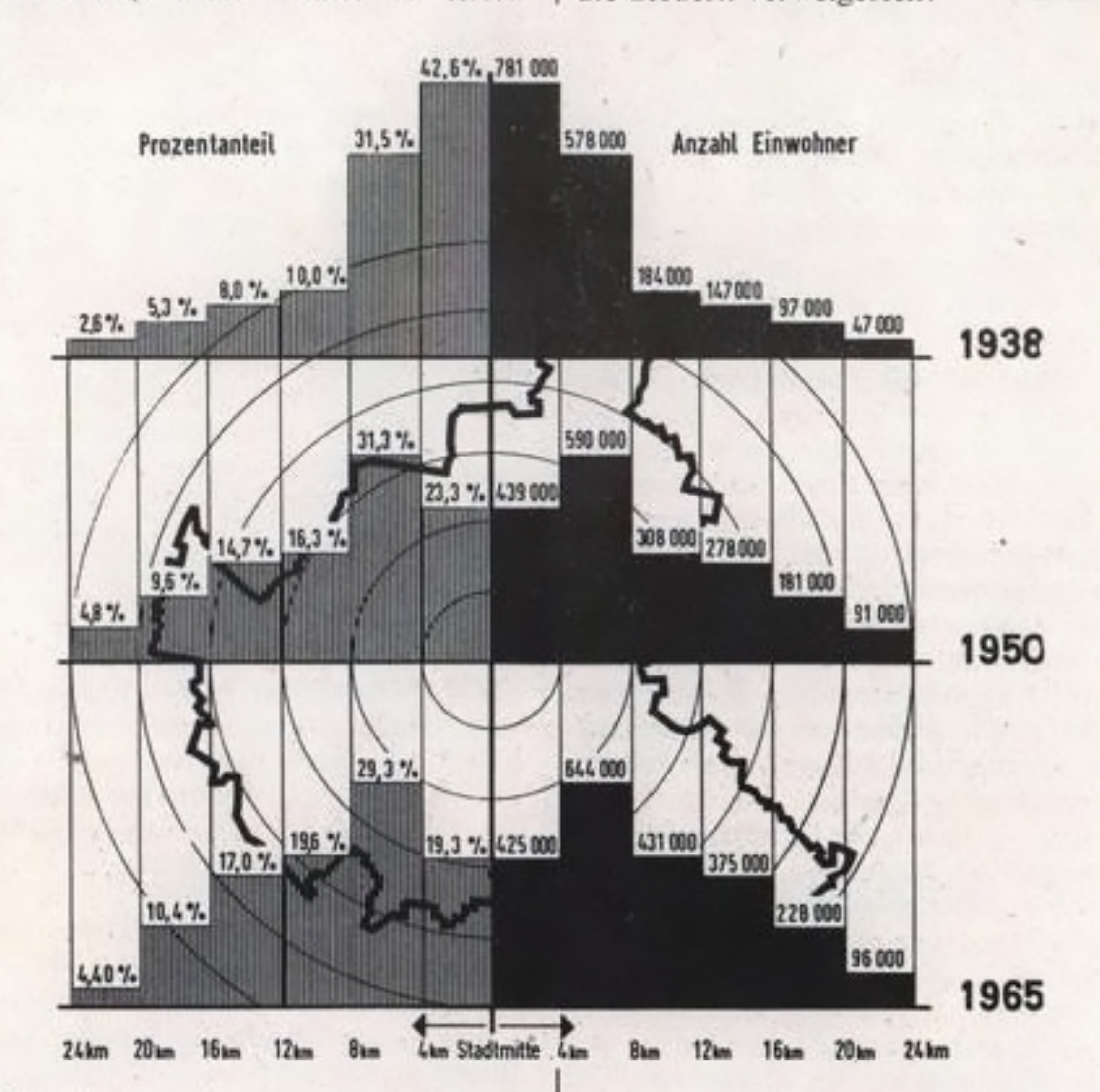
Eltern und Gewerkschaftsgremien fordern, daß die theoretische Fachausbildung in der von den Jugendlichen beherrschten Sprache durchgeführt wird. Für die Kosten sollen ausschließlich die Kapitalisten aufkommen, die einzig und allein von ausgebildeten Arbeitern profitieren.

Die ausländischen Organisationen halten an ihren Forderungen fest: Bestimmung des Lehrinhaltes, Einstellung geeigneter Kräfte an jeder Schule, Bestreitung der Kosten durch die Stadt. Diese Forderungen sind Forderungen für die Durchsetzung des demokratischen Volksbildungswesens, sie müssen und werden unterstützt. 500 Arbeiter haben im letzten Jahr die Unterschriftensammlung unterstützt, die Stadt hat mit der Herausgabe des „Ausländerplanes" geantwortet. Welche Kraft würde sich erst entfalten, wenn sich Deutsche und Ausländer zusammenschließen im Kampf um ein demokratisches Volksbildungswesen unter Kontrolle des Volkes!

16. Januar: Fahrpreiserhöhung als Steuer auf den Lohn

b.sul. Am 16.1.1980 will die Hamburger Bürgerschaft beschließen, daß 1. die Fahrpreise entsprechend dem Antrag des Hamburger Verkehrsverbundes ab 1. bzw. 2. März um durchschnittlich 4,9% steigen und daß 2. 8,3 Mio. DM, die im Haushaltsplan für den öffentlichen Nahverkehr vorgesehen waren, eingehalten werden. In der Stellungnahme des Senats heißt es: „Die Tariferhöhung ... ist unter Berücksichtigung der zu erwartenden Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte vertretbar. Sie überschreitet, mit Ausnahme einiger Positionen, bei den Wochenkarten und bei den Kurzstrecken-Einzelfahrtausweisen nicht die 5%-Grenze...". Die Fahrpreise sind also nichts anderes als eine Form der Besteuerung des Lohns. Das war auch in den letzten Jahren die offizielle Begründung. So z.B. 1977: „Aufgrund der eingetretenen Lohn- und Gehaltsverbesserungen würde bei unverändertem Gemeinschaftstarif auch der Fahrtkostenanteil am verfügbaren Nettoeinkommen der Bevölkerung sinken...". Zusätzlich werden Fahrtkosten über die Mehrwertsteuer besteuert. Alleine durch Gebührenerhöhung kassiert der bürgerliche Staatsapparat in diesem Jahr 1 Mio. DM mehr an Mehrwertsteuer, nämlich 25,3 Mio. DM statt 24,3 Mio. DM.

Das öffentliche Nahverkehrswesen ist teuer. Es sind Kosten, die mit der Entwicklung der großen Industrie, der Konzentration der Arbeitermassen in immer größeren Fabriken verbunden sind. Unter kapitalistischen Bedingungen sind diese Kosten unendlich viel größer, weil alles nach Profitgründen chaotisch organisiert wird (siehe Schaubild). Man könnte sie gesellschaftlich tragen, wenn die Gemeinden über die Steuerhoheit verfügten, d.h. der Finanzbourgeoisie den Zugriff auf die Steuern verweigerten.



Einwohneranteile gegliedert nach Entfernungszonen. Nach wie vor ist die Hamburger Innenstadt das wirtschaftliche Zentrum der Hamburger Region. Auf einer Fläche von 5 qkm (gleich 0,7% der Fläche des gesamten Stadtgebietes) haben 250000 Berufstätige, d.h. 25% aller Berufstätigen, ihren Arbeitsplatz. 72% von ihnen benutzen öffentliche Verkehrsmittel.

Der Staat fördert Zentralisierung der Forstwirtschaft

Die Nachfrage der Kapitalisten nach billigem Holz soll gesichert werden

b.raj. Seit 1980 fördert der Staatsapparat die Pflege der Waldbestände mit 50% der Kosten. Bei Laub- und Mischwäldern bis zu einem Alter von 60 Jahren, bei Nadelholzbeständen bis zu 40 Jahren. Ein forstwirtschaftlicher Einheitswert von 100000 DM darf nicht überschritten werden. Dieser Einheitswert wird von Betrieben mit ca. 500 bis 600 ha erreicht, was nur eine geringe Anzahl darstellt: höchstens 17 Betriebe in Schleswig-Holstein.

Der Anteil der Einfuhren am Rohholzverbrauch der BRD lag 1972 noch bei 35%. Bis 1978 war er auf 28% gesunken. Was die europäischen Holzlieferanten betrifft, läßt sich diese Senkung damit erklären, daß Überbestände in den jeweiligen Ländern abgebaut worden sind. Tropenholz, das bisher von Ländern der Dritten Welt exportiert worden ist, wird in zunehmendem Maße dort weiterverarbeitet und wird deshalb als Rohholz auf dem Weltmarkt immer knapper. Zu diesen Ländern gehören Ghana, Kamerun, Liberia und die Elfenbeinküste. Diese sogenannten roten Hölzer wurden bisher in der Möbelindustrie, aber auch z.B. für Fenster verwendet, da sie sehr hart sind und sich bei Witterungseinflüssen sehr wenig verziehen.

Die Bau- und Möbelindustrie lechzt nach billigen Hölzern. Die Bauindustrie benötigt vor allem Nadelholz zur Herstellung von Holzfaserplatten beim Bau von Fertighäusern. Heute werden etwa ein Drittel aller verwendeten Rohhölzer in der Bauwirtschaft verarbeitet.

Während des zweiten Weltkrieges wurde ein starker Raubbau in den Wäldern betrieben. Die abgeholzten Bestände wurden nach dem Krieg durch schnellwachsende und profitversprechende Nadelhölzer wieder aufgeforstet. Die Folge davon waren große Schäden durch Schädlingsbefall. Schwachholz, das nach dem Kriege noch als Feuerholz gefragt war und profitbringend abgesetzt werden konnte, wurde später einfach im Wald liegen gelassen. Die Folge war ebenfalls ein Ansteigen des Schädlingsbefalls und eine zunehmende Zahl von Waldbränden. Zwischen 1960 und 1974 blieben die Erträge konstant. Von 74 bis 78 stiegen sie um 60%. Diese Steigerung ist zurückzuführen auf den sinkenden und teurer werdenden Import von ausländischem Rohholz. Gleichzeitig stiegen bei wachsender Nachfrage aus der Industrie die Preise für inländisches Rohholz.

Das Problem des Staatsapparates ist es, den Bedarf der holzverarbeitenden Industrie an billigem Holz zu sichern. Dafür gibt es zwei Hindernisse, die er überwinden muß: Es gibt aber nur wenig Forstbetriebe, die so groß sind, daß sie sich Investitionen auf 60 Jahre leisten könnten. Zur Zentralisierung der Betriebe fördert die Landesregierung forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse. Zur Zeit gibt es in Schleswig-Holstein 12 Zusammenschlüsse, in denen die Mitglieder im Durchschnitt 8,8 ha besitzen. Insgesamt werden auf diese Art ca. 15000 des insgesamt 72600 ha privatbewirtschafteten Waldes über diese Zusammenschlüsse zusammengefaßt. Langfristig wird dies, wie in einigen landwirtschaftlichen Genossenschaften, auf die Übernahme der kleineren durch die größeren Betriebe innerhalb der Zusammenschlüsse hinauslaufen und so die notwendige Zentralisierung des Besitzes erfolgen. Denn heute sind lediglich 160 der 10875 der privaten forstwirtschaftlichen Betriebe größer als 50 ha.

Struktur der privaten Forstbetriebe

Größen	Anzahl	Hektar
bis 1	3299	1606
bis 50	7416	28569
bis 100	65	4640
über 200	51	31532

brecht den NDR unter Kontrolle bekommen. Der Rundfunkrat, der verantwortlich ist für die Programmkontrolle, soll aus 27 Mitgliedern aus Schleswig-Holstein, 11 aus Niedersachsen und 11 aus Hamburg zusammengesetzt sein. Stimmt Hamburg Stoltenbergs Vorschlag nicht zu, will dieser, zusammen mit Albrecht, im Februar einen 2-Länder-Vertrag abschließen.

b.hao. **Mehr arbeiten sollen die Kollegen beim NDR, damit im Jahr 1980 ein Überschuß von 13,2 Mio. rauskommt.** Hat schon die Gebührenerhöhung am 1.1.79 einiges gebracht, so vor allem die Streichung von 98 Planstellen zwischen 1977 und 1979. Bekannt ist die Überstundenarbeit in der Produktion. Die Einführung von Computern in der Verwaltung hat in der Honorarlizenz 15 Sachbearbeiter überflüssig gemacht. Jetzt sollen Boten eingespart werden. Die Forderung nach zusätzlichem Urlaub für die Mehrbelastung durch den unregelmäßigen Schichtdienst besteht schon lange. Der Jahresabschluß 1978 weist eine Summe von 3,7 Mio. auf für nicht genommenen Urlaub der Kollegen. Die Geschäftsleitung wird die Unsicherheit über den weiteren Bestand des NDR nutzen, um da weiterzukommen. Wenn man jetzt auf die Aufstellung von Forderungen verzichtet, wird man sie dabei nur ermutigen. Die nächste Gelegenheit, sich zu einigen, ist die gewerkschaftliche Mitgliederversammlung am 29.1.

r.gör. **Für die Arbeiter und Angestellten des privaten Verkehrsgewerbes hat die Gewerkschaft ÖTV die Tarifforderung aufgestellt.** Gefordert werden ab 1. März: für Arbeiter 8,5%, mindestens 80 Pfennige, für Angestellte 8,5%, mindestens 140 DM, für Auszubildende 50 DM in jedem Lehrjahr. Die tariflichen Stundenlöhne für Kraftfahrer, Beifahrer, Schaffner, Transportarbeiter, Wächter u.a. liegen z.Zt. zwischen 7,27 und 7,42 DM. Die tariflichen Wochenlöhne im Güter- und Möbelfernverkehr betragen 304,20 DM bei 41 Stunden Arbeitszeit und Besetzung des Fahrzeugs mit einem Fahrer, 393,30 DM bei 53 Stunden Arbeitszeit und zwei Fahrern. Die niedrigen Tarife ermöglichen den Kapitalisten, die Arbeitszeit extrem auszudehnen. Der Manteltarif sieht Arbeitszeiten bis 10 Stunden täglich vor, die noch durch Überstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit verlangert werden können (in jedem Fall bloß 25% Zuschlag). Im Fernverkehr 115 Stunden pro Doppelwoche

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1.Halbjahr 1980

Die Unterdrückertätigkeit Friedrich des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation. Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwägern.
Universität-Hamburg, 14.1. bis 18.1., 18 Uhr, Phil-Turm, Raum 964

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft
Universität Kiel, 14.1. bis 18.1., 20 Uhr, Universität, Alte Mensa

Nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag
Lüchow, 14.1. bis 18.1., 20 Uhr, Bergstraße 20

Der Aufbau des Sozialismus in der VR China. Eine große Unterstützung für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker.
Bad Oldesloe, 14.1. bis 18.1., 20 Uhr, Gaststätte „Schützenhalle", Sehmsdorferstraße

Reihe Iran
Eutin, 14.1. bis 18.1., 20 Uhr, Gasthaus am See, Elisabethstraße

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung
Stade, 14.1. bis 18.1., 20 Uhr, Gaststätte „Grafenklause", Udonenstraße 28

Marx: „Kritik des Gothaer Programms"
Hamburg-Wandsbek, 14.1. bis 18.1., 20 Uhr, Schule Bandwirkerstraße 56, Hamburg 70

Stalin: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR"
Hamburg-Mitte/Ost, 14.1. bis 18.1., 20 Uhr, Gesamtschule Horn, Rhiemsweg 6

Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei"
Flensburg, 14.1. bis 18.1., 20 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße

Lenin: „Staat und Revolution"
Hamburg-Eimsbüttel, 14.1. bis 18.1., 20 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Bundesstraße

Prozeß gegen acht iranische Studenten wegen angeblicher „Nötigung, und Körperverletzung" eines SAVAK-Spitzels
Hamburg, 15.1., 9 Uhr, Landgericht Hamburg, Sievekingsplatz 3, Saal 388; 18.1., 9 Uhr, Saal 237

Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen Lohnstein, Bartels, Pollmann und Ludwig
Flensburg, 17.1., 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Saal 58

Fortsetzung der Berufungsverhandlung gegen J.Oberkampf u.a. wegen Angriff auf die Wahlkampfmanöver der bürgerlichen Parteien
Hamburg, 14.1., 9 Uhr, Jenkelhaus, Max-Brauer-Allee 134, Zi. 126

Zeichenkurs
Hamburg, jeden Freitag, 18 Uhr, Hochschule f. Bildende Künste, Lerchenfeld 2, Raum 218a, 18.1.: Einführung Perspektive

Proben des Musikzuges der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten
Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Spezialnachrichtendienste 05: Maschinenbau / Elektrotechnik / Fahrzeugbau / Schiffbau

*p.***Welt, 12.1.80.** Der Verhandlungsführer der Arbeitgeberkommission (Nordverbund), GERHARD MÜLLER, bezeichnete die IG Metall-Forderung von 10,4% als ,,unvereinbar mit der derzeitigen wirtschaftlichen Situation.'' Aufgrund des voraussichtlichen bescheidenen Wachstums in diesem Jahr könne der Spielraum für Lohnerhöhungen nur begrenzt sein. MÜLLER geht davon aus, daß die Tarifrunde letztlich mit einem Kompromiß zu Ende gehen wird.

*p.***Welt, 12.1.80.** Die Begriffe Caracas (OPEC-Konferenz) und Afghanistan signalisieren auch für die bundesdeutsche Wirtschaft einen Klimawechsel. Nachdem sich die Tarifparteien der Metallindustrie in die ,,Abtast-Phase'' begeben haben, wird heftig darüber debattiert, ob und wie die Gewerkschaftsseite von den weltwirtschaftlichen Turbulenzen zu beeindrucken ist.... Ein Datum für korrigierte Einschätzungen der Lage ist das Verhalten der Bundesregierung. Sie ist augenblicklich dabei, die Wachstumserwartungen zu drosseln...Die Forderung nach Tariferhöhungen von 10,4% sei schon vor den jüngsten Turbulenzen verfehlt gewesen, ,,liegt aber jetzt ganz daneben.'' ..Für die Gewerkschaften ist die Lage deswegen schwierig, weil die alte Faustformel, mindestens 70% der Forderung ,,in die Scheune zu fahren'', kaum zu verwirklichen ist ... Einschätzung eines Konjunkturforschers: ,,Bisher lag die beste Setzung bei ,sieben plus' jetzt eher bei einer sechs vor dem Komma.''

p. **Bild-Hamburg, 3.1.80.** Heinz Oskar Vetter: Sind die Gewerkschaften maßlos? Lohnerhöhungen gefährden Arbeitsplätze. Die Gewerkschaften sind maßlos. Wer Arbeitszeitverkürzung fordert, stellt unsere Exportfähigkeit in Frage. So oder ähnlich hört man es wieder einmal. Wie immer am Jahresanfang, wenn über Tarifverträge verhandelt wird. Wie stehts, wenn auch die Unternehmen zur Kasse gebeten werden sollen? Klappern gehört sicher zum Handwerk. Auch bei den Unternehmern und ihren Verbänden. Niemand streitet ihnen das Recht ab, auf Zusammenhänge zwischen Lohnforderungen und Kosten hinzuweisen. Fanfarenstöße und Beschwörungsformeln vom Untergang unserer Wirtschaft sind jedoch ungerechtfertigt. Den Unternehmern geht es im Durchschnitt gut. Es wird kräftig investiert, die ,,Pferde saufen wieder''. Wer davon ablenkt, wird unsachlich.

*p.***BILD-Hamburg, 24.12.79.** Die Gewerkschaften sollten ihre Lohnziele am künftigen Wirtschaftswachstum von 2,5 bis 3 Prozent orientieren, erklärte ein Sprecher der schleswig-holsteinischen Unternehmensverbände.

*p.***Kieler Nachrichten, 20.12.79.** Für den überzeugendsten Weg der Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft in den 80er Jahren hält der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen Unternehmensverbände, MURMANN, die Verwirklichung der Formel ,,mehr Produktivkapital in Arbeitnehmerhand''...,,Derjenige'', so MURMANN ,,der selbst am Gewinn beteiligt ist, denkt über rationales Wirtschaften und den Unternehmenserfolg anders als jemand, der ausschließlich Lohn bezieht.''

14 Planstellen mehr für das Städt. Krankenhaus Kiel

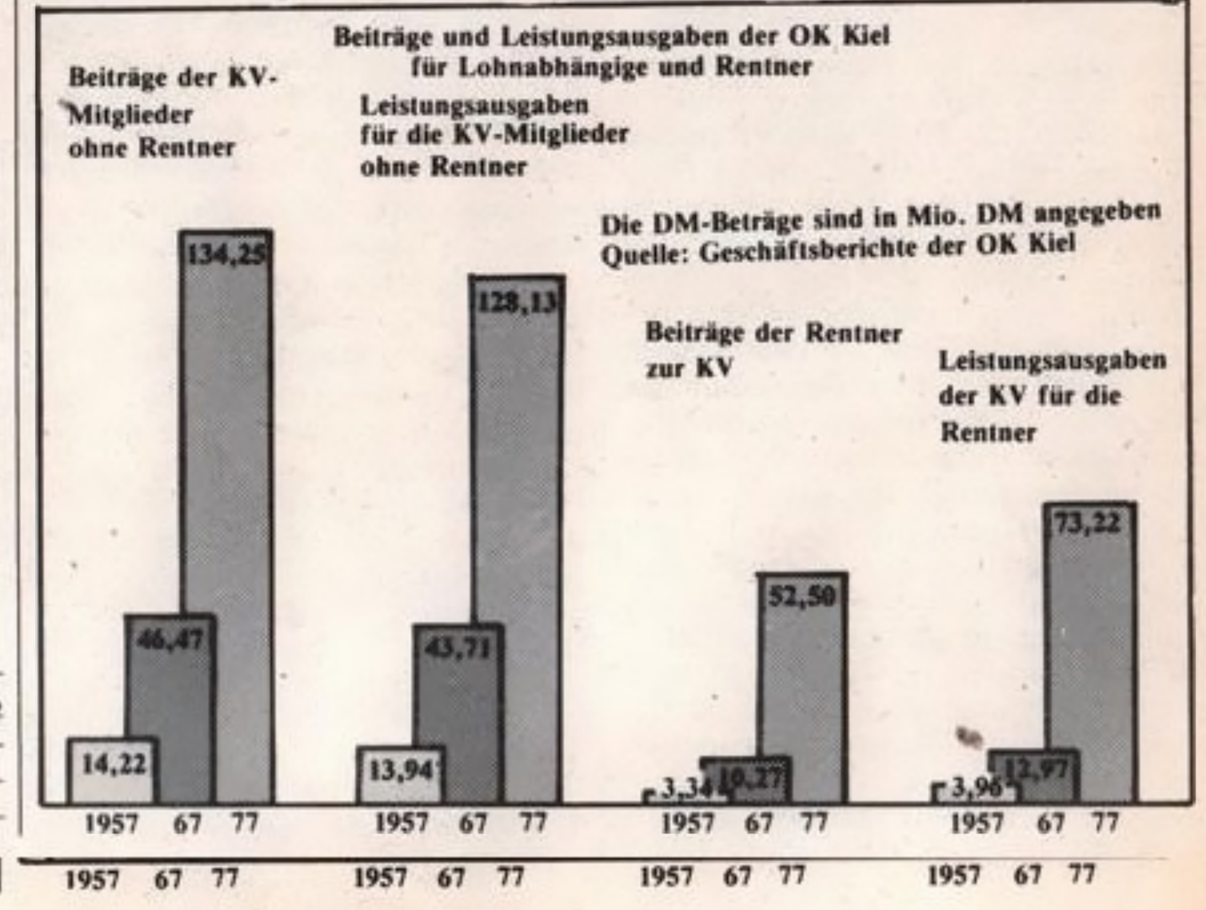
Im Kampf um die Planstellen die Selbstverwaltung der Kassen fordern

b.ulr. Seit dem Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes 1977 – und nicht erst seitdem – gibt es in allen Kliniken Westdeutschlands heftige Auseinandersetzungen mit der Dienstaufsicht über die Planstellen, die überall gekürzt wurden; bzw. es wurden – besonders in Klinikneubauten – mehr Betten, Diagnostik- und Therapiemöglichkeiten eingeführt, bei gleichbleibendem Personalbestand. Dazu kommt die ständige Senkung der Liegezeiten mit den daraus erfolgenden höheren Patientendurchlaufzahlen. In Göttingen an der Medizinischen Klinik sammelt der Personalrat Unterschriften für 101 neue Planstellen. In der Uni-Klinik Hamburg Eppendorf sind 100 Planstellen nicht besetzt. Im Städtischen Krankenhaus Kiel fordert der Personalrat auf der Personalversammlung mindestens 9 Planstellen im Pflegebereich und 6 im Hausangestelltenbereich. Der dort anwesende Krankenhausdezernent Moll der Stadt Kiel nutzte die Gelegenheit, um die Krankenkassen anzugreifen, sie würden den geforderten Pflegesatz nicht zahlen. Als die anwesenden Kollegen sich damit nicht abspeisen ließen, griff er die in der ,,Selbstverwaltung'' sitzenden Gewerkschaftler an, sie könnten sich ja für die Zahlungen von mehr Planstellen einsetzen. Vielen Kollegen ist klar geworden, daß die Versicherungskassen eine ganz entscheidende Rolle spielen bei der Finanzierung der Krankenhäuser. Wir haben jetzt im folgenden die Lage der Kieler Ortskrankenkasse untersucht.

1967 hat die Große Koalition folgende Beitragsregelung für die Zahlung der Rentenversicherung an die Krankenversicherung festgelegt: die Rentenversicherung finanziert 80% der Aus-
versicherung finanziert 80% der Aus-
gaben der Krankenkassen für die Versorgung der Rentner. 1968 liegen diese 80% knapp unter 11% der ausgezahlten Renten. Bis 1975 stieg die Jahresaufwendung für die Krankenversorgung der Rentner auf 23% der Rente. Dies drückt den Verschleiß der Lebenskraft durch die ständige Intensivierung der Arbeit aus. Bei der allgemeinen Krankenversicherung ohne Rentner liegen die Leistungsausgaben unter den Beitragseinnahmen, die aber nicht ausreichen, um die Mehrausgaben bei den Rentnern zu decken (1977 ein Minus von 14,6 Mio. DM). Vor allem die OKKs haben steigende Defizite, da bei ihnen die meisten Rentner versichert sind; sie haben auch die höchsten Beitragssätze. Angestelltenkassen wie die Barmer Ersatzkasse dagegen verzeichneten 1978 einen Einnahmen-Überschuß von fast 200 Mio. DM.

Von der Bourgeoisie geplündert werden die Rentenkassen durch Einfrieren der Abgaben an die Krankenkassen von 11% der ausgezahlten Renten.

Ausbaden muß es die gesamte Bevölkerung durch die Verschlechterung des Gesundheitswesens. Gerade im Hinblick auf die Sozialwahlen bei den Krankenkassen in diesem Jahr brüsten sich die bürgerlichen Politiker mit der ,,Selbstverwaltung''. Diese Selbstverwaltung ist eine Farce angesichts der Gesetze, die der Staat beschließt, wie das Krankenhausfinanzierungsgesetz und das Kostendämpfungsgesetz. Notwendig ist die vollständige Selbstverwaltung aller Versicherungen durch die Versicherten, damit ausschließlich sie bestimmen, was mit den Beiträgen passiert. Bezahlung durch die Kapitalisten, bzw. durch den Dienstherrn.



1957 67 77 1957 67 77 1957 67 77 1957 67 77

Altstadtsanierung Flensburg: Kapitalisten und

Altstadtsanierung Flensburg: Kapitalisten und Bewohner haben gegensätzliche Interessen

b.klw. Die Bevölkerung, die in der Flensburger Altstadt wohnt, hat ein dringendes Interesse an der Verbesserung der Wohnungen. Eine Untersuchung der Stadt ergab, daß die Wohnungen um die Norderstraße zu 76% keine Dusche/Bad und zu 68% kein WC haben. In einem Block dort haben sogar 90,6% kein WC und 93,8% kein Bad, 15% nicht die erforderliche Raumhöhe von 2,25 m, 53,1% haben Feuchtigkeitsschäden; das Wohngebiet ist so verrottet, daß 20% der Gesamtfläche ungenutzt da steht.

Seit zwei Jahren ist die Stadt dabei, die Altstadt zu sanieren. Nun hat sie einen ,,Rahmenplan nördliche Altstadt Dez. 79'' veröffentlicht, in dem sie für den Bereich um die Norderstraße Vorschläge macht, die von ,,allen Gruppen und Schichten der Bevölkerung'' beraten werden sollen. Dazu führte sie am 10.1. auch eine Veranstaltung durch – so demokratisch gibt sich die Stadt.

Ersichtlich ist, daß die Pläne den Interessen der dortigen Wohnbevölkerung nicht entsprechen, denn diese soll durch Mieterhöhungen vertrieben werden. ,,Leitziel: Soziale Mischung'' heißt das. Da laut zahlreichen Untersuchungen hier nur ,,unterprivilegierte Gruppen'' wohnen, müssen Geschäfte ,,gehobenen Bedarfs'' her, um den Stadtteil ,,attraktiv'' zu machen. Ratsherr Paul Hertrampf (SSW), Vorsitzender des Bauausschusses, äußert sich am 12.1. im ,,Flensborg Avis'' folgendermaßen: Man könne von einer gewachsenen Sozialstruktur kaum noch sprechen, da 40% der Einwohner in diesen Blöcken jährlich ihren Wohnsitz wechseln. ,,Er sei überzeugt, daß die allermeisten Einwohner dieser Blöcke sofort in moderne Wohnungen in anderen Stadtteilen ziehen würden, falls ihnen einkommensgerechte Mieten angeboten werden''. Frage an den Ratsherrn: Wo sind diese billigen modernen Wohnungen? Warum soll die Bevölkerung überhaupt wegziehen und nicht zu ihren alten Mieten in der Altstadt wohnen bleiben?

Nutznießer der Sanierung, so wie die Stadt es plant, sind die Geschäftsleute, die sich billig ihre Fassaden und Häuser erneuern lassen. Die IHK fordert: ,,Beseitigung des Parkplatzmangels'', ,,Imagepflege'', ,,besondere Unterstützung für Jungunternehmer'', denn die Altstadt soll ,,potentieller Standort von Einzelhandel und Dienstleistungen'' sein. Kapitalisten und Bevölkerung haben gegensätzliches Interesse.

Erhaltung und Ausbau der Klinik Ost
Die Landesregierung soll ohne Bedingungen zahlen

b.clm. Den Erhalt der Klinik Ost haben inzwischen über 38000 Leute aus Flensburg, die Gewerkschaften ÖTV und DAG, die Arbeitsgemeinschaft der schleswig-holsteinischen Personalräte gefordert. Seit Jahren organisieren die Beschäftigten den Widerstand gegen die Schließung.

Die Verwirklichung der geplanten Angliederung an die kirchliche Diakonissenanstalt bedeutet: nicht alle Beschäftigten werden übernommen. Die Landesregierung hat direkt den Vorschlag gemacht, sich an anderen Krankenhäusern zu bewerben. Pläne der Stadt sind aufgedeckt worden, elf Patienten auf ein Zimmer zu legen, die Arbeitsräume der Ärzte zusammenzulegen. Ohnehin ist es den kirchlichen Krankenanstalten gerade in letzter Zeit in ungleich stärkerem Maße gelungen, die Arbeitskraft der Beschäftigten zu vernutzen, als in den Städtischen. Die Zahl der Pflegetage je Beschäftigten wurde dort von 198 in Jahre 1975 auf 318 im Jahr 1978 gesteigert, in der städtischen Krankenanstalt von 281 auf 196. Der kirchliche Arbeitsvertrag raubt die elementarsten gewerschaftlichen Rechte.

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz überträgt die letzte Entscheidungsbefugnis über den Standort eines zu errichtenden Krankenhauses der Landesregierung. Im §4 heißt es dort: ,,Dabei müssen die Förderung nach diesem Gesetz und die Erlöse aus den Pflegesätzen zusammen die Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden Krankenhauses decken.'' Die Stadt muß jetzt um Fördermittel betteln, von denen sie ein vielfaches vorher an Abgaben in den Krankenhaushilfsfond eingezahlt hat. Der Magistrat soll seine Bemühungen um das Verbundmodell aufgeben und stattdessen von der Landesregierung die Zustimmung für Erhalt und Ausbau der Klinik Ost und die notwendigen Mittel – ohne jede Bedingung – verlangen.



1000 Flensburger demonstrierten am Freitag für den Erhalt und den Ausbau der Klinik Ost. 38000 Leute fordern das mit ihrer Unterschrift.

Waffenerprobung ohne ,,Clear Range'' gerichtlich festgelegt

b.sal. ,,Ich klage ja nicht für mich, ich klage ja für alle Fischer'', sagte uns Fischer Hamann aus Büsum. Mitte Dezember hatte er die Einstellung des Strafermittlungsverfahren gegen die Waffenerprobungsstelle 71 durch das Landgericht Itzehoe erhalten. Vorausgegangen war seine Klage im Herbst 1979 gegen die geplanten Waffenerprobungen der Bundeswehr in der Meldorfer Bucht, die im ,,Clear-Range-Verfahren'' durchgeführt werden sollten (,,Freie Fläche'' es darf nicht geschossen werden, wenn sich jemand im Sicherheitsbereich aufhält). Es wurde ein Vergleich abgeschlossen, nach dem die Kläger (damals noch zwei Fischer) ,,....in dem Befahren der Dithmarscher Bucht und damit in ihrer Berufsausübung weiterhin in keiner Weise behindert werden und daß andererseits dafür Sorge getragen wird, daß durch das strittige Erprobungsschießen die Sicherheit und Ordnung in diesem Bereich...weiterhin nicht beeinträchtigt wird.''

Bei Zuwiderhandlung sollte die Bundeswehr nur belangt werden, wenn einer der Kläger betroffen ist. Die Bundeswehrführung hatte dann gegen den Widerstand der Fischer und der Gemeindevertretung Schüsse abgeben lassen, obwohl sich ein Fischer im Sicherheitsbereich, zufällig Hamann, befunden hatte, und somit gegen die ,,Clear Range'' Bestimmungen verstoßen. Hamann stellte eine Strafanzeige. In seiner Begründung dagegen legte jetzt

Staatsanwalt Deckwirth den Betrug des ,,Clear Range'' gerichtlich fest: ,,Sie (Hamann) waren mehrere Kilometer sowohl von der Abschuß, als auch Zielstelle entfernt und befanden sich in etwa dem Bereich, in der die Flugbahn der Geschosse den höchsten Punkt erreicht hatte, der bei über 8000 Metern lag... Nach der Rechtsprechung kann von einer konkreten Gefährdung nur dann gesprochen werden, wenn die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintrittes größer ist als die Wahrscheinlichkeit des Nichteintrittes eines Schadens.'' – Die Fischer werden es nicht zulassen, daß das Verteidigungsministerium ihre Fanggründe für Schießübungen in Beschlag nimmt.

Die Lehrer halten am Streikrecht fest
Grolle versucht es nun über den ,,Lehrerbedarf''

b.mak. Gleich zu Jahresbeginn hat Schulsenator Grolle auf seiner ersten Pressekonferenz 1980 seine Pläne bekräftigt, die Lehrer mit immer stärkerem Konkurrenzdruck unter das besondere Dienstrecht zu zwingen: trotz aller wohlmeinenden ,,Warnungen'' vor dem Lehrerstudium rechne der Senat bis 1990 mit ca. 12000 Bewerbern für den Schuldienst. Davon könnten aber nur 31% übernommen werden. Also werden weitere rund 8200 Lehrer arbeitslos. Dabei sollen sich die Lehrer für verschiedene Schularten auch verschieden starke Hoffnungen machen. Von Gymnasiallehrern haben laut Grolle schon 1982 nur noch 12,5% der Bewerber eine Chance. Schon im November, gerade passend zum Warnstreik der Lehrer am 13.11.79, hatte der Senat aus seinen ansonsten geheimen ,,Bedarfsrechnungen'' durchsickern lassen, daß eigentlich der bestehende Beschäftigungsstand der Lehrer in Hamburg von 14570 Stellen bis 1990 um 4720 auf 9850 Stellen reduziert werden müsse.

Auf der internen ,,Organisationskonferenz Amt für Schule'' wurden jetzt die genauen Zahlen über die Einstellungen zum 1.2.80 vorgelegt: im V/R-Bereich 55 Einstellungen gegenüber 867 Bewerbern und 92 Neubewerbern (Einstellungsquote: 5,7%), im Sonderschulbereich 20 von 22 Bewerbern (91%), in Gymnasien 120 von 593 (20,2%), davon 284 Neubewerber, in Gesamtschulen 4 Einstellungen zur Förderung ,,Lese-Rechtschreib-schwacher'' Schüler (sog. LRS-Lehrer), im Bereich der Berufsbildung 36 Einstellungen von 156 Bewerbern (23%), so daß hier von 60 ,,Mangelfachbewerbern'' bei weitem nicht alle übernommen werden. Die vorgelegte Rechnung ergibt rund 1500 voll ausgebildete arbeitslose Lehrer in Hamburg. Die Zahl der Referendare im V/R-Bereich nimmt bereits rapide ab. Um den Druck auf die Referendare zu erhalten, sollen laut ,,Organisations-Konferenz'' 35 V/R-Ausbildungsstellen gekürzt werden, die dafür bei Berufsschulen und Fortbildung neu eingerichtet werden. Bei diesem sorgfältig auskalkulierten Angriff auf die Lehrer beruft sich Grolle auf die Schülerzahlen: sie würden von 278457 Im Jahr 1979 bis etwa 1990 auf 176207 sinken. Von herrlichen Zeiten träumt der Senator: die Lehrerstellen so weit senken, daß unter dem Druck der Arbeitslosigkeit und massenhafter Teilzeitarbeit die Arbeitskraft der Lehrer ausgepreßt wird bis zu letzten; gleichzeitig mit mäßiger Frequenzsenkung in den Klasser noch ein Stückchen an der Reformmasche stricken.

Die Antwort der Lehrer ist da genau richtig: vom 11.2. bis 20.2 werden viele Schulen mit der Aktion eines 8-Stundentages in der ,,gläsernen'' Schule den tatsächlichen Arbeitstag der Lehrer demonstrieren. Die Schulkreiskonferenz 42 hat beschlossen, auf der Protestveranstaltung der GEW am 14.1.80 nochmals die ausdrückliche Ablehnung jeglicher Disziplinarmaßnahmen gegen den Lehrerstreik zu beantragen. In vielen Schulkreisen und Schulen ist das Beamtenrecht auf die Tagesordnung gesetzt, damit der nächste Streik für die Arbeitszeitverkürzung politisch noch einheitlicher durchgeführt werden kann.

Imbiss und Nebel

Kloses Bemühungen, das flächendeckende BGJ einzuführen

b.uwz./wir. Am 4.1. hat Klose im „Freitagsmagazin" seine Entschlossenheit bekräftigt, weiterhin im Amt zu bleiben. *„Ich habe überhaupt nichts an mir, was nach Resignation aussehen könnte"* Für die weitere Amtsführung sei es allerdings notwendig, daß er auch künftig in der SPD und in der Öffentlichkeit „Vertrauen finde". In einer Lage, in der die Belegschaften der Metallindustrie und des öffentlichen Dienstes und ihre Gewerkschaften gegen die Abspaltung der unteren Lohngruppen und die Lohnsenkungen kämpfen, wo die Arbeiterjugend mit Berufschülerstreiks das Kurssystem verhindert, die Einstellung des Berufsschülerprozesses gegen den Senat erzwungen hat, muß Klose in die ideologische Vernebelungsoffensive gehen, um Punkte für die Kapitalistenklasse zu machen. Dabei richtet er den Hauptangriff auf die Ausbildung der Jugend.

Im Juni dieses Jahres hat die Hamburger Schulbehörde einen Stufenplan zur „sektoralen Einführung (d.h. Einführung nach Berufsfeldern) des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) in Hamburg" vorgelegt. Die erste Stufe des Planes soll 1981 eingeleitet werden und bis 1984 abgeschlossen werden. Dann soll das BGJ verbindlich sein in den Bereichen Agrarwirtschaft, Holztechnik, Textiltechnik und Bekleidung, Chemie, Physik und Biologie, Drucktechnik und Bautechnik. Die Behörde geht davon aus, daß in diesen Bereichen 40 Klassen gebildet werden müßten. Über eine 2. und 3. Ausbaustufe soll das BGJ dann für alle Berufsfelder verbindlich sein. Metall und Öffentlicher Dienst wird bis zum Schluß aufgespart, weil die Kapitalisten hier den größten Widerstand erwarten. D.h.,

spart, weil die Kapitalisten hier den größten Widerstand erwarten. D.h.,

keine Lehrstelle mehr ohne BGJ. Änderungen kann sich die Behörde nur so vorstellen, „daß einzelne Berufsfelder, in denen ein Interesse der Wirtschaft am BGJ besteht, vorgezogen werden".

Weshalb sind Kapitalisten und Senat für das BGJ? Bisher ist es ihnen nicht gelungen, die dreijährige Ausbildung entscheidend zu verkürzen, um früher an die billige jugendliche Arbeitskraft heranzukommen. In den Bereichen, in denen sie die Stufenausbildung durchsetzen konnten, findet die Auslese nach zwei Jahren statt. Mithilfe des BGJ wird die Auslese um ein Jahr vorverlegt. Das Bundesvorstandsmitglied der IG Bau-Steine-Erden Bruno Köbele hat angegriffen, daß die Jugendlichen nach dem Ende des BGJ nach „bestanden" und „nichtbestanden" beurteilt werden. Nur wer das BGJ bestanden habe, habe überhaupt eine Chance, anschließend einen Ausbildungsplatz im Betrieb zu erhalten. Bisher legte man nach eineinhalb bis zwei Jahren eine Zwischenprüfung ab, konnte aber die Ausbildung – wenn man durchfiel – fortsetzen. Nach dem einen Jahr „Grundausbildung" können die Kapitalisten die Jugendlichen als angelernte Hilfsarbeiter einsetzen, ohne daß die Berufsschulpflicht stört, die in den Schulgesetzen der Länder nach Absolvierung des BGJ aufgehoben wird, falls man keinen Ausbildungsplatz erhält.

Im BGJ als erstem Lehrjahr soll statt Ausbildungsvergütung BAFöG bezahlt werden. Das sind 150 bis 400 DM Einkommensverlust für die Arbeiterfamilie. Schulsenator Grolle sagte dazu in der Hamburger Lehrer Zeitung (Organ der GEW): „Es ist ja auch immer so gewesen, daß eine Verlängerung von Ausbildungsgängen im Bereich des öf-

gewesen, daß eine Verlängerung von Ausbildungsgängen im Bereich des öf-

fentlichen Schulwesens verbunden war mit einem Einkommensverzicht, aber daß müssen Familien immer abwägen, wenn sie Kinder länger auf die Schule schicken, längere berufliche Ausbildungen machen oder gar studieren lassen". Das heißt, daß neben der verschärften Konkurrenz durch Prüfungen und Noten auch noch die dauernden Lohnsenkungen immer mehr Jugendliche von der beruflichen Ausbildung ausschließen.

Lehmann
Zentralorgan der Handwerksjugendgruppen
BERUFSCHÜLERPROZESS
INFO NR.1
jugendzeitung
Informationszeitung der Graffischen Jugend Hamburg – Jugendgruppe der IG Druck und Papier –
GED Jugend
IG Metall AEG betriebsjugendgruppe
- Landesschülervertretung -

In den Streiks gegen das Kurssystem und im Kampf gegen den Berufsschulerprozeß hat sich die Arbeiterjugend mit der organisierten Arbeiterbewegung verbunden und mit den gewerkschaftlichen Jugendgruppen eigene Organe geschaffen.

Diese Absichten der Kapitalisten soll Klose der Arbeiterbewegung und der

Diese Absichten der Kapitalisten soll Klose der Arbeiterbewegung und der Arbeiterjugend schmackhaft machen. Dazu sucht er den „Dialog mit den Gewerkschaften" (Klose auf der Vertreterversammlung der IGM). Er lädt 500 Vertreter der Hamburger Gewerkschaftsjugend zu einer „Zusammenkunft im Rathaus" am 15.1. ein. Imbiss ist vorgesehen. Mit Speck fängt man Mäuse, denkt der Kerl. Die Arbeiterjugend läßt sich aber nicht abspeisen und Jugendgruppen. Die Stellungnahmen der Kapitalistenverbände und der Regierung für das BGJ werden untersucht. Die IG METALL sowie die Jugendgruppen anderer Gewerkschaften haben Beschlüsse gegen die flächendeckende Einführung des BGJ gefaßt. Zur weiteren Organisierung des Kampfes findet am 2.2. dazu ein Berufschülerseminar im Gewerkschaftshaus statt. Auch im Rathaus wollen die Betriebsjugendgruppen der IG METALL von HDW, Blohm und Voss, AEG-Telefunken, Metallhandwerk und Elektrohandwerk Klose nicht ungeschoren lassen, indem sie ihm klare Fragen zu seinen Absichten vorlegen. Klose wird es nicht leicht haben, seinen Nebel (in Kampfstoffen ist er ja Experte!) in der Arbeiterbewegung zu verbreiten. Man hört, Klose ist als Redner für die 1.Mai Kundgebung des DGB vorgesehen. Doch nicht im Ernst?



Klose will am 1.Mai reden. Wer will ihn hören? Die ÖTV-Kollegen, denen er erklärt hat, „den Kollegen im öffentlichen Dienst werden die öffentlichen Arbeitgeber nichts schenken"? Die GEW-Kollegen, denen er gedroht hat, „daß der Staat andere als zulässige Kampfmaßnahmen nicht dulden kann und wird", und gegen die er Disziplinarmaßnahmen verhängen ließ, weil sie von ihrem gewerkschaftlichen Streikrecht Gebrauch machten? Oder will ihn gar die Gewerkschaftsjugend hören?

Aufruf zum gemeinsamen Kampf gegen die Verschlechterung der Ausbildung

b.uws. Die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen hat auf ihrer Sitzung am 12.1.80 in Anbetracht der Lage, daß der Kultusminister Bendixen seine Reform an den Gymnasien, die Studienstufenverordnung für das kommende Schuljahr verabschieden will und die Ausbildungslage an den Berufsschulen durch Unterrichtsausfall, Raum- und Lehrermangel und hohe Durchfallquoten bei den Prüfungen gekennzeichnet ist, einen Aufruf verabschiedet zu einer gemeinsamen Demonstration am 22. März 1980 in Kiel.

In ihrem Aufruf an alle Schülervertretungen und Gewerkschaften heißt es: „Anbetracht der Tatsache, daß an den Berufsschulen die Ausbildung zum Facharbeiter völlig unzureichend ist, weil sie nicht auf dem Stand der neusten Erkenntnisse in der Produktion stattfindet und 8 Stunden Berufsschulunterricht dazu nicht ausreichend ist, ... – daß die Landesregierung mit der Einführung von Stufenausbildung einen Angriff auf die Facharbeiterausbildung und den Lohn führt und damit den Interessen der Unternehmer nach billigen Arbeitskräften und qualifizierten Hilfsarbeitern nachkommt, erheben wir die Forderungen nach:

– 2 mal 6 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen; – Sofortige Zurücknahme der Unterrichtskürzungen an den Berufsschulen und die Gewährung von mindestens 8 Stunden Unterricht; – Ausreichende Schulräume und Einstellung von mehr Lehrer, sowie – Jederzeitiges Kontroll- und Inspektionsrecht der Gewerkschaften auch in der Berufsschule;

– Niemand darf aufgrund der schlechten Ausbildungs- und Prüfungsbedingungen bei den Prüfungen durchfallen; – Weg mit der Stufenausbildung; – Möglichkeit für arbeitslose Jugendliche auf Teilnahme an Facharbeiterklassen und praktisch und theoretischem Unterricht in dem Umfang, daß der Facharbeiterabschluß erlangt werden kann."

Bezüglich der unerträglichen Lage an den Fachgymnasien und der geplanten Studienstufenverordnung heißt es: „Anbetracht der Tatsache, daß ...die Studienstufe zur verschärften Auslese dient, ... – daß die Landesregierung den Schülern in Schleswig-Holstein das Erreichen des Abiturs damit noch weiter erschweren will, frühzeitige Zugangsbeschränkungen zu den Universitäten einführt und noch mehr Schüler auf den Arbeitsmarkt wirft, entsprechend dem Bedarf der Unternehmer nach billigen Arbeitskräften, ... erheben wir folgende Forderungen:

– Weg mit der Studienstufenverordnung; – Erweiterung der Wahlmöglichkeiten im Leistungs- und Grundkursbereich; – Nicht mehr als 28 Stunden Unterricht pro Woche. 5-Tage-Woche.; – Abbau der Stoffülle in den Lehrplänen; – Wegfall der Abitursprüfungsordnung; – Weg mit dem Punkte- und Zensurensystem."

Eine gemeinsame Sitzung der LSVen ist vorgeschlagen. Alle Jugendvertretungen und Gewerkschaften sind aufgerufen, dies zu unterstützen. Ein Vertreter des GEW-Landesvorstandes, der auf der LSV-Sitzung anwesend war, unterstützte den Aufruf und sicherte zu, daß die GEW auf der Demonstration einen Redebeitrag halten wird. Der Landesbezirksjugendvorstand des DGB berät sich hierzu ebenfalls. Der Aufruf soll an allen Schulen im Land verbreitet und beraten werden.

Reaktionäre Studienreform der Landesregierung Bendixen will Gemeinschaftskunde abschaffen

Reaktionäre Studienreform der Landesregierung Bendixen will Gemeinschaftskunde abschaffen

b.hör. Mit der Rückverwandlung des Faches Gemeinschaftskunde in die Fächer Erdkunde und Geschichte als einer von 12 Programmpunkten der geplanten Studienstufenreform will die Landesregierung die umfassende Behandlung von Widersprüchen in der Welt aus ihren historischen Zusammenhangen heraus unterdrücken.

Eingeführt wurde das Fach Gemeinschaftskunde 1972 mit der Einführung der Studienstufe und stellte eine Zusammenfassung der Fächer Geschichte und Erdkunde dar. Weder gab es damals eine Ausbildung der Lehrer in diesem Fach noch feste Lehrpläne. Es waren lediglich Themen festgelegt, deren Ausgestaltung den Lehrern überlassen blieb. Themen wie „Der Mensch in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat" (Lehrplan 1975) ließen den Lehrern eine Menge Spielraum. Dieser wurde im Zuge der Schülerbewegung von den Schülern genutzt, indem sie gerade in diesem Fach gesellschaftskritische und antiimperialistische Unterrichtsinhalte forderten und durchsetzten. Der 1976 neu verabschiedete Lehrplan griff diese Bestrebungen scheinbar auf mit Themen wie „Die Dritte Welt", war aber im wesentlichen darauf ausgerichtet, diese Bewegung der Schüler und von Teilen der Lehrer aufzufangen und ideologisch in den Griff zu bekommen.

So wird dort beispielsweise in dem Kursthema „Die Dritte Welt/Wirtschaft" unter der Spalte „didaktischer Gesichtspunkt" (was soviel heißt wie Auswahl von Unterrichtsinhalten) aufgeführt: Möglichkeiten und Hindernisse der wirtschaftlichen Entwicklung". Unter der Spalte „Zugehörige Begriffe" heißt es dann: „marktorientierte Produktion, unternehmerische Initiative, staatliche Planung, Agrarstruktur, Industrialisierung, Infrastruktur, Korruption, negative Rückkopplung, Kapitalbildung, technisches Wissen, bilateral, multilateral, Kapitalhilfe, technische Hilfe, private Investition". Bezeichnend ist, daß der Begriff Imperialismus hier nicht auftaucht, ebensowenig z.B. ökonomische Abhängigkeit oder Verschuldung. Wenn man sich auch lebhaft vorstellen kann, wie eine Imperialistenseele wie Bendixen oder Braun den Gemeinschaftskundeunterricht gerne gehabt hätten, so wird dieser Lehrplan die Lehrer nicht gehindert haben, den Schülern den wahren Sachverhalt zu erklären. Das soll durch die reaktionäre Reform jetzt versucht werden, ganz zu unterdrücken.

Schwierigkeiten des Kultusministeriums mit der Orientierungsstufe

b.row. 1971 wurde in Schleswig-Holstein die Orientierungsstufe eingeführt. Sie besteht aus den 5. und 6. Klassen der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien. Abgeschafft wurden die Aufnahmeprüfungen in der 4. Klasse der Grundschule. Die Eltern sollten entscheiden, auf welcher Schule ihr Kind angemeldet wird. Das hatte einschneidende Änderungen zur Folge. An der Hauptschule nahm die Zahl der Schüler in der 5. Klasse von 1970/71 bis 71/72 um 27% ab, an der Realschule stieg sie um 34% und am Gymnasium um 36%. Dies war ein Problem für das Kultusministerium.

Als erstes wurden Grundschulgutachten eingeführt: „Das Gutachten ist mehr als ein Zeugnis. In enger Zusammenarbeit mit den Eltern beobachten die Lehrer Lernverhalten und Begabung." Ein umfangreiches Gutachten, mit dem erreicht werden soll, daß sich die Eltern dem Urteil der Schule beugen, was oft nicht der Fall ist. Um sicherer gehen zu können, wurde 1972 der „Schultest zum Nachdenken" eingeführt. Im Schuljahr 1976/77 wurde daraus dann der „Grundintelligenztest." Dieser Test darf nicht vorher angekündigt werden. „Sehr verhaltensauffällige Schüler sollten von der Testung im Klassenverband ausgeschlossen werden." Dies ist in einer noch schärferen Form die 1971 abgeschaffte Aufnahmeprüfung. Die Tests werden in einer besonderen Form ausgewertet: „Ein Prozentwert von 75 bedeutet zum Beispiel, daß die erzielte Leistung besser ist als die von 75% der Altersgruppe ereichte und daß nur 25% der Altersgruppe eine höhere Leistung erzielten."

Festgelegt ist auch, ab welchem Wert man für welche Schulart geeignet erscheint. Der Einfluß der Eltern konnte so untergraben werden, aber noch keineswegs gebrochen. Die Landesregierung mußte noch weitere Manöver fahren: sie entfaltete eine Politik der Aufwertung der Hauptschule, die 1975 in Stoltenbergs Regierungserklärung angekündigt wurde. In der Broschüre der Landesregierung „Was sie über Schule schon immer wissen wollten" heißt es: „In der Vergangenheit hatte ein Gymnasiast die Chance, eine gut bezahlte Stellung eher zu erreichen als ein Realschüler, und dieser hatte es wieder leichter als ein Hauptschüler. Dennoch gibt es eine große Zahl selbständiger Handwerker und gutverdienender Fachleute in leitenden Positionen, die in ihrer Jugend eine Volks- bzw. Hauptschule besucht haben." Die Hauptschule soll schmackhaft gemacht werden und es wird angeknüpft an dem Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse, Produzent allen gesellschaftlichen Reichtums zu sein. „Die Hauptschule gibt den Schülern eine solide Grundlage für eine Berufsausbildung."

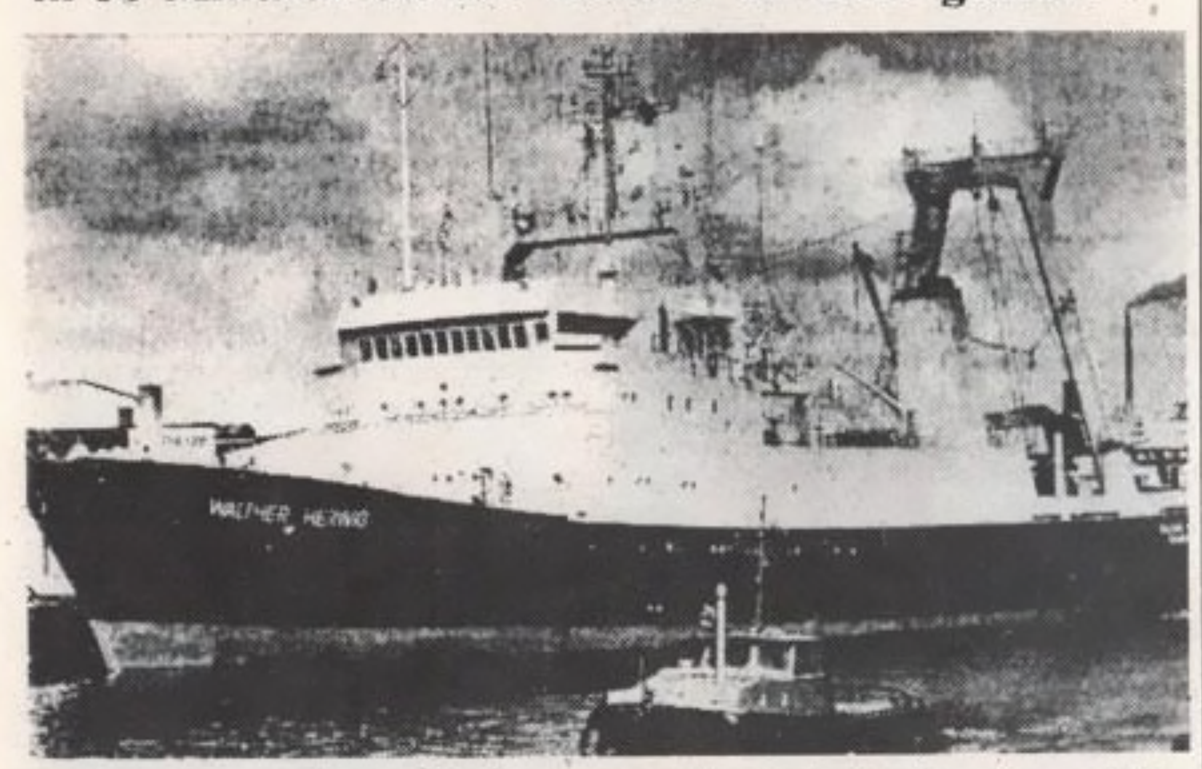
Gleichzeitig wird gedroht: „Deshalb sollten Eltern auch sehen, daß jährlich tausend Schüler und Schülerinnen von der Hauptschule auf eine Realschule wechseln." Aber: „Fünfmal so viele in entgegengesezter Richtung". Es wird mit zwangsläufiger Verschärfung der Aussiebung gedroht, und den Eltern soll noch mal tief ins Gewissen geredet werden. Wir haben in dem Schaubild ein Beispiel von Durchläufen von jeweils einer Klassenstufe in den verschiedenen Schularten dargestellt (Abgangsklassen jeweils 1977). Es ist zu sehen, daß die Schülerzahlen am Gymnasium stark fallen und an der Hauptschule absolut steigen. So wirkt sich praktisch die Aufwertung der Hauptschule aus: maßlose Aussiebung und Abwälzung der Schüler an den Gymnasien auf die Real- und Hauptschule.

Anfänger und Abgänger in den verschiedenen Schularten / Schleswig-Holstein

1000 Schüler
10
5
o. = ohne entsprechenden Abschluß
5. Kl. 7. Kl. 9. Kl. o.
Sonderschule
5. Kl. 7. Kl. 9. Kl. o.
Hauptschule
5. Kl. 7. Kl. 9. Kl. o.
Realschule
7. Kl. 10. Kl. 12. Kl. o.
Gymnasium

Der neue Kultusminister Bendixen hat jetzt vor, daß es überhaupt nicht mehr möglich sein soll, wenn ein Schüler von den Grundschullehrern für die Hauptschule vorgeschlagen wird, daß die Eltern ihr Kind an dem Gymnasium anmelden. Dafür soll die Möglichkeit, die Klasse zu wiederholen, gelockert werden, wenn laut Lehrerkonferenz die Aussichten auf Erreichen des Klassenziels gegeben ist. Bisher sind Schrägversetzungen nur die Regel. Man wird sich gegen beides wenden müssen und die Abschaffung der Tests und Gutachten fordern.

Imperialistische Fischereiforschung: „Dort wurden in 30 Minuten bis 100 Zentner an Bord gehievt !"

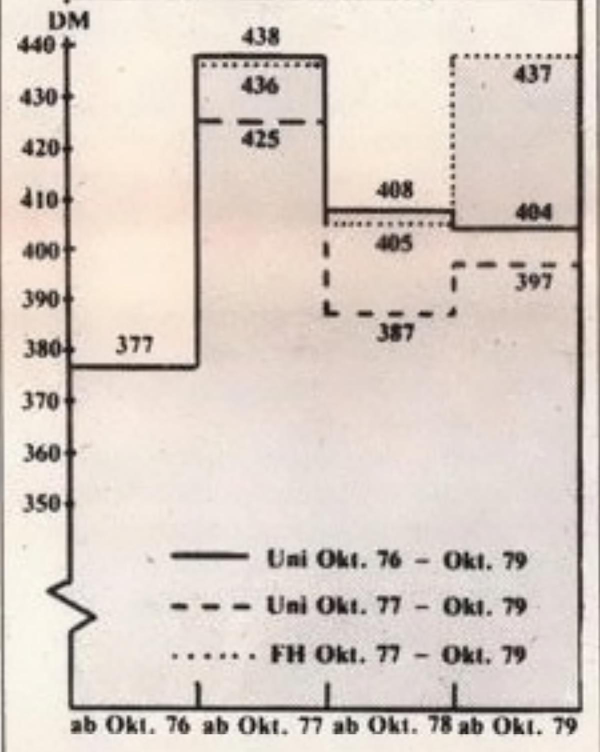


r.ruz. Am Dienstag letzter Woche wurden wieder die beiden Forschungsschiffe „Walter Herwig" und „Anton Dohrn" vom Institut für Fischereiforschung der Bundesregierung in Fahrt gesetzt zur Auskundschaftung noch verbliebener lohnender Fanggründe im Seegebiet zwischen den Färöern, Island und Irland. Die irischen Gewässer stehen den westdeutschen Fischereimonopolen als Teil des EG-Meers offen. Die Färöer werden – unter Ausnutzung ihrer Abhängigkeit vom europäischen Markt – zur Zuteilung hoher Fangquoten in ihrer 200-sm-Fischereizone an westdeutsche Fabrikschiffe gezwungen.

Ergebnisse der BAFöG-Umfrage von Kieler ASten und Fachschaften

r.mos. Anfang Dezember wurde an Universität und Fachhochschule in Kiel eine gemeinsame BAFöG-Umfrage von ASten und Fachschaften durchgeführt. Ziel war es, genauere Aufschlüsse über die finanzielle Lage der Kieler Studenten zu erhalten, um auf der Grundlage die Diskussion um die notwendigen Forderungen erneut führen zu können. U.a. wurden Fragen gestellt nach dem Einkommen der Studenten, dem Einkommen ihrer Eltern, den BAFöG-Zahlungen von 1976 an, der Wohnsituation der Studenten. Erste Ergebnisse einer Handauswertung liegen jetzt vor. Danach hat der überwiegende Teil der Studenten ein monatliches *Gesamteinkommen* von weniger als 700 DM, also inklusive Zuschüsse der Eltern, eigener Arbeit und sonstigen Quellen. Für die Masse der Studenten würde also eine tarifvertragliche Regelung in Anlehnung an die Entlohnung von Krankenpflegeschülern 3. Lehrjahr (730 DM netto) eine spürbare Erleichterung ihrer finanziellen Lage bringen. Zur Ermittlung der Quellen des Einkommens haben wir die Studenten in Einkommensgruppen zusammengefaßt und jeweils den durchschnittlichen Anteil von BAFöG, Zuschüssen der Eltern und eigener Arbeit errechnet. In keiner Einkommensgruppe ist es den Studenten – im Durchschnitt gesehen – möglich, nur vom BAFöG zu leben. Immer sind sie, um ihr Einkommen zu erreichen, auf Zuschüsse der Eltern und zusätzliche Arbeit angewiesen. Bei der jetzigen Studienbelastung führt das unweigerlich dazu, daß das Studium verlängert werden muß.

In dem Schaubild ist die Entwicklung der BAFöG-Zahlungen von 1976 bzw. 1977 an für Fachhochschule und Universität aufgetragen. Zu dem Zweck haben wir die Studenten, die über diesen Zeitraum BAFöG erhalten haben, zusammengefaßt und den jeweiligen durchschnittlichen Betrag berechnet. Von „segensreicher Wirkung" des 6. BAFöG-Änderungsgesetzes, das am 1.10.79 in Kraft getreten ist und mit einer Erhöhung des Höchstförderungsbetrages und einer Erhöhung des Elternfreibetrages eine angebliche Verbesserung für die Studenten bringen sollte, ist jedenfalls nichts zu sehen. Im Vergleich zu 1977 erhalten die Studenten an der Fachhochschule durchschnittlich 1 DM weniger!



Bis zum vorgesehenen Ablauf des Gesetzes 1981 wird sich die Lage noch weiter zuspitzen, weil gegenwärtig jede Lohnerhöhung sich direkt in einer Senkung des BAFöG niederschlägt. Der AStA der PH hat jetzt die Forderungen nach Anbindung an die Entwicklung des Durchschnittslohns, aktuell 730 DM Höchstbetrag, 1460 DM Elternfreibetrag, gefordert. Das ist die richtige Grundlage für eine weitere Aktionseinheit.

Die Forderungen der Auszubildenden können durch Streik durchgesetzt werden

r.wof. Die ÖTV hat den Manteltarifvertrag für Auszubildende (MTV/A) von 1977 Ende 79 gekündigt. Am 29.11. hat der Dienstherr sämtliche Forderungen abgelehnt. Daraufhin hat der Bundesjugendausschuß den Hauptvorstand aufgefordert, zur Durchsetzung der Forderungen bundesweit schwerpunktmäßige Warnstreiks der Auszubildenden am 28. Januar durchzuführen. Die Forderungen beinhalten u.a.: Einbeziehung der Auszubildenden der Krankenpflege in den MTV/A, halbjährliche ärztliche Untersuchung, jederzeitige Einsicht in die Personalakten, Verbot von Nebenakten, Anrechnung der Ruhezeiten auf die Ausbildungszeit, Verbot der Nacht-, Mehr-, Akkord- und Schichtarbeit sowie der Arbeit an Wochenenden und Feiertagen, Bezahlung *aller* Ausbildungskosten, Bildungsurlaub bis zu 20 Tagen/Jahr, Verlängerung der Freistellung vor Prüfungen, Übernahme aller Ausgebildeten entsprechend ihrer Ausbildung, keine Anrechnung der Auszubildenden auf die Stellenpläne.

Die ÖTV-Jugend am Krankenhaus St. Jürgenstraße, Bremen, fordert darüber hinaus die Abschaffung des Notensystems. Prüfungen sollen nur mit „bestanden" oder „nicht bestanden" gewertet werden, in der praktischen Ausbildung sollen die Beurteilungen durch Ausbildungsnachweise ersetzt werden.

Die Tatsache, daß die Auszubildenden der Krankenpflege *keinerlei* Richtlinien unterstehen, die den Angriffen des Dienstherrn Schranken setzen, gibt ihm freie Hand. Die Auszubildenden, in Bremen offiziell nicht auf den Stellenplan angerechnet, machen je nach Ausbildungsstand sämtliche Putz- und Laufarbeiten, die die Examinierten wegen des Personalmangels nicht schaffen, oder sie arbeiten voll auf den Stationen mit. So auch nachts. Obwohl das Krankenpflegegesetz nur eine Nachtwache bei einem Patienten vorschreibt, wurden bis vor einiger Zeit während der dreijährigen Ausbildung bis zu 60 Nachtwachen alleinverantwortlich gemacht. Die Ausbildungspersonalräte haben in einer Dienstvereinbarung gegen den Senat durchgesetzt, daß nicht mehr als 21 Nachtwachen gemacht werden dürfen.

Werden die Auszubildenden in anderen Krankenhäusern eingesetzt, so müssen sie die Fahrtkosten selbst bezahlen. Die „Freistellung" vor Prüfungen sieht so aus, daß vier Wochen vor dem Examen nur noch Frühdienst gemacht wird und den Auszubildenden mittags 2,5 Stunden „geschenkt" werden. Die Wochenend- und Feiertagsarbeit wird nach dem gleichen System „eingeschränkt".

Die Auszubildenden müssen ungefähr vierzig Prüfungen und Arbeiten bestehen, davon viele während der dreimonatigen Probezeit. In der praktischen Ausbildung wird die Verwendbarkeit geprüft („... ist schwierigen Situationen gewachsen.. : im Arbeitstempo schnell... ") und benotet. Zur besseren Kontrolle müssen die Stundennachweisbögen in der Schule mitgebracht und gegengezeichnet werden. Dagegen haben sich Kurse geschlossen gewehrt. Daraufhin bekamen die Oberschwestern die Anweisung, nicht gegengezeichnete Stundennachweisbögen nicht abzurechnen.

Diese Lage macht die Durchsetzung der Forderungen im MTV/A dringlich. Freiwillig wird der Dienstherr keiner einzigen Forderung zustimmen. Auf der Kreisjugendausschußsitzung Bremen hat ein Delegierter einen 2-stündigen Warnstreik vorgeschlagen. In den anderen Bremer Krankenhäusern sollen Beratungen durchgeführt werden. Der Ausbildungspersonalrat St. Jürgenstraße hat beschlossen, zur Unterstützung eine Wandzeitung aufzustellen und Kursbesuche durchzuführen. Am Marinearsenal Wilhelmshaven haben alle Auszubildenden mit ihrer Unterschrift Aktionen der ÖTV begrüßt. Ebenso unterstützt u.a. die Konferenz aller Krankenpflegeschüler Schleswig-Holsteins die Forderungen.

Die niedersächsische Landesregierung betreibt die Senkung der Grunderwerbssteuer für die Kapitalisten

r.scm. Am 15. Dezember hat der niedersächsische Landtag die zeitliche Befristung des *Gesetzes über Grunderwerbssteuerbefreiung bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur* aufgehoben. Dadurch werden nach Schätzung der Landesregierung den Kapitalisten, die „volkswirtschaftlich förderungswürdige Betriebe errichten oder erweitern wollen" und dazu ein Grundstück kaufen, in diesem Jahr in Niedersachsen 27 Mio. DM an Steuern erlassen. Gleichzeitig betreibt die Landesregierung im Bundesrat eine Gesetzesinitiative, das Grunderwerbssteuerrecht – bislang landesgesetzlich geregelt – nunmehr durch ein Bundesgesetz neu zu formulieren. Dabei soll anstelle der bisherigen Steuerabschreibungen eine allgemeine Grunderwerbssteuersenkung von derzeit 7% auf 2% treten.

Die Grund*erwerbs*steuer muß beim Kauf eines Grundstücks entrichtet werden. Sie beträgt 7% vom Kaufpreis, wobei auf dem Grundstück befindliche Gebäude und Anlagen mit eingerechnet werden. Daneben gibt es die *Grund*steuer mit der der Besitz von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen (Grundsteuer A) und von anderen Grundstücken einschließlich darauf stehender Gebäude (Grundsteuer B) besteuert wird. Die Grundsteuern werden von den Gemeinden erhoben und können auch in der Höhe durch die „Hebesätze" von ihnen selbst festgelegt werden. Die Grunderwerbssteuer dagegen geht zu drei Siebteln ans Land und zu vier Siebteln an die Landkreise und wird vom Landtag festgesetzt.

Grunderwerbssteuer in Niedersachsen (in Mio. DM)

Jahr	Kommunalanteil	Landesanteil	insgesamt
1958	15,9	12,1	28,0
1959	19,2	14,4	33,6
1960	20,5	15,4	35,9
1961	24,8	18,9	43,7
1962	29,6	22,3	51,9
1963	31,6	23,6	55,2
1964	37,2		
1965	41,2		
1966	42,9		
1967	42,1		
1968	47,6		
1969	57,0		
1970	65,5	49,7	115,2
1971	70,9	53,8	124,7
1972	79,2	59,8	139,0
1973	91,6	68,4	160,0
1974	88,5	67,8	156,3
1975	99,6	74,2	173,8
1976	117,2	88,9	206,1
1977	88,6		
1978	96,4		
1979*	112,5		

* hochgerechnet

Man kann mit den vorliegenden Zahlen abschätzen, daß die 27 Millionen, die das jetzt verlängerte Landesgesetz den Kapitalisten bringt, nur ein Bruchteil von der Steuerminderung sein wird, die das neue Bundesgesetz durch die Senkung des Satzes von 7 auf 2% bringen soll. Empfindlich treffen wird diese Steuerminderung die Kommunalfinanzen mit der Wirkung der erhöhten kommunalen Verschuldung und Abhängigkeit von den Banken.

Die allgemeine Senkung der Grunderwerbssteuer, die ja auch den Erwerb beispielsweise einer Eigentumswohnung verbilligt, geht einher mit der bürgerlichen Propaganda der Eigentumsbildung, die gerade auch die niedersächsische Landesregierung pflegt. Verfolgt die Landesregierung so zum Einen ideologische Zwecke, so will sie andererseits die Masse der geplanten Steuersenkungen denen zugute kommen, die in großem Stil Grundstücke erwerben, um sie für die Profitproduktion zu nutzen, oder mit Grundstücken handeln. In der Praxis wird so die Konzentration des Grundeigentums in der Hand der Kapitalisten gefördert.

Über die Notwendigkeit der Senkung der Grunderwerbssteuer gibt es in den Reihen der bürgerlichen Parteien und Landesregierungen Einigkeit. Der Antrag zur Verlängerung der Gültigkeit von Steuerbefreiungen bei „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur" wurde zunächst von der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag gestellt. Der Gesetzesinitiative für die allgemeine Senkung der Steuer durch ein Bundesgesetz haben sich als Mitantragsteller die Landesregierungen von Berlin, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland angeschlossen.





Freiherr von Heeremann: ,,Das bestehende Agrarsystem ist gut"

r.rak. Um Schützenhilfe für die Fachschaftsratswahlen Ende Januar zu bekommen, hat der Fachschaftsrat ,,Unabhängige Landwirte" in Göttingen den Bauernverbandspräsidenten Freiherr von Heeremann zu einer Diskussion eingeladen. Die ,,Unabhängigen Landwirte" werden hauptsächlich von Großbauern oder Großgrundbesitzererben bestimmt. Von ,,ihrem Präsidenten" erhofften sie sich Unterstützung gegen die Grünen. Heeremann sprach zum Thema, ,,Agrarpolitik im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie". Was er den Grünen entgegnete, waren vor allem Gemeinplätze: Biologischer Landbau sei Rückkehr ins 19. Jahrhundert, als 12 dz Weizen je Hektar geerntet wurden (heute im Durchschnitt 40 dz/ha). Damit sei die Welternährung nicht zu sichern. Zum Argument, daß die großen Mengen von Pflanzenschutzmitteln, die bedingt durch die Monokultur der Großbetriebe ausgebracht werden müssen, zum Auftreten resistenter Schädlinge führe, wußte er nichts: Das Auftreten von resistenten Unkräutern, das von einigen Landwirtschaftsämtern in Bayern und Hessen gemeldet wurde, führte er auf das ,,Nord-Südgefälle" zurück. Den Schaden, der durch das gegen Pflanzenschutzmittel fast resistente Gelb-Mosaikvirus vor allem im Bereich Königslutter – Helmstedt angerichtet wurde, leugnete er schlichtweg.

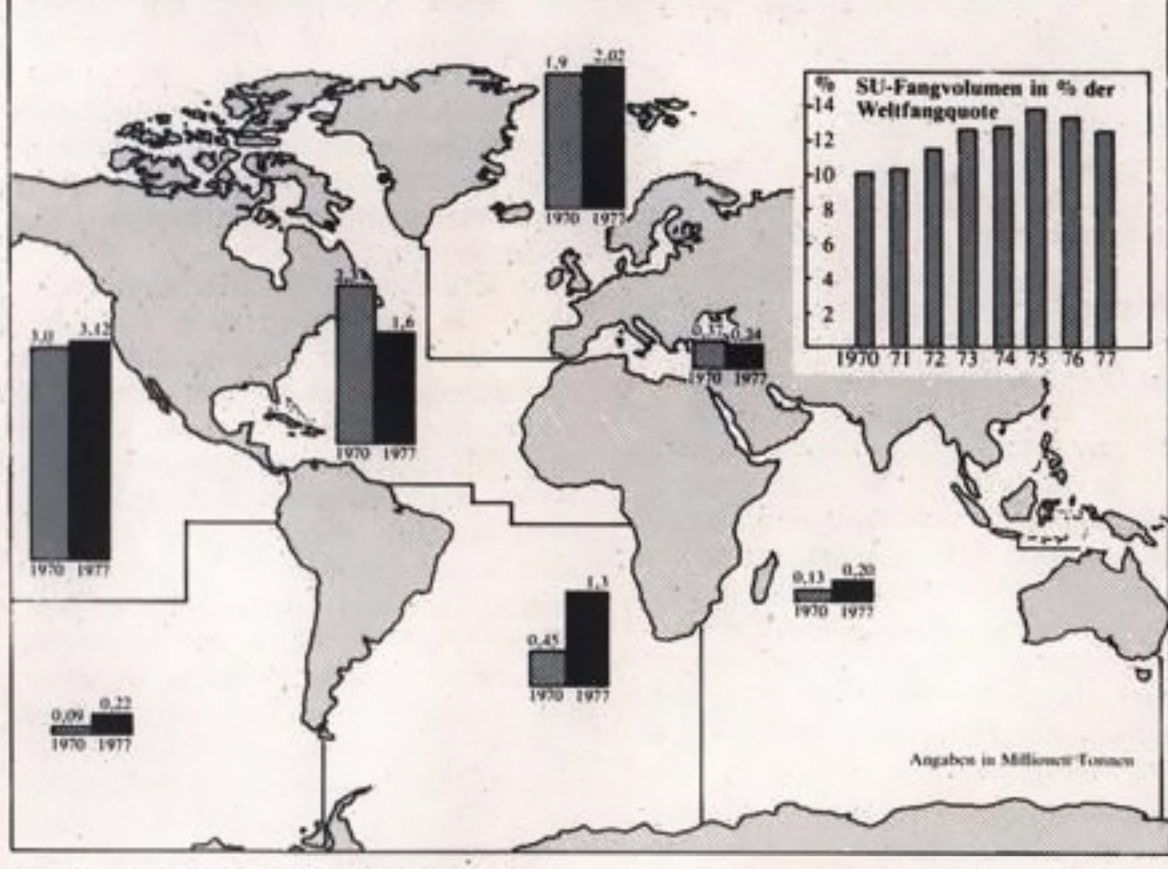
Allerdings blieben auch die Vertreter des biologisch (-dynamischen) Landbaus jeden Beweis dafür schuldig, daß a) die Erträge auf biologischen Betrieben an die ,,konventioneller" heranreichen und daß b) abgesehen davon ein durchschnittlicher klein- und mittelbäuerlicher Betrieb diese Methode überhaupt anwenden kann. Die relativ positiven Berichte einiger großer biologischer Betriebe lassen immer den enormen Arbeitskräfteverschleiß (an Freiwilligen, Zivildienstleistenden o.ä.) außen vor, der dort betrieben wird. Der durchschnittliche Vollerwerbsbetrieb in Westdeutschland mußte 1977/78 seine (statistischen) 24,69 ha mit 1,44 (großteils Familien-) Arbeitskräften bearbeiten (Zahlen nach dem Testbetriebsnetz des Agrarberichts). Will man generell biologisch anbauen, muß man den Arbeitsdienst wieder einführen. Ob diejenigen, die für den biologisch (-dynamischen) Anbau schwärmen, sich darüber im klaren sind? Zudem kommen diese Betriebe (zumindest bei Obst und Gemüse) meist dadurch auf ihre Kosten, daß sie an exquisite Demeterläden usw. verkaufen. Eine grundsätzliche Anwendung dieser Methode würde die Nahrungsmittel insgesamt verteuern.

Geschickter als Heeremann versuchte Landwirtschaftsminister a.D. Bruns, SPD, die Vertreter des biologischen Anbaus einzufangen (und so potentiell grüne Stimmen wieder an die SPD zu binden): Er appellierte an ,,auch meinen Präsidenten", die Sache nicht so eng zu sehen; man müsse voneinander lernen, sowohl die konventionellen als auch die biologischen. Dafür bekam er viel Beifall. Leider blieb keine Zeit mehr, um anzumerken, daß die niedersächsische SPD-Landesregierung 1973, als Bruns noch Landwirtschaftsminister war, einen Landesentwicklungsplan herausgegeben hat, wonach 300000 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche bis 1985 brach gelegt werden sollten, um dem Strukturwandel (der Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern) gerecht werden zu können.

Aus seiner ,,Analyse" schloß der Freiherr, ohne irgendwelche Beweise zu bringen, daß gegenüber den Alternativen das bestehende Agrarsystem gut sei. Auf den Vorwurf, daß das bestehende System nur dazu führe, daß der Zwischenhandel und die kapitalistischen Genossenschaften gemästet werden, während der kleine und mittlere Bauer sehen kann, wo er bleibt, wußte er nicht viel zu sagen. Auch schon in seinem Interview mit dem Spiegel, das Anfang letzter Woche herauskam, machte Heeremann Andeutungen, die die Brüssler Agrarpreisrunde mit Tarifverhandlungen in einem Atemzug nannte, wo also die Interessen der Bauern durchgesetzt werden könnten. In Wirklichkeit sind die meisten Marktordnungen (mit Ausnahme der Milch) so aufgebaut, daß die garantierten Mindestpreise (Interventionspreise, wenn der Marktpreis darunter fällt, muß die EG jede Menge zum garantierten Interventionspreis aufkaufen) meist weit unter den Marktpreisen liegen, also gar keine Funktion erfüllen. Treten auf bestimmten Märkten regelmäßig starke Preiseinbrüche auf, wie z.B. beim Schweinemarkt, gibt es keine Pflichtintervention. Wird aber überhaupt interveniert, dann werden die gestützten Preise nicht an die Bauern, sondern an den Zwischenhandel gezahlt. Was der dann an die Bauern weitergibt, steht auf einem anderen Blatt.

Die Frage, wieviel von einer z.B. 10%igen Interventionspreiserhöhung tatsächlich beim Bauern als Erzeugerpreiserhöhung ankommt, konnte er nicht beantworten (1977/78 betrug das Nettoeinkommen, aus dem noch Erweiterungsinvestitionen bezahlt werden müssen, bei 46% der Vollerwerbsbetriebe 1025 DM).

UdSSR – Weltfischräuber
Mit Vorliebe im angestammten Gebiet der USA



Quelle: FAO Yearbook of Fishery, 1977

z.anb. Bis 1977 haben sich die sowjetischen Imperialisten an die zweite Stelle – hinter Japan – in der Weltrangliste der Fangstatistik geschoben. Während sie die aus inländischen Gewässern stammenden Fänge von 1970 11,7% ihres gesamten Fangvolumens auf 1977 8,2% desselben (770862 t) reduzierten, steigerten sie ihre Fischraubzüge auf den Weltmeeren um 29% auf 1977 9,35 Mio. t, knapp 13% des Weltfangvolumens. – An den Verschiebungen in der regionalen Verteilung ihrer Beutezüge wird deutlich, daß die sowjetische Fangflotte verstärkt im unmittelbaren Einzugsbereich der anderen Supermacht operiert, während sie im Indischen Ozean, im Nordatlantik und im Mittelmeer direkter militärischer Präsenz Platz gemacht hat.

mit 1,44 (großteils Familien-) Arbeits- sen der Bauern durchgesetzt werden senz Platz gemacht hat.

Neue Finanzverfassung der rumänischen Bauernkooperativen

Politische Maßnahmen zur Hebung der Produktivkraft / Finanzhoheit – Ausdruck der Demokratie

z.anb. Das Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei hat mit Anfang 1980 die Schulden der landwirtschaftlichen Kooperativen (LPG) gegenüber dem rumänischen Staat gestrichen und ihre Abgabeverpflichtungen reduziert. Insgesamt werden die Genossenschaften um 13,5 Mrd. Lei (1 Lei = 0,42 DM) entlastet.

Der Beschluß der RKP ist nicht als wirtschaftliche Maßnahme gegen wachsende Schuldenlast der Kooperativen, die heute 60% der 4 Mio. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche bearbeiten, mißzuverstehen. Es handelt sich um eine gründliche Umwälzung der Finanz- und Wirtschaftsverfassung der Genossenschaften, nachdem klar geworden ist, daß hierin das Hauptkettenglied in der Entfaltung der Produktivkraft liegt.

Zweifellos sind in den letzten Jahrzehnten gewaltige Erfolge in dieser Hinsicht erzielt worden: 1939 verfügten nur 50% der kleinen Parzellenbauern über einen Pflug, ein Drittel davon aus Holz, von Ochsen gezogen. Ein Traktor kam im Durchschnitt auf 2500 ha. In Deutschland betrug damals der Kapitaleinsatz in der Landwirtschaft pro ha das 15fache.

Heute kommt ein Traktor auf 73 ha, die Nutzfläche ist durch Bodenmelioration von 3 auf 4 Mio. ha gesteigert worden, im Getreideanbau steht Rumänien an 12. Stelle der Weltrangliste. Aber selbst auf den Staatsgütern (13% der in der Landwirtschaft Beschäftigten) mit dem relativ höchsten Mechanisierungsgrad wurde 1977 für eine Tonne Rindfleisch noch viermal soviel Arbeitszeit aufgewendet als in den USA, für eine Tonne Mais dreimal soviel wie in Frankreich.

Seit dem Abschluß der Vergenossenschaftung (1949 – 62) ist in der Kooperativproduktion eine Verlangsamung in der Steigerung der Produktivität eingetreten; dies nicht etwa aus Mangel an Produktionsmitteln, Saatgut, Dünger. Seit Jahren werden Maschinenbau und Chemieindustrie als Hauptträger der Unterstützung der Landwirtschaft vorangetrieben. Heute umfassen diese Produktionszweige 47% der Industrieproduktion, in ihnen wurden über lange Zeit hinweg beträchtliche Mittel gebunden, ohne sich kurzfristig in einem wachsenden Mehrprodukt auszudrücken. Dieses für ein Land im Entwicklungsstadium schwerwiegende Problem trat in Rumänien Mitte bis Ende der sechziger Jahre deutlich zutage. In erster Linie an der Aufspreizung der Schere zwischen den Löhnen der Arbeiter und den Einkommen der Kooperativbauern. Die raschere Steigerung der Produktivität in der Industrie verschlechterte die Austauschbeziehung mit der Landwirtschaft in gefährlichem Ausmaß. Durch bewußten Eingriff der Regierung verbesserte sich dieses Verhältnis zwischen 1960 und 1974 um 60%. Die Landarbeiter auf den Staatsgütern erhielten den dem Industriestandard entsprechenden Lohn.

Die Finanzverfassung der Kooperativen spiegelte in der Anfangsphase die angespannte Lage des gesellschaftlichen Kosumtionsfonds wider: das Einkommen der Kooperativbauern bestand noch 1965 zu 70% aus Naturalien zum unmittelbaren Verzehr. Das Interesse der Bauern an der Kooperativproduktion war durch den Umstand geprägt, daß sie ihr Einkommen nie im voraus wußten; erst *nach* der Ernte, *nach Abzug* der Kreditrückzahlungen an den Staat, *nach Abzug* der notwendigen Investitionen, *nach Abzug* der Mittel für die Reparatur der Maschinerie, für den Kauf von Dünger und Saatgut ...

Die Reproduktion der Kooperativbauern war somit nicht als Bestandteil der Produktionskosten anerkannt, sie wurde gezahlt aus dem *Rest* des Mehrwerts, der nicht unmittelbar erneut eingesetzt werden mußte. Und dies war zunächst sehr wenig. Die Genossenschaftsbauern suchten dies durch Steigerung ihrer Privatparzellenwirtschaft auszugleichen. Noch 1974 stammten rund 90% des Fleischangebots auf dem Markt aus solcher Nebenwirtschaft, rund die Hälfte des Gemüses und 40% des Obstes.

1976 wurde die Finanzverfassung umgewälzt, den Kooperativbauern ein Mindestlohn garantiert. Dieser war zwar immer noch wesentlich unter dem Industriestandard, vor allem wegen der unregelmäßigen Arbeitsperioden in der Landwirtschaft (im Durchschnitt 144 Tage im Jahr), aber er ging in die Wirtschaftsführung der Kooperativen als Produktionskost ein. Seither wurden die Einkommen der Bauern relativ stärker angehoben als die Löhne der Arbeiter (Verhältnis 1948: 1:9, heute 1:2)

Die wachsende Kreditverschuldung der Kooperativen an den Staat hat jetzt eine neuerliche Umwälzung erforderlich gemacht. Denn in der Finanzverfassung galt bisher als Maßstab des Erfolgs das Bruttoprodukt, in dem die Aufteilung des vorgeschossenen Kapitals in Produktionsmittel, Rohstoffe, Arbeitslohn und Mehrwert verschwindet. Ob tatsächlich die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit – und in der Tendenz ein sinkender Anteil derselben – auf die Produktion verwandt wurde, war nicht Gegenstand der Wirtschaftsführung der Kooperativen. Der jüngste Beschluß orientiert nun ihre Finanzführung auf den in der Produktion *neugeschaffenen* Wert. Die Kooperative erhält volle Finanzhoheit, legt eigenverantwortlich die Verteilung der Mittel auf die verschiedenen Fonds fest, plant die Investitionen unter Berücksichtigung der Belastungen der gesamten Volkswirtschaft, führt ihren Anteil an den Staat ab, der aber nun jeweils 10% des erzielten *Mehrprodukts* beträgt.

Die Rechnungsführung der Kooperativen ist zugleich die Grundlage für die Ausarbeitung des zentralen Staatsplans. Die demokratische Form der Finanzverfassung schafft die Voraussetzung für die Beseitigung der Disproportionalität in der Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit.



Bukarest, April 1977. Erster Kongreß des ,,Großen Forums der Rumänischen Bauernschaft" mit 11000 Leitungsräten der sozialistischen Landwirtschaft.

Andalusische Landarbeiter erkämpfen Lohnerhöhung

z.pel. Nach 13 Tagen Streik von etwa 90000 Landarbeitern der Obst- und Gemüseplantagen der Provinzen Cordoba und Granada in der südspanischen Region Andalusien waren die Großgrundbesitzer zum Nachgeben gezwungen. Nachdem sie sich Ende Dezember überhaupt geweigert hatten, über einen neuen Tarifvertrag zu verhandeln und nur den gesetzlich festgelegten interprofessionellen Mindestlohn zahlen wollten, schlossen sie am 9. Januar mit den Gewerkschaften CCOO (Arbeiterkommissionen) und UGT eine prinzipielle Übereinkunft. Darin ist ein neuer täglicher Mindestlohn von 1150 Peseten (31,60 DM) bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 42 Stunden vorgesehen. Olivenpflücker erhalten 1175 Peseten. Die Laufzeit des Vertrages beträgt ein Jahr. Über Urlaub und Prämien soll bis zur Unterzeichnung des Vertrages am 14.1. noch verhandelt werden, bei Nichteinigung haben sich beide Parteien auf Schlichtung geeinigt. – Die Landarbeiter haben diesen noch immer elenden Lohn nur erkämpfen können, weil gegenwärtig Hauptarbeitszeit v.a. auf den Olivenplantagen ist. Fast alle sind Saisonarbeiter, ab März werden viele zunächst wieder arbeitslos. Bei über 40% Anteil von Bauern und Landarbeitern an der Erwerbsbevölkerung und 14% Arbeitslosigkeit haben die andalusischen Großgrundbesitzer starke Druckmittel.

15,20 Gulden Lohnerhöhung für Molkereiarbeiter beschlossen

z.dab. Am 11.1. hat die niederländische Nahrungsmittelgewerkschaft FNV mit den Molkereikapitalisten ein Abkommen über eine Lohnerhöhung von 15,20 hfl brutto die Woche für 19000 der 22000 Arbeiter abgeschlossen. Der FNV hatte für alle Molkereiarbeiter eine Lohnerhöhung von 40 hfl pro Woche (1 hfl entspricht etwa 1 DM) gefordert als Vorschuß auf eine Höhergruppierung der Arbeiter, deren Tarifvertrag am 1.4. ausläuft. Für eine Zulage von 15,20 Gulden die Woche sowie eine Höhergruppierung hatten die Milchtankwagenfahrer der CMC/-Melkunie (300 Arbeiter) in Amsterdam und Rotterdam seit dem 8.1. gestreikt. Der FNV hatte gedroht, den Streik
Der FNV hatte gedroht, den Streik
u.a. auf die Großmolkerei DOMO (1400 Arbeiter) in Nordholland auszuweiten, während sie den kleinen Milchhändlern zugestand, ihre Milch selbst abzuholen. Die so geschürte Konkurrenz unter den Kapitalisten und ein Verlust von rund 1 Mio. hfl haben dazu geführt, daß die Molkereikapitalisten jetzt dieser Lohnerhöhung zustimmen mußten. Ihre Absicht war es, den von der Regierung angekündigten und am 10.1. beschlossenen Lohnstopp für zwei Monate abzuwarten und gar nichts zu zahlen. Ob diese Lohnerhöhung in Kraft tritt, entscheidet jetzt, nach dem Lohngesetz von 1970, die Regierung. Am Montag finden dazu Verhandlungen mit dem FNV und dem Kapitalistenverband statt.

BRD sucht nach ,,wenig genutzten Fischarten" im Nordatlantik

z.doj. Am 8. Januar wurde das Fischereiforschungsschiff ,,Walter Herwig" vom Ernährungsministerium von Hamburg aus auf Forschungsreise geschickt. Sie soll in den Seegebieten der Faröer, westlich Irlands und Englands, in der keltischen See und südwestlich Islands nach ,,nicht oder nur wenig genutzten Fischarten" wie Blauer Wittling, Makrele, Blauling, Goldlachs, schwarzer Heilbutt, Grenadier- und Degenfisch fischen und sie fischereibiologisch und verarbeitungstechnisch untersuchen. Bis 1977 haben die bundesdeutschen Fischereimonopole in den ihnen erreichbaren Fanggebieten den Hering fast ausgerottet und innerhalb von drei Jahren ist der westdeutsche Kabeljaufang auf fast die Hälfte gesunken. Die Ausrottung und Dezimierung dieser Fischarten wie auch die Ausweitung der Hoheitszonen der Länder der 3. Welt zwingt die westdeutschen Fischereimonopole zum Ausweichen auf die bisher wenig genutzten Fischarten. Vom 7. bis 19. Januar ist der Forschungskutter ,,Solea" in der nordöstlichen Ostsee unterwegs, um die Artenzusammensetzung der Grundschleppnetzfänge zu analysieren und die größten Konzentrationen fast laichreifer Schollen ausfindig zu machen. Die ,,Anton Dohrn" soll solange in den Abfallverbringungsgebieten der deutschen Bucht untersuchen, wieviel Fische die Vergiftung durch den Abfall überleben und noch zum Verkauf verwertet werden können.

Pressehetze der Kapitalisten gegen die Lohnforderung in der Metallindustrie

Vor Aufstellung der Tarifforderung: Der Abschluß von 4,3% / 13 Monate war nach dem Profit-Geschmack der Kapitalisten. Für die Fortsetzung dieser Lohnsenkung treten sie an:

Die Welt, 6.11.79. Lohnforderungen drückten die Kurse ... Besonders deutlich wirkten sich die Ankündigungen der IG Metall auf die Kurse der Auto- und Maschinenbauwerte aus.

Neue Osnabrücker Zeitung, 7.11.79. Esser beurteilte auf dem „Aachener Unternehmertag 1979" die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten um so günstiger, je mehr die Tarifvertragsparteien bei ihren Entscheidungen Anschluß an den erfolgreichen Lohnkurs 1979 hielten.

Handelsblatt, 21./22.11.79. Die Fünf Weisen sehen 1980 noch keine Krise: „Das heißt: Die Tarifparteien schätzen den durch Produktivitätsanstieg und unvermeidlichen Preissteigerungen vorgegebenen Verteilungsspielraum realistisch ein. Dieser wird nach allem, was aus unserer Prognose folgt, im Jahre 1980 nicht größer sein, als im Jahr 1979. Es gibt Anzeichen dafür, daß es gelingen könnte, den Kontakt zur Lohnrunde des vergangenen Jahres zu halten."

Kieler Nachrichten, 13.12.79. Die Gewerkschaften sollten bei den anstehenden Tarifverhandlungen möglichst niedrige Lohnabschlüsse akzeptieren. Das fordert das Kieler Institut für Weltwirtschaft und sagt, Abschlüsse von fünf Prozent wären verteilungsneutral.

Bild Hamburg, 14.12.79. Kirchner: „Ich nenne keine Prozentzahlen, aber es ist nicht viel mehr drin als in diesem Jahr. 1979 waren das 4,3% mehr Tariflohn und Gehalt und zusätzlich ein Prozent Mehrkosten durch die Urlaubsverlängerung. Für 1980 haben wir bereits Vorbelastungen von 1,4% für nochmal mehr Urlaub und Vermögensbildung."

*

Nach Beschlußfassung des IGM-Hauptvorstandes über das Forderungsvolumen: Das Bankkapital schaltet sich ein, die Regierung wird noch in Reserve gehalten, über die Festgeldseite der Forderung geraten die Kapitalisten ins Schäumen.

Westfälische Rundschau, 14.12.79. Esser sagte, „diese Zahl (10,5%) ist so weit von jeder wirtschaftlichen und sozialen Vernunft entfernt, daß man sich fragen muß: In welcher Zeit leben ihre Urheber?"

Westfälische Rundschau, 17.12.79. Bundesbankpräsident Emminger bezeichnete die Forderung der IG Metall als „so falsch wie nur etwas".

Saarbrücker Zeitung, 14.12.79. ... von innen drohen der deutschen Konjunktur nach Einschätzung des Kanzlers (vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) von zwei Seiten Gefahren, und zwar hinsichtlich der Preisentwicklung und möglicherweise auch von der Lohnseite her.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.12.79. Vor allem wegen der außenwirtschaftlichen Belastungen im Energiebereich und der damit verbundenen geringeren Wachstumsaussichten für das kommende Jahr empfiehlt die Bundesbank „eine ähnliche Zurückhaltung in der Lohn- und Preispolitik wie 1979".

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.79. Sehr entschlossenen Widerstand der Metallarbeiter kündigte (der Leiter der Verhandlungskommission der Metallkapitalisten) Knapp gegen die in Form von Mindestbeträgen für die unteren Lohngruppen geforderte „soziale Komponente" an.

*

Bei Einleitung der Tarifverhandlungen: Die Kapitalisten machen kein Angebot, halten die Masche von der „Unbezahlbarkeit der einfachen Arbeit" durch Abschluß in Festgeld und lassen auch die Regierung antreten, um eine „deutliche Korrektur nach unten" zu erzwingen.

Handelsblatt, 7.1.80. Die Arbeitgeberseite will, so ist zu hören, schon in der ersten Runde der diesjährigen Tarifverhandlungen ein Angebot machen ... Diese Begünstigung der un- und angelernten Arbeitnehmer ist für den Tarifkontrahenten Gesamtmetall jedoch „ein gefährlicher Rückfall in Fehler der Vergangenheit", gegen den Gesamtmetall-Vizepräsident Knapp „sehr entschlossenen Widerstand der Arbeigeber" ankündigte. Der überproportionalen Lohnkostenversteuerung von einfachen Arbeiten würden weitere Arbeitsplätze zum Opfer fallen ... „Lohngleichmacherei" bestrafe zudem Leistung und Leistungsbereitschaft, ein „tragendes Fundament unseres Wohlstands".

Handelsblatt, 10.1.80. Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall: „(Die Forderungen) sind bereits zu einem Zeitpunkt beschlossen worden, als die diversen Krisen in der Politik noch nicht zu erkennen waren und ein gewisser Wachstumsoptimismus für das Jahr 1980 noch berechtigt sein konnte." ... Während man noch vor einigen Wochen an eine schnelle Runde hätte glauben können, müßten jetzt die Arbeitgeber auf einer „sehr argumentativen Runde bestehen, in der zunächst einmal ... der Grundkonsens darüber hergestellt werden muß, daß die veränderte Situation auch zu Anpassungen in der Tarifpolitik zwingt".

Die Welt, 10.1.80. Die Bundesregierung kann ihre bisherigen Erwartungen eines Wirtschaftswachstums von 2,5 bis 3% und einer leicht sinkenden Arbeitslosigkeit nicht mehr aufrechterhalten ... Dies zeichnet sich bei den bisherigen Beratungen zum Jahreswirtschaftsbericht ab ... Fraglich ist auch, ob die Regierung ihre Erwartung, daß die Inflationsrate bei 4 bis 4,5% zu halten ist, angesichts der jüngsten weltpolitischen Verwerfungen noch aufrechterhalten kann.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.1.80. In alten Geleisen ... Der Bundeskanzler hat unlängst im Hinblick auf die kommenden Jahre gesagt: „Nichts wird so sein wie vorher, gar nichts." Doch es hat den Anschein, daß Gewerkschatsführer solche Einsichten verdrängen.

Begrenzung der Arbeitszeit und mehr Planstellen

Schicht- und Teilzeitarbeit an der Göttinger Uniklinik

z.ilh. Wie die Arbeitskräfte in den Krankenhäusern optimal einsetzen? Welche Einsparungsmöglichkeiten, personell und finanziell, kann es in der Krankenversorgung noch geben? Mit diesen Fragen beschäftigen sich zwei Studien (1970 / 1978) des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Fazit: ohne größere Probleme können im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich durch den Einsatz von Teilzeitbeschäftigten die Kosten gesenkt werden, da z. B. „Putz- und Reinigungsarbeiten organisatorisch einfacher auf bestimmte Zeiten zu fixieren" sind. Anders in der Pflege. Hier gilt es das Problem zu lösen, die Krankenversorgung so weit zu differenzieren, daß eine noch bessere Arbeitsteilung möglich ist. So in der Intensivpflege (8–10%), Normalpflege (50–60%), Langzeitpflege (10–15%), Minimal- und Teilzeitversorgung (20–30%). Erst unter dieser Voraussetzung könne das Pflegepersonal auch differenzierter eingesetzt und gleichzeitig die Verweildauer der Patienten entscheidend gesenkt werden.

In den Unikliniken Göttingen versucht die Landesregierung diese Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. In den letzten Jahren ist die Lohngruppe II bei den Arbeitern von 42 auf 328 aufgefüllt worden. Das sind im wesentlichen Putzfrauen mit 29 Stunden-Arbeitsverträgen. Die privaten Putzkolonnen, die seit 1976 / 77 im neuen Klinikum arbeiten, haben Verträge von täglich 3–4 Stunden. Die Teilzeitarbeit bei den Schreibkräften ist ebenfalls ausgedehnt worden. Gegenwärtig läßt der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst in der gesamten Universität Göttingen eine Erhebung durchführen, um „teilzeithemmende Faktoren im öffentlichen Dienst zu untersuchen und Vorschläge zu ihrem Abbau zu unterbreiten".

Im Pflegebereich gehen die Bestrebungen dahin, vor allem über Änderungen der Arbeitszeit die Stationsbelegschaften klein zu halten und weiter zu reduzieren. Der Vorschlag zur „Dienstplankorrektur" der Oberschwester in der Medizin (6.15–13; 6.30–13.15; 13–19.45; 14–20.45; 20.30–6.30 Uhr) ist im letzten Jahr nach einer Umfrage auf einer Personalversammlung abgelehnt worden, und es wird weiter wie bisher gearbeitet (6.30–13.30; 13–20; 19.30–6.45 Uhr). Der Personalrat der Medizin hat nach einer Personalversammlung im Dezember 1979 ein Gutachten über die Arbeitsbedingungen veröffentlicht und in einer Resolution 101 neue Ganztagsplanstellen gefordert. Bis Mitte letzter Woche hatten das 140 von ca. 300 Beschäftigten unterschrieben. Der Landesregierung wird nun bis zum 15.2. Zeit gelassen, einen positiven Vorschlag zu unterbreiten, wie und bis wann diese Stellen eingerichtet werden.

80–120 Überstunden im Monat

Bericht: Anästhesie-Wachstation und OP

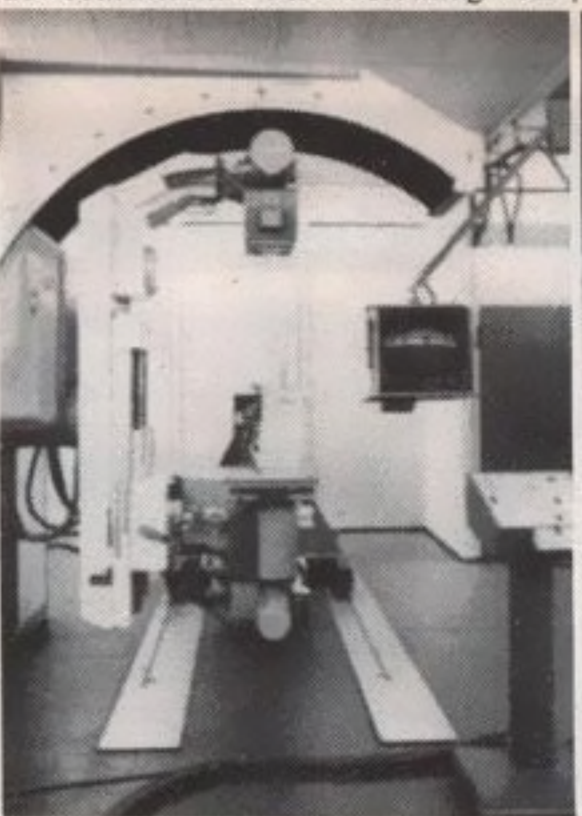
50 Ärzte sind in der Anästhesie der Unikliniken beschäftigt. Sie machen die Narkosen bei sämtlichen Operationen der Klinik. Die Abteilung umfaßt weiterhin eine Wachstation, die nach dem Umzug ins Neue Klinikum 1978 / 79 von 4 auf 12 Betten erhöht wurde. Hier liegen u.a. Patienten mit Vergiftungen und Narkosezwischenfällen, außerdem Patienten zur postoperativen Überwachung von denjenigen Kliniken, die keine eigene Wachstation haben.

Die Beschäftigten dieser Abteilung arbeiten im Schichtdienst. Für einen Anästhesiearzt heißt das: regelmäßig von 7.45–16 Uhr, und zwei bis vier Dienste im Monat von 16–8 Uhr morgens. Auf der Wachstation 24 Stunden, von 8–8, die Spätschicht von 15–23 Uhr und die Nachtschicht von 22–8 Uhr. Eine Woche Früh-, eine Spät-, eine Früh- und eine Woche Nachtschicht. Nur montags und dienstags nach der Nachtschicht ist frei.

Überstunden? Im OP und auf der Wachstation 80–120 Stunden durchschnittlich im Monat. Allein auf der Station sind es bei der „normalen" Schichteinteilung in 4 Wochen 44 Stunden über der Normalarbeitszeit. Nach der Nachtschicht kommt man meistens erst zwischen 8.30 und 9 Uhr weg, weil noch die Übergabe gemacht werden muß.

In dieser ganzen Zeit muß unter äußerster Konzentration gearbeitet werden. Im OP ist die Arbeit vor allem nachts mehr geworden. 3 Anästhesisten, im Durchschnitt kann man 4–6 Stunden schlafen. Es kommt aber auch häufiger vor, daß ganz durchgearbeitet wird. Tagsüber ist es an verschiedenen Arbeitsplätzen unterschiedlich: In der Bauch-, Kiefer-, Neuro- und Thoraxchirurgie muß man häufig Überstunden machen. Wenn z.B. bei einer Kopfoperation die Narkose gemacht werden muß, dauert das 4–8 oder auch 10 Stunden. Manchmal sind 2 Anästhesisten in einem OP, sodaß man sich abwechseln kann. Häufig ist es so, daß man nicht einmal Mittagspause machen kann. Die Zahl der OP's hat vor allem in der Allgemeinchirurgie zugenommen. Im alten Klinikum gab es früher 4 Tische, von denen 2 an je 3 Tagen von der Urologie bzw. der Orthopädie belegt waren. Jetzt hat die Chirurgie 5 Tische für sich allein, an jedem werden pro Tag 2–3 Operationen durchgeführt.

Zwar sind 12 neue Anästhesisten eingestellt worden, sodaß es jetzt für das gesamte Klinikum 50 sind, aber zu den Arbeiten auf Station und im OP kommt noch hinzu: Begleiten von Beatmungspatienten, wenn sie zu Untersuchungen müssen, Betreuung der Notfälle auf allen Wachstationen nachts. Einigkeit für eine feste, begrenzte Arbeitszeit und eine Reduzierung der Überstunden hat es in dieser Abteilung bisher noch nicht gegeben.





Seit Beziehen des neuen Klinikums arbeiten im Med. Röntgen 7 MTR-Assistenten rund um die Uhr; im Nachtdienst müssen bei ca. 15 Patienten 60 Aufnahmen gemacht werden. – Die Aufgaben der Beschäftigten im Zentralarchiv: täglich die Akten von allen Patienten einsortieren bzw. an die Abteilung ausliefern. (1) Röntgenraum für Schädel und Skelett; (2) Zentralarchiv mit Teleliftstation.

Beschlüsse der ÖTV – Delegiertenkonferenzen zum Gewerkschaftstag:

Verden: 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (als Material an die Tarifkommission); *Westberlin/MV Abt. Krankenpflege:* 35 Stunden-Woche, Beschränkung der Schichtarbeit, 14 Tage Zusatzurlaub für die im Schichtdienst Arbeitenden, Beschränkung der Nachtarbeit auf 10 Nachtschichten (Wochen) im Jahr; *Hannover:* Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, 7 Std.-Tag an 5 Werktagen, Verankerung in der AZO; *Göttingen:* Einhaltung des 8 Std.-Tages bzw. der 40 Std.-Woche, 35 Std. bei vollem Lohnausgleich, striktes Verbot der Überstunden, Anrechnung 1 Stunde Nachtarbeit wie 2 Stunden Tagarbeit; *Homburg:* Anerkennung des Wechseldienstes als gesundheitsgefährdende Arbeiten, 3 Tage mehr Urlaub; *Würzburg:* ersatzlose Aufhebung der Arbeitszeitordnung von 1938; *Dortmund:* 7 Std. an 5 Wochentagen, 35 Std.-Woche, gesetzliches Verbot der Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit.



z.inl. **Am 5. Januar unterzeichneten der spanische Kapitalistenverband CEOE und die sozialdemokratisch beherrschte Gewerkschaft UGT ein Rahmenabkommen für die Tarifverträge der einzelnen Branchen und Regionen.** (s. Bild) Die Kapitalisten äußern sich zufrieden, daß sie der zweitgrößten Gewerkschaft des Landes ein Abkommen aufzwingen konnten, womit sie „ohne Mitwirkung der Regierung" zu erreichen hoffen, was diese 1979 den Lohnabhängigen per staatlicher Leitlinie aufzwang: Lohnabschlüsse unter der amtlichen Inflationsrate. Laut Rahmenabkommen sollen die Erhöhungen 1980 bei 13–16% liegen. Ist die Preissteigerungsrate Ende Juni höher als 6,75%, wird neu verhandelt; allerdings sind Benzinpreiserhöhungen in diesen Inflationsindex nicht eingerechnet. Ständige Überstunden sind verboten, aus besonderen Gründen (z.B. „drohender Verlust von Rohstoffen") sind sie immer zulässig. – Ebenso wie die Arbeiterkommissionen CCOO lehnen alle anderen Gewerkschaften diesen „Sozialpakt" ab. Aber für die Arbeiterbewegung sind die Bedingungen in den anstehenden Tarifkämpfen erschwert, wenn sie – wie auch der Kampf gegen das Arbeitsstatut – von der UGT sabotiert werden. Bei Ford Spanien fordern die Arbeiter 17% mehr Lohn, die Kapitalisten bieten 13%. Bei SEAT war ihr „letztes Angebot" 10,47%. Ohne Beteiligung der UGT sind die Beschäftigten darauf am 10.1. in unbefristeten Streik getreten.

z.rua.London. **Anfang Januar legte die Clegg-Kommission nach einer „Vergleichbarkeitsstudie" rückwirkend für 1979 Lohnerhöhungen für die 490000 Krankenschwestern an staatlichen britischen Krankenhäusern fest.** Die Kommission wurde während des Streiks der Arbeiter im Gesundheitswesen im Frühjahr 1979 eingesetzt, um die Krankenschwestern mit Versprechen auf höhere Löhne nach einem Vergleich mit ähnlichen Berufen außerhalb des öffentlichen Dienstes vom Streik abzuhalten. Die Krankenschwestern erhielten 9% Lohnerhöhungen und 2,50 Pfund Abschlag (Hilfsschwestern 2 Pfund). Die Krankenschwestern liegen am untersten Ende der Lohnskala. Die Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen berechnete, daß 59% mehr Lohn nötig wären, um die seit 1974 entstandene Lohnsenkung auszugleichen. Eine ausgebildete Krankenschwester erhält nach den jetzigen Erhöhungen (23–25%) pro Woche 71,44 Pfund brutto (285 DM), eine Hilfsschwester erhält nach *4%* Erhöhung 48,13 Pfund (192 DM). Für die Hilfsschwestern ist dies Ergebnis um 2,88 Pfund niedriger als der Abschlag. Die Regierung fordert von ihnen die Rückzahlung der Differenz. – Am 11. Januar einigten sich die Gewerkschaften der Gemeindearbeiter mit dem Dienstherrn auf Lohnerhöhungen von 14%.

z.rua. **Am 6.1. einigten sich die US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW und die Chrysler-Kapitalisten auf die Änderung des im November 1979 beschlossenen dreijährigen Tarifvertrags.** Im Dezember hatte der US-Kongreß 3,5 Mrd. $ Kredite an Chrysler bewilligt, vorausgesetzt, daß die Löhne weiter gesenkt werden. Die Abteilung der UAW in Kanada, wo 14000 Arbeiter bei Chrysler beschäftigt sind, lehnte die Beteiligung an den Verhandlungen ab. „Diese Gesetzgebung hat an der Grenze aufzuhören", erklärte R. White, Vorsitzender der UAW in Kanada. Mit der Alternative „Massenentlassungen oder Lohnverzicht" wollen die Chrysler-Kapitalisten im Verbund mit der US-Regierung die Arbeiter zur Zustimmung zu weiterem Lohnraub zwingen. Bereits der bisherige Tarifvertrag sah nur 20 bezahlte Urlaubstage vor, sechs weniger als bei Ford und General Motors. Während bei Ford und General Motors die Löhne jeweils nach zwölf Monaten um 3% steigen, sollte bei Chrysler die erste Lohnerhöhung von 3% nach 16 Monaten erfolgen, die zweite nach 30 Monaten. 203 Mio. $ sparen die Chrysler-Kapitalisten dadurch an Lohngeldern ein. Mit der jetzigen Änderung des Tarifvertrages wurde der bezahlte Urlaub auf 17 Tage verkürzt, das Weihnachtsgeld soll in diesem Jahr nur einen Tageslohn ausmachen. Die erste Lohnerhöhung wurde auf den 18. Monat verschoben, die zweite auf den 35. Dadurch will Chrysler weitere 243 Mio. $ Lohngelder einbehalten. Eine Delegiertenkonferenz der Chrysler-Beschäftigten in der UAW stimmte am 8.1. mit 251:5 Stimmen diesem Abkommen zu. Bis zum 1.2. stimmen die 110000 Arbeiter der einzelnen Werke darüber ab.

z.bag. **Die norwegischen Kapitalisten wollen das Abkommen mit dem Gewerkschaftsbund verlängern, das sie 15 Monate lang von Lohnerhöhungen befreit und die Arbeiterklasse durch das Verbot lokaler Verhandlungen gefesselt hat.** 21 000 Arbeiter führten gegen diesen Plan kurz vor Weihnachten Warnstreiks durch. Jetzt nutzen die Belegschaften in vielen Betrieben die Zeit zwischen dem Auslaufen des Abkommens und den neuen Verhandlungen am 20.1., um ihre Lohnforderungen zu stellen und eine Front gegen das weitere Verbot lokaler Verhandlungen aufzubauen. 3 000 Beschäftigte der Papierindustrie in Ostnorwegen haben Streikbeschlüsse gefaßt; in der elektrochemischen Industrie sind ähnliche Beschlüsse diese Woche zu erwarten.

z.ulg.Rom. **Am 2.1. hat die gemeinsame Leitung der italienischen Gewerkschaftsbünde Rahmenbestimmungen zur „Selbstreglementierung" des**

EG-Sozialplan für Eisen- und Stahlindustrie: Ausdehnung der Frühverrentung und Lohnsenkung

z.elb.Brüssel. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft legt in einem Bericht an den Rat vom Mai 1979 ihre Zielvorstellungen für die Entlassungen von Arbeitern und Angestellten in der Eisen- und Stahlindustrie dar. 1979 und 1980 würden rund 81000 Lohnabhängige durch Stillegungen und Rationalisierungen entlassen, ,,falls keine einschlägigen Maßnahmen getroffen werden''. Die Leitlinie dieser Maßnahmen: Intensivierung der Arbeit, Verjüngung des Arbeitskörpers, Senkung des Lohns. Betroffen seien v.a. Großbritannien, wo die British Steel Corporation bereits 53000 Entlassungen bis Ende August 1980 angekündigt hat, Frankreich, Belgien und Luxemburg. Gleichzeitig solle eine Produktionssteigerung von jährlich 4% erzielt werden. Die ,,Beihilfen'' für Entlassene, die Maßnahmen aus vorangegangenen Jahren ergänzen und drei Jahre gelten sollen, im einzelnen:

– Frühverrentung ab 55 Jahre unter der Voraussetzung, daß der frühverrentete Arbeiter durch einen jüngeren ersetzt wird, der sonst entlassen würde, ,,oder wenn das vorzeitige Ausscheiden dieser Arbeitnehmer die von einem allgemeinen Umstrukturierungsplan geforderten Produktivitätsfortschritte erleichtert''. Die ,,Beihilfe'': 50% der Differenz zwischen dem letzten Lohn und dem Arbeitslosengeld.

– Senkung der Arbeitszeit bei Stillegungen, was keinesfalls ,,mit einer endgültigen Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu verwechseln'' sei; also Kurzarbeit. Die ,,Beihilfe'': 25% der Differenz zwischen dem bisherigen und dem durch die kürzere Arbeitszeit gesenkten Lohn.

– Herabsetzung der Überstunden. Sinkt dadurch der Lohn unter den Durchschnittslohn eines ungelernten Arbeiters (einschließlich Überstundenzuschläge), so wird die ,,Beihilfe'' diesen Durchschnittslohn nicht übersteigen.

– Einführung einer fünften Schicht, also Ausdehnung der Schichtarbeit. Die Arbeit von 40 Stunden soll in 33½ geschafft werden.

Die BRD-Regierung forciert mit ihrer entsprechenden Gesetzgebung v.a. die Frühverrentung. 4000 DM Abfindung erhält ein Arbeiter, wenn er mit 50 Jahren (!) in Rente geht und 20 Jahre in der Eisen- und Stahlindustrie gearbeitet hat. Den Kapitalisten werden 50% der ,,Beihilfe'' an 55-jährige Entlassene aus Steuergeldern ersetzt.

Wärmstens empfiehlt die Kommission, arbeitslose Stahlarbeiter in sog. Beschäftigungszellen zusammenzufassen. ,,Diese 'Pools' versuchen, ohne ein 'Abladeplatz für Arbeitslose' zu sein, diesen Arbeitnehmern Arbeit zu beschaffen, u.a. indem sie sie für außergewöhnliche Arbeiten von öffentlichem Interesse einsetzen lassen''. Vorbereitung des EG-weiten Arbeitsdienstes!

NL: Kampf um Streikrecht im öffentlichen Dienst

Regierung muß Art. 358 StGB streichen und brütet an neuer Streikgesetzgebung

z.scc. Ginge es nach der niederländischen Regierung, so würde die Streichung von Art. 358 des Strafgesetzbuches, endgültig beschlossen im Dezember 1979, lediglich die Bahn freimachen für flexiblere, damit wirksamere Unterdrückung der Kampftätigkeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

1903 hatte die tobende Reaktion in Antwort auf einen kurzen, doch durchschlagend erfolgreichen Streik der Eisenbahner für Anerkennung ihrer Gewerkschaft *jeden* Streik *aller* Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, bei Post und Bahn unter schwere Strafe gestellt: Mit der Ausweitung von Art. 358 schuf sie die gesetzliche Grundlage, fürderhin einfache Dienstverweigerung mit Strafen von 600 Gulden bis drei Monaten Gefängnis, in schweren Fällen bis zu einem Jahr, die *Organisierung* von Streiks mit bis zu zwei bzw. vier Jahren Gefängnis zu ahnden; unbeschadet der mit Art. 380 neu geregelten Möglichkeit, Streikende zu entlassen, ihnen das aktive wie passive Wahlrecht sowie das Recht auf Wehrdienst zu entziehen.

Es wäre tatsächlich verfehlt, die lähmende Wirkung dieser berüchtigten Artikel, die die durch christliche Gewerkschaften tief gespaltene Arbeiterbewegung nicht hatte verhindern können, zu unterschätzen. Jedoch, wann immer sich Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zum Streik entschlossen, war die Staatsmacht zumeist außerstande, sie mit der ganzen Schwere ihres Strafgesetzes zu verfolgen. Zwei Fälle sind bekannt, in denen sie Art. 358 direkt zur Anwendung brachte: gegen einen Gemeindearbeiter, der in den stürmischen Klassenkämpfen 1918 öffentlich zur Teilnahme an der großen Streikbewegung aufrief – zu Zehntausenden streikten in diesem und den nächsten Jahren auch die Beamten, Gemeinde- und Postarbeiter für den Achtstundentag und andere Arbeiterrechte; dieser eine Gemeindearbeiter wurde zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Und gegen den Streik der Amsterdamer Gemeindearbeiter 1955: 4000 hatten, ohne Unterstützung durch die Gewerkschaften, die Arbeit niedergelegt gegen die Verfügung des Dienstherrn, nur die Gehälter der mittleren und hohen Beamten zu erhöhen. Zu Dutzenden wurden die Streikenden aus ihren Wohnungen heraus oder von der Straße weg verhaftet und eingesperrt, 62 schließlich entlassen, ihre Berufung unter ausdrücklichem Hinweis auf Art. 358 abgewiesen.

Dermaßen unterdrücken und niedertreten konnte die Staatsmacht den Streik der Gemeindearbeiter nicht nur, weil die sozialistischen und erst recht die christlichen Gewerkschaftsführer selbst jedes Streikrecht für öffentlich Bedienstete ablehnten. Auch die Führungen der Industriegewerkschaften hatten sich in diesen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg auf ein unumschränktes staatliches Lohndiktat eingelassen, damit nicht zuletzt auf faktisches Streikverbot. Länger als ein Jahrzehnt dauerte es, bis sich die Arbeiterklasse in neuem Aufschwung ihrer wirtschaftlichen Kämpfe auch die Tariffähigkeit ihrer Gewerkschaften zurückeroberte. Gegen die wachsende Zahl von Streiks traten nun die Gerichte auf den Plan: Grundsätzlich seien Streiks ungesetzlich, da der Streikende seinen Arbeitsvertrag verletze, wie auch jeder Streikaufruf der Gewerkschaften, da Aufruf zum Vertragsbruch, ungesetzlich sei. Einzige Ausnahme: wenn Weiterarbeit nach geltender Rechtsauffassung nicht zugemutet werden könne. Auf Grundlage dieses Spruches des Hohen Rates verboten die Richter zwischen 1958 und 1969 15 Streiks und ,,erlaubten'' vier; bis 1977 verboten sie, mit später abgeänderter Begründung, insgesamt 31 Streiks bei Strafen von bis zu 2,5 Mio. hfl pro Tag.

Nicht unterdrücken konnte der Hohe Rat, daß die größte Gewerkschaft im öffentlichen Dienst ABVA auf ihrem Kongreß 1962 das Streikrecht im öffentlichen Dienst forderte und sich drei weitere Gewerkschaften dieser Forderung, mit Einschränkungen, anschlossen. Die Bourgeois mußten reagieren und reagierten 1970 mit einem Gesetzentwurf, der die Streichung von Art. 358 beinhaltete.

Fast zehn Jahre hielten die wechselnden Regierungen den Gesetzentwurf mehr oder weniger in der Schublade. Was nicht heißen will, daß sie untätig blieben. Reichen die Disziplinarbestimmungen des Beamtenrechts gegen ,,Pflichtverletzung'' zur Streikunterdrückung? Diese Frage bewegte die sozialistischen, christlichen und liberalen Gemüter aufs Heftigste. Nein, einigte man sich. Eine Regierungskommission nahm Mitte der 70er Jahre die Arbeit an einem Streikgesetzentwurf für den öffentlichen Dienst auf. Ergebnis: Verboten werden sollen Streiks, die die Rechte und Freiheiten anderer beeinträchtigen, öffentliche Ordnung, nationale Sicherheit oder Volksgesundheit gefährden, ebenso wie politische, Protest-, Solidaritäts- und ,,wilde'' Streiks. Sofern es noch eine Lücke im totalen Streikverbot geben sollte, wird den Gewerkschaften eine fünf Monate währende Vermittlungsprozedur vor Streikaufruf auferlegt. Ob's dieser oder ein ähnlicher Gesetzentwurf ist, der nach dem Willen des Dienstherrn am 1.1.81 in Kraft treten soll, wissen wir nicht. Tatsache jedoch ist: Der ABVA hat auf seinem Kongreß 1974 die Forderung nach *uneingeschränktem* Streikrecht für den öffentlichen Dienst bekräftigt und hält daran fest. Zehntausendfach haben sich seither die Beschäftigten der öffentlichen Dienste das Streikrecht genommen; 1974 die Arbeiter der Nahverkehrsbetriebe, 1977 die Gemeindearbeiter im Kampf gegen das staatliche Lohndiktat, 1978 die Beschäftigten bei Post, Nahverkehrsbetrieben und Müllabfuhr gegen das ,,Bestek 81'' mit seinen 2 Mrd.-Lohnsenkungsmaßnahmen gegen die öffentlich Bediensteten. (s. Bild). So wie auch die Beschäftigten der öffentlichen Dienste im vergangenen Jahr, vor der Streichung von Art. 358, die Haupttruppen im Kampf gegen das neuaufgelegte ,,Bestek 81'' stellten.





Völliges Verbot der Leiharbeit! Die Forderung ist schon aufgestellt!

z.gih. ,,Die Bundesregierung wird im Rahmen ihres Vierten Berichts über die Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes prüfen, ob eine Änderung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist und weitere zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen'', so Staatsekretär Buschfort im November 1979 zu dem Widerstand gegen die Leiharbeit.

1972 wurde das ,,Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG)'', das die ,,Verleihung'' von Arbeitskräften regelt, verabschiedet. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und ihm angeschlossene Gewerkschaften fordern ein völliges Verbot der Leiharbeit, was sie im Antrag 193 des 11. DGB-Bundeskongresses und in ihrem Aktionsprogramm '79 erneut bekräftigt haben. Sie wollen es nicht zulassen, daß die erkämpften Schutzrechte der Arbeiterklasse weiter ausgehöhlt werden, da ,,das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz davon ausgeht, daß der Leiharbeitnehmer während seiner Entsendung in den Betrieb eines Entleihers Arbeitnehmer des Verleihers – auch im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes – bleibt'' und so jeglicher Rechte gegenüber dem ,,Entleiher''-Kapitalisten beraubt ist. Es ist ihm damit gelungen, die Rechtsverhältnisse aufzulösen, da der Arbeiter, der für ihn den Mehrwert schafft, in keinem direkten Rechtsverhältnis zu ihm steht. ,,Die Arbeitgeber betonen, daß die Arbeitnehmerüberlassung nicht mehr aus der Personalwirtschaft wegzudenken ist'', heißt es im Dritten Bericht der Bundesregierung. Sie nutzen die ,,Leiharbeiter'' als ,,flexible Einsatzreserve'', die sie je nach Bedarf anfordern und rauswerfen können.

Einstimmig haben sich die Delegierten des 11. Gewerkschaftstages der IG Bau Steine Erden für ein Verbot des Verleihs von Arbeitnehmern ausgesprochen. Im Antrag heißt es weiter: ,,Wenn der Gesetzgeber nicht bereit ist, die Forderung des Verbots der Leiharbeit zu übernehmen, dann soll versucht werden, im Baugewerbe durch einen Tarifvertrag den Menschenhandel zu beseitigen. Die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden wird das Unterlaufen von Tarifverträgen und Gesetzen durch die Arbeitnehmerüberlassung nicht länger hinnehmen.''

Legale Verleiharbeit

Jahr	Überl. Leiharb.*	Entleihbetriebe**	Leiharb.-Fälle**
1973	34374	24724	144651
1974	19380	19625	96167
1975	11805	13096	63051
1976	16858	15806	79091
1977	21186	20521	105452
1978	26408	26003	124950

* jeweils 30. Juni – ** jeweils 1. Halbjahr

Streikrechts in den öffentlichen Diensten beschlossen. Praktisch werden die Einzelgewerkschaften damit auf ein internes Schlichtungsverfahren verpflichtet. Vor einem Streik müssen sie nämlich zusammen mit den Gewerkschaftsbünden ,,über geeignete weitere politische Initiativen zur Beseitigung der Ursachen der Auseinandersetzung'' beraten. Diese Rahmenbestimmungen, die die rasche Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften lähmen, werden noch durch spezielle Vorschriften für die einzelnen Dienstzweige ergänzt. Nach den vorliegenden Entwürfen sollen darin z.B. unbefristete Streiks generell ausgeschlossen werden. Die Revisionisten haben die ,,Selbstreglementierung'' mit dem Argument durchgesetzt, anders sei eine Einschränkung durch Gesetz nicht zu verhindern. In Wirklichkeit basteln die bürgerlichen Parteien bereits an Gesetzentwürfen, um der ,,Selbstreglementierung'' gewaltsam Allgemeinverbindlichkeit zu verschaffen.

z.elb.Brüssel. **U.a. die IG Metall und die schwedische Transportarbeitergewerkschaft beschlossen die Unterstützung des britischen Stahlarbeiterstreiks.** In Vorbereitung dieses Streiks seitens der Bourgeoisie und wegen früherer für sie leidvoller Erfahrungen durch Solidaritätsaktionen der Arbeiterklasse fragt Herr Moreland, EG-Parlamentarier, an bei der Kommission, ob gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen wie Streikposten an Kais nicht den freien grenzüberschreitenden Warenverkehr behindern; ob es nicht unabdingbar sei – man hat schließlich ein Europaparlament wählen lassen, nicht umsonst auch einige Gewerkschaftsführer –, die Gewerkschaften in die Pflicht der Römischen Verträge zu nehmen. Art. 30 des EWG-Gründungsvertrages: ,,Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen *sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung* sind ... zwischen den Mitgliedstaaten verboten.'' Freiheit für das Kapital = Zuchthausregeln gegen die Arbeiterklasse. Herr Moreland fordert ihre ausdrückliche Bestätigung. Die Arbeiterklasse verstärkt ihre gegenseitige Unterstützung.

z.rua. **Die 500 Arbeiter des VW-Stanz-Werks in South Charleston im US-Bundesstaat West Virginia traten am 3. Januar für Lohnerhöhungen in den Streik.** Am 1. Januar war der seit zwei Jahren gültige Tarifvertrag ausgelaufen. VW hat bisher kein Angebot vorgelegt. Die Löhne bei VW liegen im Durchschnitt um 1 $ pro Stunde unter denen der anderen Automobilarbeiter in den USA. Am 5. Januar mußten die VW-Kapitalisten nach der zweiten Schicht die Produktion wegen fehlender Bleche einstellen. 4000 der insgesamt 5200 Arbeiter wurden zeitweilig entlassen. Die VW-Kapitalisten haben 1979 gegenüber 1978 durch die Einführung einer zweiten Schicht und die Heraufsetzung der Bandgeschwindigkeit mit einer um 50% größeren Belegschaft die Produktion um 84% gesteigert. Ihre PKW-Verkäufe auf dem US-Markt steigerten sie im selben Zeitraum um 53000 auf 292000.

z.mat.Sydney. **Mit einer Lohnerhöhung von 4,5% hat die australische Schiedskommission die höchste Erhöhung seit Februar 1976 zugestehen müssen.** Das System des Inflationsausgleiches hat im vergangenen Jahr kräftige Risse erhalten. Nachdem der Ausgleich 1978 von viertel- auf halbjährlich umgestellt worden war, hat die Kommission 1979 begonnen, von der Regierung verfügte Preiserhöhungen aus der Inflationsrate auszuklammern. Die letzte Erhöhung von 3,2% im Juni bei 4% Inflation beantwortete die Arbeiterklasse mit mehreren erfolgreichen Aktionen. Die Regierung, die mehrfach überhaupt kein Angebot gemacht hatte, sah sich jetzt gezwungen, 3% anzubieten. Mit 4,5% – ½% unter der Inflationsrate, als Abzug für die von der Regierung verfügte Ölpreiserhöhung – will die Kommission die Risse kitten. Die Regierung setzt den Trick mit dem Öl fort: Am 31.12. hat sie den Preis für in Australien gefördertes Öl von 18,66 auf 24,77 $ je Barrel erhöht. 70 Cents erhalten die Konzerne, der Rest fließt von den Tankstellen in die Staatskasse – und von dort an die Kapitalisten zurück: Am 3.1. kündigte die Regierung an, daß die Mehreinnahmen für Steuersenkungen genutzt würden. Welche Steuern gesenkt werden, will sie erst später mitteilen.

z.pel.Paris. **Der Vorgänger und Nachfolger des im letzten September gestürzten zentralafrikanischen Kaisers Bokassa I. hat nach wenigen Monaten Herrschaft erhebliche Probleme, sich an der Macht zu halten.** Unter massiven Drohungen – ,,in den letzten Monaten habe ich gefordert, daß man niemanden mißhandelt, die Frist ist abgelaufen'' – hat Präsident Dacko den Führern der zentralafrikanischen Gewerkschaft UGTC am 4. Januar die Aufhebung des Streikrechts für 1980 angekündigt. Die Ankündigung erfolgte, nachdem Mitte Dezember der französische Minister für Zusammenarbeit Galley die Lage in der ehemaligen französischen Kolonie inspiziert hatte. Dackos Bemerkung: ,,Wenn es dauernd Streiks gibt, werden sich die Investoren nicht bei uns niederlassen'', deutet auf massiven Druck der französischen Imperialisten hin, den steigenden Widerstand gegen die Besetzung des Landes zu ersticken. Seit die Beschäftigten der Ministerien Anfang November für die sofortige Auszahlung der ausstehenden Löhne in den Streik getreten waren, war es auch in der Baumwoll-, Textil- und Nahrungsmittelindustrie wie unter den Diamantenschürfern zu Streiks gekommen. Bei einer Inflationsrate von 135% müssen die etwa 50000 Industriearbeiter des Landes (Erwerbsbevölkerung: 600000), die etwa 200 FF monatlich verdienen, für ein Kilo Zucker heute 10 FF, für ein Kilo Fleisch 16 FF zahlen. Die Gewerkschaftsführung hat auf die Erklärungen Dackos hin einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß zur Beschlußfassung gegen die Angriffe einberufen.

Frankreich: Dekret zur verstärkten Auslese und Schikanierung ausländischer Studenten

z.inl.Paris. Mit Demonstrationen und Streiks antworteten letzte Woche in Angers die Studenten auf die Ausweisung von zwei marokkanischen Kommilitonen. Der Präfekt des Departements Maine-et-Loire begründete die Ausweisung mit „ungenügenden Unterhaltsmitteln, Schwarzarbeit, Scheitern an der Universität".

105000 Ausländer studieren in Frankreich, knapp 13% aller Studenten. Bevor sie die erste Vorlesung besuchen, sind sie kontrolliert und schikaniert worden: von der französischen Botschaft in ihrem Heimatland für die Voreinschreibung (Geburts- und Prüfungsurkunden in beglaubigter französischer Übersetzung, Rückporto); von der Universität für die normale Einschreibprozedur; vom Polizeiapparat für die Aufenthaltserlaubnis; vom Gesundheitsamt (Ausnahme: Stipendiaten der französischen Regierung und Einwohner der EG); vom Arbeitsministerium für die Arbeitserlaubnis.

Die Aufenthaltserlaubnis ist jeweils nur ein Jahr gültig. Zur Verlängerung müssen die Studenten nachweisen, wovon sie leben und daß sie die jährlichen Prüfungen bestanden haben. Wer durchfällt, kann abgeschoben werden. Die meisten ausländischen Studenten müssen neben dem Studium noch bei einem Kapitalisten arbeiten, da nur 30% Stipendien ihrer eigenen Regierung oder vom französischen Staat (1977: 9000) bekommen. Stipendiaten dürfen nicht arbeiten, die anderen maximal 20 Stunden die Woche. Zum Druck auf den Lohn bei maximaler Ausbeutung erlauben die Imperialisten Ausnahmen: 40 Wochenstunden dürfen Studenten aus Zentralafrika, Tschad, Asien und Flüchtlinge arbeiten.

Mit Dekret vom Dezember hat die Regierung nochmals die Einschreibbedingungen verschärft. Eine nationale Kommission aus Vertretern des Außen-, Universitäts- und des Ministeriums für Zusammenarbeit prüft nun jedes einzelne Dossier. Die direkte politische Kontrolle wird so zentralisiert, die Verteilung ebenfalls. Die frühere Möglichkeit, drei Unis seiner Wahl anzugeben, entfällt: Zusammenballung (heute sind 50% an den Pariser Unis) und bessere Kampfbedingungen sollen verhindert werden. Eine obligatorische Prüfung in französischer Sprache wird eingeführt, Ausnahme: Abitur in Französisch.

70% der ausländischen Studenten kommen aus Ländern der Dritten Welt, 50% aus Afrika. „Diese geographisch-ökonomische Herkunft wird nicht in Frage gestellt", erläutert der „Figaro" das Dekret. Das stimmt, nicht um die Änderung der Herkunft, um die Zukunft geht es: Afrikanische Kader des französischen Neokolonialismus sollen die Universitäten verlassen. Die Kämpfe der ausländischen Studenten, z.B. 1978 gegen die Intervention in Zaire, zeigen, daß das nicht notwendig Resultat der Ausbildung ist. Deshalb jetzt die Vorauslese über die Sprache – was direkt gegen die Entwicklung der nationalen Sprachen gerichtet ist – und durch die Kontrolle der Zentralgewalt.

Urabstimmung gegen Zentralisierung der zweiten Prüfung der Apotheker

z.hes. Nach der Approbationsordnung für Apotheker soll nach dem 1.10.80 auch der zweite Abschnitt der pharmazeutischen Prüfung im Multiple-choice-Verfahren durchgeführt werden. Bei dieser Prüfungsart muß der Student 100 oder mehr Fragen beantworten, dabei hat er im Durchschnitt 90 Sekunden pro Frage zur Verfügung und muß eine der fünf vorgegebenen Antworten auswählen. Diese Prüfungen werden zentral durchgeführt, d.h. alle Pharmaziestudenten, die eine Prüfung ablegen müssen, beantworten am gleichen Tag zur gleichen Zeit dieselben Fragen, die Fragebögen werden zentral vom Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen

lage der Prüfung sind zum zweiten die Fragen, die von Professoren eingereicht werden können und vom Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen vermittelst der „Item-Analyse" daraufhin geprüft werden, ob sie schwer und treffsicher genug sind.

Der Protest der Studenten richtet sich nicht nur gegen die Stoffausweitung und die ständige Erschwerung der Prüfungen, sondern gegen die Zentralisierung der Prüfung insgesamt, weil dadurch die Bedingungen der Auseinandersetzung um die Prüfungen für die Studenten erheblich erschwert werden sollen. Mit der Einführung des Multiple-choice im zweiten Prüfungsab-

Urabstimmung gegen Zentralisierung der zweiten Prüfung der Apotheker

z.hes. Nach der Approbationsordnung für Apotheker soll nach dem 1.10.80 auch der zweite Abschnitt der pharmazeutischen Prüfung im Multiple-choice-Verfahren durchgeführt werden. Bei dieser Prüfungsart muß der Student 100 oder mehr Fragen beantworten, dabei hat er im Durchschnitt 90 Sekunden pro Frage zur Verfügung und muß eine der fünf vorgegebenen Antworten auswählen. Diese Prüfungen werden zentral durchgeführt, d.h. alle Pharmaziestudenten, die eine Prüfung ablegen müssen, beantworten am gleichen Tag zur gleichen Zeit dieselben Fragen, die Fragebögen werden zentral vom Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz ausgewertet. Grundlage dieser Prüfungen ist einmal der Gegenstandskatalog. Im Gegenstandskatalog für diesen Prüfungsabschnitt sind die prüfbaren Stoffgebiete detailliert auf ca. 300 Seiten festgelegt; gegenüber den jetzt durchgeführten mündlichen Prüfungen bringt das eine Stoffausweitung von 50% bis 100% mit sich, da der Gegenstandskatalog annähernd alles zu einem Fach enthält, was an den Universitäten in der BRD und Westberlin gelehrt wird. Dies ist aufgrund der Unterschiede, die zwischen den Instituten bestehen, mehr als an einem einzelnen Institut gelehrt wird. Grundlage der Prüfung sind zum zweiten die Fragen, die von Professoren eingereicht werden können und vom Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen vermittelst der „Item-Analyse" daraufhin geprüft werden, ob sie schwer und treffsicher genug sind.

Der Protest der Studenten richtet sich nicht nur gegen die Stoffausweitung und die ständige Erschwerung der Prüfungen, sondern gegen die Zentralisierung der Prüfung insgesamt, weil dadurch die Bedingungen der Auseinandersetzung um die Prüfungen für die Studenten erheblich erschwert werden sollen. Mit der Einführung des Multiple-choice im zweiten Prüfungsabschnitt geht einher eine Überzufuhr von Studenten auf der anderen Seite, zum Zweck einer verschärften Auslese.

Die Fachtagung Pharmazie hat Aktionstage für den 14.-18.1.80 beschlossen, innerhalb derer über eine Resolution gegen die miserablen Studienbedingungen und die Einführung des Multiple-choice im zweiten Prüfungsabschnitt beraten werden soll. Über das Prüfungsverfahren im zweiten Prüfungsabschnitt und weitere Schritte gegen die Einführung des Multiple-choice soll eine Urabstimmung stattfinden.

Regierungspräsidium verweigert ehemaligem Fachschaftsvertreter die Approbation zum Arzt

z.dow. Seit elf Verhandlungstagen findet vor dem Amtsgericht Heidelberg der Prozeß gegen die beiden ehemaligen Fachschaftsvertreter Medizin Heinz Kaiser und Hannelore Gal statt. Sie sind angeklagt wegen der Organisierung des Vorlesungsboykotts gegen die Neueinführung einer Anwesenheitspflicht in der Chirurgievorlesung und einer Abschlußklausur im WS 76/77 und wegen der Organisierung des bundesweiten Streiks für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr.

Nachdem das Gericht sich in großen Schwierigkeiten befindet, zu einer Verurteilung zu kommen, da der Prozeß sowie zahlreiche Erklärungen von Studenten und Klinikbeschäftigten zeigen, daß die Aktionen der Studenten offensichtlich gerechtfertigt waren, setzt nun das Regierungspräsidium nach: In einem Schreiben an Heinz Kaiser heißt es: „Die Umstände, die zur Einleitung des anhängigen Strafverfahrens führten, geben zu Zweifeln Anlaß, ob Sie derzeit die in §3 Abs.1 Nr.2 der Bundesärzteordnung geforderte Würde und Zuverlässigkeit für die Ausübung des ärztlichen Berufes besitzen... Es besteht aber ein erhebliches öffentliches Interesse daran, daß ein Arzt das erforderliche Maß an Verständnis und Achtung für geltende Rechtsvorschriften mitbringt... Die Entscheidung über Ihren Antrag auf Erteilung der Approbation war deshalb vorläufig, mindestens jedoch bis zum Vorliegen eines erstinstanzlichen Urteils, auszusetzen."

Einem Antrag auf Verlesung dieses Schreibens mußte das Gericht stattgeben und eine Erklärung dazu von Heinz Kaiser zulassen. Danach sah sich der Richter veranlaßt, sämtliche Erklärungen gegen den Prozeß im Wortlaut zu verlesen.



Theaterstück zu den Aktionstagen gegen die 3. AO-Novelle im Dezember 79.

Kampf um algerisches Erziehungswesen

FLN beschließt Arabisierungsprogramm und polytechnische Hauptschule

z.pel.Paris. Das Zentralkomitee der Partei der Nationalen Befreiungsfront Algeriens FLN hat auf seiner Sitzung Ende Dezember ein „Nationales Operationsprogramm der Arabisierung" beschlossen, welches die Richtlinien der staatlichen Politik im Erziehungsbereich für die nächsten Jahre enthält. Darin heißt es: „Das ZK betrachtet die Anwendung der Nationalsprache als eine unumkehrbare Wahl. Es denkt, daß sich die Debatte auf ihre Nutzung im Kampf für die Entwicklung des Landes und auf ihre Wandlung in ein Instrument der Förderung der Kultur, der Wissenschaften und der modernen Technik beschränken muß ... Begonnen werden muß mit der Nutzung der Nationalsprache als Ausbildungssprache der Ausbilder in allen Bereichen und auf allen Ebenen." Und weiter: „Ab dem nächsten Schulbeginn (1980 – 1981) muß die Verallgemeinerung der Ausbildungsreform angepackt werden. Dies durch die Entfaltung der Hauptschule mit ihrem polytechnischen Inhalt, ihrer Dauer von neun Jahren und der Nationalsprache als Lehrsprache für alle Gegenstände und Besonderheiten."

Seit dem Rauswurf der französischen Kolonialmacht und der Erkämpfung der nationalen Unabhängigkeit ist Arabisch algerische Nationalsprache. Der Kampf um die vollständige Durchsetzung des Arabischen in allen Bereichen der Produktion wie in Schulen und Universitäten ist jedoch bis heute nicht endgültig entschieden. Faktisch existieren zwei Schriftsprachen, Arabisch und Französisch, die Masse des algerischen Volkes spricht einen arabischen Dialekt, der sich von dem aus dem 1200 Jahre alten Koranarabisch entwickelten Schriftarabisch etwa so unterscheidet wie z.B. die romanischen Sprachen Italienisch und Spanisch. 130 Jahre französischer Kolonialunterdrückung hatten die Entwicklung des Arabischen in Algerien verhindert und die Analphabetenrate, die 1830 zu Beginn der kolonialen Eroberung geringer war als in Frankreich, bis zum Sieg des algerischen Volkes 1962 auf ca. 80% getrieben. 350000 Schüler wurden 1962 gezählt, davon 305000 im Grundschulbereich, 1000 Studenten waren an der einzigen Universität in Algier eingeschrieben. Die Ausbildung erfolgte in Französisch.

Frühzeitig, schon in den 30er Jahren, hatte die nationale algerische Befreiungsbewegung die Bedeutung der Nationalsprache und Erziehung als mächtige Triebkraft im Kampf für die nationale Befreiung erkannt und mit allen Mitteln die v.a. von Geistlichen ausgehende Bewegung zur Gründung von arabischen Privatschulen gegen die Angriffe der Kolonialmacht verteidigt. Alphabetisierung, einheitliche Grundschule, Arabisierung und Entwicklung der Universitäten zur Herausbildung eines nationalen Kaderstammes lagen nach 1962 im gemeinsamen Interesse von algerischer nationaler Bourgeoisie wie Arbeiterklasse und Bauern, um die Produktion besser entfalten zu können und die nationale Unabhängigkeit zu stärken.

Bis 1978 ist es den algerischen Volksmassen gelungen, für 75% der Kinder zwischen 6 und 13 Jahren eine Schulausbildung zu erkämpfen; die drei Millionen Schüler des Grundschulbereiches erhalten ihre Ausbildung zu 90% in Arabisch, bei den etwa 180000 Gymnasiasten liegt der Prozentsatz bei 60%. 60000 Studenten besuchen die sieben Unversitäten und zwei Technischen Hochschulen. 1967 wurde in Algier die erste arabische Fakultät gegründet.

Die Tatsache, daß heute weiterhin französische und arabische Fakultäten existieren, daß Französisch im naturwissenschaftlichen Bereich dominiert, daß der Alphabetisierungsgrad zwischen 90% in Algier und 50% in ländlichen Gebieten schwankt, daß die Abgänge vor Beendigung des Gymnasiums bei 60% liegen und 55% der Universitätslehrer Ausländer, v.a. Franzosen, sind, sind jedoch gleichzeitig Anzeichen eines heftigen und sich verschärfenden Kampfes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Das Interesse der algerischen Bourgeoisie war es, die Nation unter ihrer Führung gegen die imperialistische Bedrohung zu einen und den notwendigen Kaderstamm für die Leitung der Produktion und Verwaltung herauszubilden, gleichzeitig jedoch die Beherrschung von Produktion und Gesellschaft durch die Arbeiter und Bauern zu verhindern. Das Interesse der algerischen Arbeiter und Bauern zielt auf eine umfassende Entwicklung ihrer Fähigkeiten zur Entfesselung der Produktivkräfte und Fortführung der Revolution. Die vom ZK der FLN oben erwähnte Hauptschule polytechnischen Inhalts, die die bisherige Grund- und die darauf folgende Mittelschule ablöst, soll dem dienen, wie die unentgeltliche Gewährung von Schulkleidung und -nahrung sowie die Entwicklung von Stipendien, die 1975 69% der Studenten gewährt wurden, in diese Richtung zielen.

Das ZK der FLN schreibt in dem erwähnten Beschluß: „Daß eine gewisse Zahl von Studenten Mathematik und Naturwissenschaften in Nationalsprache lernt, während der Rest dem Unterricht in französischer Sprache folgt, ruft Ungleichheiten hervor, die sich auf die Chancen zur Fortsetzung der Studien, die Arbeitsplatzsuche und die Berufsausbildung auswirken." Den ganzen Dezember über haben Studenten an allen Universitäten im Lande gestreikt, gegen die Entwertung der arabischen Diplome protestiert und die völlige Arabisierung der Universitäten gefordert. Der Beschluß des ZK der FLN ist unter dem Eindruck dieser Kämpfe entstanden. Seine Umsetzung wird weiteren Kampf kosten.





Algerische Jugend feiert den Sieg der FLN. Grundschulunterricht.

bisch und Französisch, die Masse des algerischen Volkes spricht einen arabischen Dialekt, der sich von dem aus dem 1200 Jahre alten Koranarabisch entwickelten Schriftarabisch etwa so unterscheidet wie z.B. die romanischen Sprachen Italienisch und Spanisch. 130 Jahre französischer Kolonialunterdrückung hatten die Entwicklung des Arabischen in Algerien verhindert und die Analphabetenrate, die 1830 zu Beginn der kolonialen Eroberung geringer war als in Frankreich, bis zum Sieg des algerischen Volkes 1962 auf ca. 80% getrieben. 350000 Schüler wurden 1962 gezählt, davon 305000 im Grundschulbereich, 1000 Studenten waren an der einzigen Universität in Algier eingeschrieben. Die Ausbildung erfolgte in Französisch.

Frühzeitig, schon in den 30er Jahren, hatte die nationale algerische Be-

versitätslehrer Ausländer, v.a. Franzosen, sind, sind jedoch gleichzeitig Anzeichen eines heftigen und sich verschärfenden Kampfes zwischen Bour-

gefordert. Der Beschluß des ZK der FLN ist unter dem Eindruck dieser Kämpfe entstanden. Seine Umsetzung wird weiteren Kampf kosten.





Algerische Jugend feiert den Sieg der FLN. Grundschulunterricht.

Forderungslage bei Wahlen an den Hochschulen

– Meldungsauszüge –

Kiel. Zu den diesjährigen Studentenparlamentswahlen kandidieren die Fachschaftsgruppen nicht mit einer einheitlichen Liste, eine gemeinsame programmatische Erklärung der Kandidaten aus einzelnen Fachschaftsgruppen ist in Vorbereitung. Sie enthält Forderungen zu: Anerkennung der verfaßten Studentenschaften; Koalitions- und Streikrecht; Unterstützung der Fachtagungen; Wiedereintritt des AStA in die VDS. Praktikantenvertrag, Einbeziehung der Praktikanten in die Manteltarifverträge; Offenlegung aller Pläne zur Studienreform; Stoffbegrenzung; Senkung der Pflichtstundenzahl; keine zusätzlichen Leistungsnachweise... Anbindung des BAföG an den Durchschnittslohn.

Kiel. Gremienwahlen an der Pädagogischen Hochschule. Neben Jungsozialisten und RCDS kandidieren Mitglieder der Wahlfachgruppen. Letztere erheben einheitliche Forderungen: Für die verfaßte Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat; keine Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen; Einstellung zusätzlicher Dozenten; Anhebung der BAföG-Sätze noch vor 1981; aktuell 730 DM Höchstförderungssatz, 1460 DM Elternfreibetrag, Anbindung an Entwicklung der Durchschnittslöhne...

Hamburg. Zu den Studentenparlamentswahlen kandidiert die Kommunistische Hochschulgruppe gemeinsam mit der Institutsgruppe Mathe-Physik auf einem gewerkschaftlichen Programm...

Bremen. Wahlen an der Hochschule für Technik vom 14. – 17. Januar. Die Liste Aktionsgemeinschaft kandidiert u.a. mit Forderungen gegen die Verschärfung von Studien- und Prüfungsbedingungen, gegen die Einführung industriegerechter Praxissemester, für 700 DM BAföG / 1400 DM Elternfreibetrag, jährliche Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten und die Durchschnittslöhne, ausreichende Bewilligung von Geldern für die ausländischen Studenten, Einbeziehung aller ausländischen Studenten ins BAföG, politisches und imperatives Mandat... Die Liste wendet sich gegen jede wirtschaftliche, politische und militärische Einmischung von Staaten in die Angelegenheiten anderer Länder.

Bremen. Die Liste Aktionseinheit an der Fachhochschule für Sozialwesen Bremen fordert u.a.: Nicht mehr als 14 Pflichtstunden, keine Teilnahmenachweise; freie Wahl der Themenbereiche, der Fächer und Dozenten; keine Leistungsnachweise in den ersten beiden Semestern; keine Zwischenprüfungen ... ; Einspruchsrecht des AStA in allen Angelegenheiten der Prüfung und des Studiums; ausreichendes BAföG in Höhe der Lebenshaltungskosten mit jährlicher Angleichung. Einbeziehung der Studenten in die Arbeitslosenversicherung während des Studiums. Der Senat muß ausreichend billigen Wohnraum für die Studenten zur Verfügung stellen... Für dieses Programm stimmten 12,6%; der MSB erhielt 18,8%; die Basisgruppe kandidierte ohne Programm und erhielt 53% der Stimmen.

Bremen. An der Hochschule für Wirtschaft fordert die Ökologie-Gruppe u.a.: Einspruchsrecht der Studentenvertretung bei umstrittenen Prüfungsbenotungen. Allgemeinpolitisches Mandat. Jederzeitiges Streik- und Vollversammlungsrecht. Unterstellung der Sozialwerke unter studentische Selbstverwaltung. Für 800 DM BAföG. Kein Darlehen. Bezahlung sämtlicher Studienmittel durch den Staat. Sofortige Beschaffung von Wohnraum... Anerkennung der arbeitslosen Hochschulabgänger als Arbeitslose mit Anrecht auf Arbeitslosengeld... Die Ökologie-Gruppe erhielt 16,1%, der MSB erhielt 8,7%, der SHB 40%, die Jusos 35,2%.

Braunschweig. Die IG Germanistik an der TU kandidiert mit 11 Kandidaten zu den FSR- und SR-Wahlen Ende Januar. Die vor einigen Wochen gegründete Institutsgruppe kandidiert gegen eine Liste der GO (MSB/SHB), die bislang alle 6 Sitze im FSR haben. Im einstimmig verabschiedeten Programm (6 anwesende GOler stimmten ebenfalls zu) werden u.a. folgende Forderungen erhoben: Einspruchsrecht des FSR in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten, Verringerung der Examensthemen für Klausur und mündliche Prüfung, Stoffbeschränkung für die Zwischenprüfungsklausur in Literaturwissenschaft; Zum BAföG: Anbindung an den Durchschnittslohn, 730 DM Höchstbetrag und 1460 DM Elternfreibetrag; Zum Studentenwerk: Selbstverwaltung der Studentenwerke und ihre Finanzierung durch den Staat, Einbeziehung der Studenten in die Sozialversicherung und Bezahlung durch den Staat; Unterstützung der Lohnkämpfe der Arbeiterklasse und der Befreiungsbewegungen der Länder der Dritten Welt. Verschiedene Untersuchungsprojekte zur bürgerlichen Wissenschaft und zur Forschung der Professoren wurden beschlossen.

Göttingen. Die Studentenratswahlen finden an der Universität Göttingen vom 28.1. bis 1.2. statt. Je 500 Studenten wird ein Sitz im SR gewählt. Wahlmodus ist die mit Personenwahl verbundene Listenwahl. Listenabgabeschluß ist Freitag, der 11.1. Das Sozialistische Büro, das z.Zt. mit den Jusos die AStA-Mehrheit bildet, wird wahrscheinlich nicht kandidieren, der SLH in Gestalt einer „Unabhängigen Fachschaftsoffensive (UFO)". Eine gewerkschaftliche Liste der Fachschaftsräte und Institutsgruppen konnte bislang nicht gebildet werden.

Verschiedene Möglichkeiten der Regierung, ohne Gesetzesänderung Wehrpflichtzeit zu verlängern

z.gug. Bei den jetzt erfolgenden Einberufungen haben einige Rekruten einen Einberufungsbefehl mit dem Vermerk erhalten, sie sollten sich darauf einrichten, drei Monate länger zu dienen. In welchem Umfang solche Einberufungsbefehle mit Vermerk ausgegeben wurden, ist nicht bekannt, das Verteidigungsministerium behauptet von nichts zu wissen. Mit dem Wehrpflichtgesetz, das seit seiner Verabschiedung 1956 und der Wiedererrichtung der Armee nach dem 2. Weltkrieg neun Mal von den jeweiligen Regierungen geändert wurde, hat die Regierung das Mittel, die Wehrpflichtzeit von derzeit 15 Monaten nach Belieben zu verlängern.

Mit den letzten beiden Gesetzesnovellen führte die Regierung die „Verfügungsbereitschaft" ein und begründete dies mit der Verkürzung der Wehrpflichtzeit von 18 auf 15 Monate. War ursprünglich jeder Wehrpflichtige nach seiner Entlassung Angehöriger der Verfügungsbereitschaft für 3 Monate nach seiner Entlassung, gilt nach der Gesetzesänderung von 1975, daß ein ausgewählter Kreis von Wehrpflichtigen – vor allem qualifizierte Facharbeiter – über Einberufungsbefehl nach der Entlassung für 12 Monate der Verfügungsbereitschaft angehören und bei Anordnung des Verteidigungsministers erneut den Wehrdienst antreten müssen. Der entsprechende Paragraph dazu heißt: „Wehrpflichtige leisten während einer Zeit von zwölf Monaten im Anschluß an den Grundwehrdienst ... Wehrdienst in der Verfügungsbereitschaft, wenn und solange der Bundesminister der Verteidigung es so anordnet." Eine zeitliche Begrenzung des Wehrdienstes in der Verfügungsbereitschaft ist damit aufgehoben. Das ganze dient der schnelleren Mobilisierung der Armee, wie der damalige Verteidigungsminister es auch in der Bundestagsdebatte im Oktober 1974 ausführte: „Dort, wo die Regierung bis jetzt nichts anderes tun konnte, als gegebenenfalls ... den politisch aufwendigen Übergang aus der Friedenssituation zur Mobilmachung zu vollziehen, schaffen wir jetzt mit Hilfe der Verfügungsbereitschaft ein Instrument, das nicht die eskalierende Wirkung einer Mobilmachung hat, wohl aber in Zeiten einer Krise die Verteidigungsbereitschaft dieses Landes ... zu signalisieren in der Lage ist."

Eine Mobilisierung aller Soldaten in „Krisenzeiten" enthält das Gesetz mit dem §6 über die Einberufung der ehemaligen Wehrpflichtigen zu Wehrübungen. Grundsätzlich gilt zunächst, daß eine Wehrübung nicht länger als 3 Monate dauern dürfe, die Gesamtzeit nicht mehr als 9 Monate bei Mannschaften und 15 Monate bei Unteroffizieren. Unterschiedlich ist die Regelung für Angehörige der Territorial-Reserve, die im Juli 1963 vom Verteidigungsminister eingerichtet wurde. Eine Verlängerung der Wehrdienstzeit ist schon dadurch möglich, daß der Wehrpflichtige nach seiner Entlassung schlicht zu einer dreimonatigen Wehrübung eingezogen wird. Darüber hinaus enthält der Paragraph die Regelung: „Für Wehrübungen, die als Bereitschaftsdienst von der Bundesregierung angeordnet worden sind, gilt die zeitliche Begrenzung ... nicht ..." Von dieser Ermächtigung, die 1935 in das Wehrgesetz eingefügt worden war, hat die Bundesregierung nach dem Mauerbau 1961 in Berlin Gebrauch gemacht. 1961 betrug die Wehrpflichtzeit 12 Monate. Die Soldaten, die eigentlich am 30.9. und am 31.12.61 hätten entlassen werden müssen, hatten auf Anordnung der Regierung drei Monate länger zu dienen. Im darauffolgenden Jahr verlängerte die Regierung die gesetzliche Wehrpflichtzeit auf 18 Monate. Im Kommentar des Wehrgesetzes wird zu der Handhabung des Bereitschaftsdienstes durch die Regierung ausgeführt: „Der Beschluß der Bundesregierung, durch den der Bereitschaftsdienst angeordnet wird, ist kein Akt der Normsetzung; zu seiner Wirksamkeit bedarf es daher weder der Veröffentlichung ... noch ist die gesetzliche Ermächtigungsgrundlage für die Anordnung an die Formerfordernisse ... gebunden."

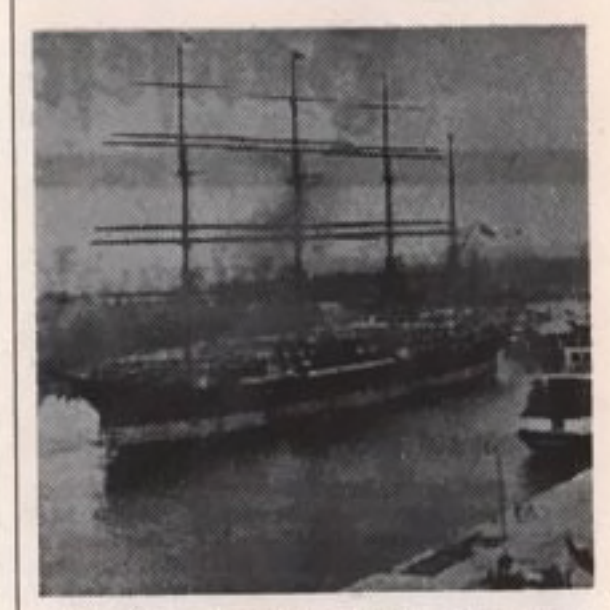
Damit hat die Regierung die Möglichkeit, ohne Parlamentsbeschluß und ohne es öffentlich bekanntgeben zu müssen, die Soldaten zum Bereitschaftsdienst für einen von ihr bestimmten Zeitraum weiter zu verpflichten, was den Soldaten von den Vorgesetzten mitgeteilt wird. Die Anordnung von 1961 wurde niemals veröffentlicht, nur für die Soldaten auf Zeit wurde der Bereitschaftsdienst durch eine Rechtsverordnung im Bundesgesetzblatt verfügt, für die Wehrpflichtigen wurde er lediglich angeordnet. Von allen Wehrstrategen einhellig abgelehnt wird die damalige Handhabung, die Wehrpflichtigen über eine erneute Einberufung über das Kreiswehrersatzamt in den Bereitschaftsdienst zu beordern. Dieses Verfahren läßt die Möglichkeit offen, gegen die Einberufung rechtlichen Widerspruch einzulegen. Der einfache Verwaltungsakt durch die Anordnung der Regierung schließt diese Möglichkeit aus, und er ist nach geltendem Recht auch ausreichend.

„Rettet die Passat" – Ein Denkmal imperialistischer Tradition vergammelt

r.pes. Seit gut einem halben Jahr inszeniert der „Verein zur Rettung der Passat" in Lübeck und ganz Westdeutschland eine großangelegte Spendenkampagne zur Neuinstandsetzung dieses „letzten deutschen Lastenseglers". Seit 1960 liegt das Schiff in Travemünde auf Reede. Trotz eines jährlichen Instandsetzungsaufwandes von 350000 DM durch den Besitzer, die Stadt Lübeck, ist der Segler kurz vor dem Verrotten. Die Masten rosten durch, die gesamte Takelage muß erneuert werden, 1 Mio. DM würde die Renovierung kosten.

Initiator der Kampagne ist die Bürgerschaft selbst. Einer der Vorsitzenden, der Abgeordnete Ingo Petersen, weiß um den Wert, dieses Schiff für die Expansionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus propagandistisch zu nutzen: „Wir wenden uns aber nicht nur an Lübecker und alte Freunde der Frachtfahrt unter hohen Segeln. Wir suchen Helfer in ganz Deutschland: Der letzte große Zeuge einer ruhmreichen Seefahrts-Epoche unter deutscher Flagge darf nicht als rostendes Denkmal verkommen. Die Rettung der Passat sollte ein nationales Anliegen sein." Das Schiff verkörpere deutsche Seemannstugenden wie „Unerschrockenheit und Mannhaftigkeit, technisches und seemännisches Können ebenso wie Weltoffenheit und Naturverbundenheit" erfährt man, wenn man das Schiff als Tourist besucht.

Tatsächlich diente die Passat ebenso wie andere Großsegler den deutschen Imperialisten insbesondere nach dem ersten Weltkrieg, verlorenen Boden im Handelskrieg mit den britischen Imperialisten wiedergutzumachen. Die Passat, 1911 gebaut, war im wesentlichen ein Frachtschiff für den Salpeterexport aus Chile, Peru und Bolivien. Bis zu Beginn der 30er Jahre war dieser Segler den Dampfschiffen der Konkurrenz überlegen. Aber die Bourgeoisie in Deutschland wußte diesen Segler nicht nur als Frachtensegler zu nutzen. 1927 wurde es als Schulschiff für die Offizierskader der Handels- und Kriegsmarine umgerüstet. Zwar war es noch offiziell ein Frachtensegler, wurde aber 1932, kurz vor Indienststellung des Segelschulschiffes Gorch Fock I, verkauft, nach dem 2. Weltkrieg, kurz vor der fälligen Abwrackung, zurückgekauft und wieder als Schulschiff genutzt. 1957, exakt nach dem Bau der Gorch Fock II, hatte es als Kadettenschmiede fürs erste ausgedient. Die Benutzung als Segelschule des deutsch-französischen Jugendwerkes seit 1965 soll die Tradition fortsetzen.



Die Passat dient der westdeutschen Bourgeoisie, hier repräsentiert durch den Senat der Stadt Lübeck, als Denkmal, ehemalige Größe auf den Weltmeeren wiederaufleben zu lassen. Die Propaganda um den Erhalt dieses Schiffes soll breite Teile der Bevölkerung in dieses expansionistische Fahrwasser treiben. Seefahrtsromantik als Tünche zur Gewinnung der Massen für den Aufbau einer schlagkräftigen nationalen Handelsflotte ist ihre Linie. Damit sind bislang 15000 DM zusammengekommen. Kein Wunder, wenn die eine Million nicht zusammenkommt.

Hans Apels Ökumene: Monatsthemen für die Militärseelsorge 1980

z.maf. Evangelisches Kirchenamt, katholische Militärbischöfe und Bundesverteidigungsministerium legen jährlich in einer dreieinigen Aktion die Themen für den „lebenskundlichen Unterricht" fest, dem die Truppe ausgesetzt wird. Die Unterlagen zur Gestaltung im einzelnen sind „intern". Jedoch kann man auch ohne Kenntnis dieser Anweisungen abschätzen wie es laufen soll.

Im Januar: „Schuld und Vergebung" – Hier wird der Soldat ganz persönlich angefaßt. Wer hätte nicht schon Schuld oder wenigstens Schulden auf sich geladen. Und wie angenehm ist nicht die Vergebung. Die Tugend, Verständnis zu haben. Eine Überleitung auf den Sektor „Schuld und Vergebung in der Völkerfamilie" wird dann und wann möglich sein.

Im Februar: „Christen in Europa" – Aus dem Bewußtsein der Schuld und der Pflicht zur Vergebung ergibt sich der Begriff der Verantwortung. Die Verantwortung Europas; der reichen und Kulturvölker gegenüber der Armut und der Unwissenheit.

Im März: „Leiden – vermeiden, beseitigen oder bestehen" – Ein weites Feld, wirklich. Jedoch liegt der Gedanke der heilsamen Operation nahe, man könnte von der Krebsfrüherkennung ausgehen und bei der Abwehr des Kommunismus landen.

Im April: „Mach was aus Dir" – Große Vorbilder und Tradition. Aber auch das rein menschliche hat seinen Platz. Wie äußere Disziplin und Haltung (bei Offizieren Contenance) sowohl zum Erfolg wie anderenfalls zum inneren, also wahren Glück führt.

Im Mai: „Kameradschaft – Freundschaft" – Im Frühling ist ein Wort zu der Keuschheit gipfelnden Geschlechterfreundschaft angezeigt. Auf dem anderen Extrem die Kameradschaft harter Männer und die Kameradschaft im Bündnis.

Im Juni: „Wir wollen immer zueinanderstehen" – Über die Treue. Über gute und böse Tage im Leben wie im Bündnis.

Im Juli: „Freizeit – meine Zeit?" – Verpflichtung des Ich gegenüber dem Mitmenschen. Gegenüber der Gesellschaft. Endlich gegenüber dem Staat, gegenüber der Armee. Förderung der Dienstbereitschaft.

Im August / September: „Entwicklungshilfe (k)ein Opfer" – Auflösung des Problems im Begriff der Schuld, bis hin zurück zur Erbsünde.

Im Oktober: „Der Mensch als Experimentierfeld" – Raum für sanfte Kritik am Drill. Wie man aber gehorchen kann und sich charakterliche Selbständigkeit gleichwohl bewahren. Letzten Endes bleibt die persönliche Verantwortung.

Im November: „Du sollst nicht töten" – Längere Ausführungen über den Begriff der Notwehr. Was welche ist und was niemals. Von einfachen Leuten praktisch nie richtig zu entscheiden.

Im Dezember: „Gottesdienst als Lebenshilfe" – Wieso sich in Notzeiten immer die Kirchen gefüllt haben. Vielleicht auch Verlesung von Geschichten wie „Weihnachten im Schützengraben", „Weihnachten an der Ostfront" oder „Weihnachten 1945".

Die Kunst des lebenskundlichen Unterrichts besteht in der schmierigen Verschlingung persönlicher Angelegenheiten mit solchen öffentlichen Rechtes. Die moralischen Grundsätze, die sich in den unterdrückten Klassen wegen ihrer Herstellung und Erhaltung der notwendigen Einheit herausbilden, werden den Klassengegensätzen übergestülpt. Es sind Fachleute, die man auf die Soldaten losläßt. Der Soldat lacht vielleicht oder er schläft auch, aber er wird dem Rieselregen ausgesetzt. – Gewerkschaften und politische Parteien hingegen ist der Zutritt zu den Kasernen per Gesetz versagt. So müssen die jungen Soldaten das Schwarzwild halt selbst jagen.

Afghanistan: Ausgangspunkt weiterer Aggressionen der Sowjetunion

Die Eroberung Afghanistans soll den Zugang zum Indischen Ozean ermöglichen

z.ror. Im vergangenen Jahr nahm der Widerstandskrieg des afghanischen Volkes einen großen Aufschwung. Die Sozialimperialisten konnten lediglich Kabul (350000 Einwohner) und einen Teil der Provinzhauptstädte kontrollieren, und mußten, um die Verbindungswege aufrecht zu halten, ihre Truppen auf ca. 10000 Mann verstärken. Die afghanische Armee, etwa 100000 Mann stark, befand sich im Zustand der Zersetzung, die Soldaten liefen zum Teil bataillonsweise zu den Befreiungskämpfern über. Allein im November verloren sie bei Gefechten 2200 Mann und 22 Panzer. Auch das städtische Kleinbürgertum, das auch den großen Teil der Armee stellt, unterstützte zunehmend den Befreiungskampf und so konnte im November die nördliche Provinz einschließlich der Hauptstadt erobert werden. Die Befreiungskämpfer griffen die Truppen in 21 der 28 Provinzen an. Da war die afghanische Armee für die Sozialimperialisten unbrauchbar geworden.

Mitte Dezember begann der Sozialimperialismus seine letzten Interventionsvorbereitungen. Der Luftwaffenstützpunkt Bagram, 50 km von Kabul entfernt, wird erweitert und 150 Flüge bringen über Weihnachten Material und eine Panzereinheit. Der Ausbau dieses und der anderen 5 Flugplätze in Afghanistan, war so notwendig, weil Afghanistan über keine Eisenbahnlinie verfügt und das asphaltierte Straßennetz nur 4000 km mißt. Die Aggressionstruppen wurden mit weiteren 250 Flügen innerhalb von 30 Std. nach Kabul geschafft. Zur gleichen Zeit überschreiten 2–3 Mot.-Schützenpanzerdivisionen die Grenze, ihnen rücken sowjetische Truppen aus Kabul entgegen, um die Sprengung des Salangtunnels (Höhe 3363) zu verhindern. In Kabul werden die afghanischen Regierungstruppen, die sich den Invasoren entgegenstellen, niedergekämpft, dabei verlieren sie 250 Mann. Der Flughafen wird mit Luftabwehrsystemen ausgestattet, die Sozialimperialisten wollen sich auf Dauer einrichten.

Mit weiteren Luftlandeoperationen werden weitere Städte erobert, so im Norden Bachsan. Der Vormarsch der Bodentruppen geht nur langsam voran, teilweise nur 10 km die Stunde. Von Kabul rücken die Interventionstruppen zur iranischen Grenze vor und zum Khaiberpaß, der von Kabul aus 2000–3000 m ansteigend durch das Hindukuschgebirge nach Pakistan führt. Der Khaiberpaß selber liegt 1100 m hoch und hat eine Länge von 40 km, er ist der einzige das ganze Jahr passierbare Übergang. Ohne ihn zu besitzen, ist der Durchbruch zum Indischen Ozean nicht möglich.

Afghanistan ist ein gebirgiges Land, in seiner Ost-West-Ausdehnung mißt es 1350 km, in seiner Süd-Ost-Ausdehnung 900 km. Etwa die Hälfte des Landes liegt in einer Höhe zwischen 600–1800 m, ein Drittel zwischen 1800 und 3000 m. Der Hindukusch im Nordosten steigt bis 7000 m hoch an. Hierüber ist auch der Wakyipaß nach China zu erreichen. Der Vorstoß zum Khaiberpaß verschafft dem Sozialimperialismus einen gewaltigen strategischen Vorteil. Bei einem Vormarsch, der an der sowjetischen Grenze beginnen würde, bliebe genügend Zeit, den Paß für die Sozialimperialisten zu sperren und ihn effektiv gegen sie zu verteidigen. 900 km sind es von der sowjetischen Grenze bis zum Paß.

Bei allen Operationen stößt die SU auf Widerstand. Die Angaben über ihre Verluste schwanken, bis zu 10000 Mann soll sie verloren haben. Bei Bamian etwa, gerieten die sowjetischen Truppen in einen Hinterhalt und verloren 250 Mann. Die Hauptlast des Krieges tragen die Bauern und Nomaden, in den Städten leben nur 15% der etwa 17 Mio. Einwohner. Das schwachbesiedelte Land, im Nordosten nur 10 Personen je km², die unwegsame Gegend und die hervorragenden Ortskenntnisse der Nomaden ermöglichen immer wieder Überraschungsangriffe. Schon im August begann gegen die Bauernmassen ein Luftterrorkrieg, um sie am Einbringen der Weizenernte zu hindern, den Nomaden das Vieh zu töten. Der Hunger soll die Bauern vor die russischen Flinten treiben. Das Ernährungsproblem wird noch wachsen. Wenngleich es auch gelungen ist, den Viehbestand weitgehend zu erhalten, mußten dennoch etwa 400000 Menschen nach Pakistan flüchten. Auch an schweren Waffen fehlt es.

Die SU verlangt von Pakistan die Unterbindung des Nachschubs. Die „Prawda" schreibt am 7.1.: „Die Entfaltung der Aggression gegen die Demokratische Republik Afghanistan von pakistanischem Territorium aus zieht Pakistan immer stärker in eine gefährliche Kombination. Die Beteiligung an derartigen Abenteuern entspricht keineswegs den Interessen des pakistanischen Volkes."

Die sowjetischen Truppen halten jetzt die großen Städte besetzt und haben ihre Truppen an der iranischen und pakistanischen Grenze aufmarschieren lassen. Wenn es aber den Befreiungskräften, die bisher meist nur lokal oder regional operierten, gelingt, die jetzt erneut aufgenommenen Verhandlungen zur Bildung einer nationalen Front gegen den Sozialimperialismus erfolgreich abzuschließen, verbessern sich die Bedingungen, im langandauernden Befreiungskrieg die sowjetischen Besatzer zu vertreiben.



Afghanische Befreiungskämpfer leisten den Invasoren Widerstand

Nordirlandkonferenz: Neue Spaltungsversuche gegen den irischen Befreiungskampf geplant

z.rül.London. Mit über einem Monat Verspätung hat am letzten Montag die von der britischen Regierung einberufene Nordirlandkonferenz begonnen. (s. KVZ 49/79) Vor acht Jahren haben die Briten unter dem Druck des wachsenden irischen Befreiungskampfes sämtliche „Selbstverwaltungsorgane" ihrer Siedler in Nordirland auflösen müssen. Über 30000 Mann Kolonialtruppen und Kolonialpolizei unter direktem Kommando des Nordirlandministers in London verteidigen ihre Kolonialherrschaft mit offenem Terror gegen die Volksmassen.

Mit ihrer jetzigen Konferenz geht es ihnen vor allem darum, die Zustimmung der einzigen parlamentarischen Vertretung der katholischen Iren im Unterhaus in Westminster, der sozialdemokratischen SDLP, zur Fortsetzung ihrer Kolonialherrschaft zu erreichen, um so den Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit Irlands spalten und unterdrücken zu können. Die erneute Einrichtung von „Selbstverwaltungsorganen" unter Beteiligung der SDLP soll dafür den Vorwand hergeben. Die SDLP fordert eine nordirische „Selbstverwaltung" unter gemeinsamer Kontrolle der britischen *und irischen* Regierung als ersten Schritt zum Abzug der Briten und der Einheit Irlands. Die Beteiligung der SDLP an der Konferenz erreichte



3000 demonstrierten am 1.1.1980 in Belfast gegen die britische Herrschaft.

Nordirlandminister Atkins erst, als er seine ursprüngliche Forderung fallengelassen hatte, nach der keine Debatte über die Einheit Irlands auf der Konferenz zugelassen sei. Dafür schickten die Briten letzte Woche den Protestantensprecher Ian Paisley vor, der jede Debatte über die SDLP-Forderungen ablehnte. Als „Kompromiß" bot Atkins darauf der SDLP an, ihm ihre Forderungen außerhalb der Konferenz vorzutragen. Die Konferenz selbst, die sich noch nicht einmal auf eine Tagesordnung einigen konnte, wurde bis zum 21. Januar vertagt.

Die Pläne der Imperialisten zur weiteren
Die Pläne der Imperialisten zur weiteren
Beherrschung Mikronesiens gehen nicht auf

z.cht.Sydney. In ihren Bemühungen um Stützpunktrechte im westlichen Pazifik haben die USA eine empfindliche Niederlage erlitten. Im Juli hatten die Einwohner der zukünftigen Republik Belau (Palau-Inseln, die Teil des bis 1981 bestehenden Treuhandgebietes Pazifische Inseln sind) mit 90% der Stimmen einen Verfassungsentwurf angenommen, der Belau zur stützpunkt- und nuklearfreien Zone erklärte. Auf Intervention der USA änderte die Verfassungskommission den Entwurf und legte ihn erneut zur Abstimmung vor. 70% der Einwohner lehnten diesen Entwurf ab. Inzwischen ist eine neue Kommission gewählt worden, die voll hinter dem ursprünglichen Entwurf steht.

Das 7,7 Mio. km² große Gebiet der über 2000 mikronesischen Inseln war den USA nach militärischer Besetzung 1943 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 1947 als „strategisches Treuhandgebiet" übergeben worden. Der Vertrag, der 1981 ausläuft, gab den USA das Recht, im Gebiet militärische Anlagen zu errichten. Für die Beherrschung des Pazifik durch eine geschlossene Kette von Stützpunkten von Hawaii bis zu den Philippinen ist das Gebiet für die USA strategisch besonders wichtig. Für die Zeit nach 1981 streben sie deshalb einen Commonwealth-Status an, mit dem die Bewohner US-Staatsbürgerschaft erhalten sollten. Nur für den nördlichen Teil, die Nord-Marianen, werden sie diesen Status durchsetzen können. Aus dem übrigen Gebiet werden drei selbständige Staaten hervorgehen, Mikronesien, Marshall-Inseln und die Republik Belau. Die USA versuchen jetzt, mit den zukünftigen Staaten Stützpunktverträge durchzusetzen. Carters Unterhändler Rosenblatt malte noch im Juni das Bild eines vom US-Imperialismus völlig beherrschten Pazifik aus: „Die USA würden weiterhin vollständige Verteidigungshoheit ausüben ... Die weiterbestehende US-Präsenz, die Nähe der mikronesischen Staaten zu US-Gebieten und ihre wachsenden Verbindungen zu befreundeten Nationen des Südpazifiks bieten die Aussicht, daß die Gebiete des Pazifiks, die den wichtigen Nationen Ostasiens am nächsten sind, in absehbarer Zukunft frei bleiben von Rivalität der Großmächte und Spannungen." Der dazugehörige Plan, in den am weitesten westlich gelegenen Palau-Inseln drei weitere Militärbasen zu errichten, wird nicht aufgehen.

„Niederländische" Antillen wollen nicht länger mehr „niederländisch" sein

z.scc. Im Fischer-Weltalmanach findet man die sechs Antillen-Inseln Curacao, Aruba, Bonaire, St. Maarten, St. Eustatius und Saba, im Atlantik vor der Küste Venezuelas, im Schnittpunkt der Schiffahrtsrouten gelegen, unter dem Stichwort „Niederlande". In Oranjestad auf Aruba grüßen den Besucher große Transparente über den Straßen: „Für Unabhängigkeit von den Niederlanden". In Willemstad, der Hauptstadt, trafen Anfang des Monats nacheinander der niederländische Außenminister Van der Klaauw und der Antillenminister Van der Stee ein, um die Bedingungen für die neokoloniale Beherrschung auch nach der Unabhängigkeit sicherzustellen.

Die „Niederländischen" Antillen, „niederländisch" seit der gewaltsamen Eroberung 1634, sind die letzte Kolonie des sich einst von Indonesien bis Surinam erstreckenden niederländischen Kolonialreiches. Früher Hauptumschlagplatz des Sklavenhandels, nutzen die imperialistischen Ölmonopole die Inseln heute als Umschlagplatz und Verarbeitungsstätte des Erdöls. Venezuela mit seinen inzwischen auf 700 bis 3000 Mrd. Faß geschätzten Ölvorräten (die ausgewiesenen Weltreserven belaufen sich derzeit auf 650 Mrd. Faß) und Mexiko mit seinen ebenfalls noch unerforscht großen Vorräten sind nah. 1916 bereits hatte die Royal Dutch Shell eine Ölraffinerie auf Curacao errichtet. Mit einer Kapazität von 360000 Faß pro Tag gehört sie heute noch zu den größten der Welt; größer noch ist, mit einer Kapazität von 440000 Faß, die Raffinerie von Standard Oil auf Aruba. Vor allem venezolanisches Öl wird hier verarbeitet, um dann großteils in die USA weitergeleitet zu werden. Mit Hilfe dieses Raffineriezentrums kontrollieren die Imperialisten bis heute einen großen Teil der süd- und mittelamerikanischen Erdölproduktion bzw. des -handels. Van der Klaauws spezieller Auftrag: die staatliche Ölgesellschaft Petroleos de Venezuela zur Kapitalbeteiligung an den Raffinerien auf Curacao und Aruba zu bewegen, um diese Kontrolle zu festigen.

Ob es dazu kommt? Die Imperialisten jedenfalls fürchten die Nationalisierung der Raffinerien. Die Parlamentswahlen auf den Antillen 1979, notwendig geworden, nachdem anhaltende Streiks im öffentlichen Dienst die alte Regierung zu Fall gebracht hatten, die überwältigenden Erfolge für die Parteien, die die rasche Unabhängigkeit fordern, haben sie hochgeschreckt. Zwar gibt es unter den Volksmassen noch Widersprüche über die staatliche Einheit nach der Unabhängigkeit. Als jetzt aber Van der Klaauw in alter Kolonialherrenarroganz den zukünftigen Status der unabhängigen Antillen diktieren und Spaltung in den Einigungsprozeß säen wollte, erteilten ihm alle Parteien einmütig eine Abfuhr: Die Unabhängigkeit der Antillen sind eine Sache, die das Volk der Antillen selbst entscheidet. Van der Klaauw mußte öffentlich den Rückzug antreten.

VR China: Stärkung der örtlichen Staatsorgane

Mobilisierung der Volksmassen für die Vier sozialistischen Modernisierungen

z.jük. Die Entwicklung der vier sozialistischen Modernisierungen, die Modernisierung der Landwirtschaft, der Industrie, der Landesverteidigung und der Wissenschaft und Technik und die Stärkung der sozialistischen Demokratie und des sozialistischen Rechtssystems bilden gegenwärtig die beiden Hauptschwerpunkte beim Aufbau des Sozialismus in der VR China. Die richtige Behandlung dieser beiden Schwerpunkte sind die wichtigsten Bedingungen dafür, daß sich China von einem sozialistischen Entwicklungsland zu einem starken sozialistischen Land entwickelt, welches die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus demonstriert. Gegenwärtig werden auf der Ebene der örtlichen Staatsorgane einige Veränderungen durchgeführt, die die Initiative der Volksmassen beim Aufbau einer revolutionären Verwaltung entsprechend den neuen ökonomischen Aufgaben fördern und damit die Diktatur des Proletariats festigen sollen. Schon auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses Juni 1979 war ein neues Wahlgesetz „für den Nationalen Volkskongreß und die örtlichen Volkskongresse der VR China" verabschiedet worden. Ein Kernpunkt dieses Gesetzes ist die Erweiterung der Direktwahl von Kandidaten der Staatsorgane auf der Ebene der Kreise, bzw. autonomen Kreise, so daß die Direktwahl nicht mehr auf die Städte ohne Stadtbezirke, auf Stadtbe-
Städte ohne Stadtbezirke, auf Stadtbe-
zirke, Volkskommunen und Gemeinden beschränkt bleibt. Diese Maßnahme hat für die Sicherung der ökonomischen Basis der Diktatur des Proletariats und dessen Verwaltung auf dem Lande große Bedeutung: „In unserem Land bilden die Bauern immer noch die überwiegende Mehrheit der gesamten Bevölkerung, und die Landwirtschaft ist die Grundlage unserer Volkswirtschaft. Wird die Bauernschaft für den Sozialismus aktiviert, kann sie der sozialistischen Modernisierung einen starken Antrieb geben. Die Kreisregierung stellt ein wichtiges Kettenglied in unserer Machtstruktur dar. Für eine Vervollkommnung des demokratischen Zentralismus ist es von Nutzen, daß die Delegierten für den Kreisvolkskongreß von der Bevölkerung direkt gewählt werden, daß diese den Ständigen Ausschuß des Kreisvolkskongresses wählen und die Volksregierung des Kreises wählen und daß das Kreismachtorgan aus der Direktwahl hervorgeht und unter der Kontrolle steht. Es ist nicht schwer vorstellbar, daß 800 Millionen Bauern für den Sozialismus voll aktiviert und die Entwicklung der Landwirtschaft und der sozialistische Aufbau in den Kreisen beschleunigt werden, wenn die Machtorgane in den 2000 Kreisen bzw. autonomen Kreisen aufgrund entfalteter Volksdemokratie vervollständigt und verstärkt werden." (Beijing Rundschau 37/17)

In den 30 Provinzen der VR China, auf die sich diese Kreise aufteilen und wo es 50000 Volkskommunen gibt, sind noch weitere Änderungen des Wahlsystems wirksam geworden. In zukünftigen Wahlen sollen mehr Kandidaten aufgestellt werden als wählbar sind, können Kandidaten sowohl der KP Chinas wie auch der demokratischen Parteien und der Massenorganisationen aufgestellt werden, und jeder Wahlberechtigte, der von drei Leuten unterstützt wird, kann kandidieren. Das Prinzip der geheimen Wahl ist eingeführt worden. In den ersten Jahren nach der Befreiung der VR China wurde bei Wahlen in den Grundorganisationen meist durch Handzeichen abgestimmt, da die meisten Wähler nicht lesen und schreiben konnten. Dieser Zustand ist heute weitgehend beseitigt, entscheidend ist aber, daß die Klassenkämpfe der letzten Jahre, insbesondere während der Kulturrevolution, neue Erfahrungen gebracht und gezeigt haben, daß diese Methode nicht ausreicht, um den Willen der Massen durchzusetzen. Die Änderungen im Wahlgesetz sind Ergebnis der Erfahrungen des Kampfes gegen Vertreter Lin Biaos und der Viererbande, die die Kulturrevolution benutzen wollten, um die Prinzipien der sozialistischen Demokratie zu beseitigen. Die gegenwärtig durchgeführten Änderungen beinhalten die Abschaffung der Revolutionskomitees, die während der Kulturrevolution als provisorische Organe der politischen Macht geschaffen wurden, zwecks Verhütung der Restauration des Kapitalismus. Die Revolutionskomitees waren sogenannte „Dreierverbindungen von Parteikadern, Armeekadern und Volksmassen" und wurden durch die Tatsache, daß sie teilweise eingesetzt wurden, von Lin Biao und der Viererbande zur
von Lin Biao und der Viererbande zur
politischen Unterdrückung der Massen mißbraucht. Auf Grundlage des Wahlgesetzes werden die „Revolutionskomitees aller Ebenen durch örtliche Volksregierungen ersetzt ... Wenn sich die Revolutionskomitees auch aus Vertretern der Kader, der Armee und der Volksmassen zusammensetzten, wodurch eine Dreierverbindung hergestellt wurde, repräsentierten sie bei weitem nicht so breite Interessen wie die Volkskongresse, die aufgrund allgemeiner Wahlen gebildet werden, und deren Exekutivorgane." (BR 51/79, S. 18)

Mao Zedong hat schon 1956 geschrieben, daß man gegenwärtig darauf achten muß, „die Befugnisse der lokalen Ebenen etwas zu erweitern, ihre Selbständigkeit zu erhöhen und ihnen einen größeren Handlungsspielraum zu geben, immer unter der Voraussetzung, daß die einheitliche zentrale Führung gefestigt werden muß". Auf Grundlage der vier Modernisierungen sollen die örtlichen Machtorgane des Volkes die spezifischen Bedingungen der Regionen und Kreise berücksichtigen bei ihrer Arbeit im Rahmen der zentralen Planung. In diesem Zusammenhang sind die Organisationsformen der Kreisverwaltungen verändert worden: „Von der Kreisebene aufwärts nehmen die Volksregierungen eine dem Staatsrat ähnliche Organisationsform an. Alle Hauptverantwortlichen wie Amts- und Büroleiter sind Mitglieder der örtlichen Volksregierungen. Sie werden nicht von den Verwaltungsorganen höherer Ebenen oder vom Staatsrat ernannt. Über die Ernennung und Absetzung wird von den Ständigen Ausschüssen der Volkskongresse der entsprechenden Ebenen entschieden." (BR 51/79) Mit diesen revolutionären Maßnahmen können die Volksmassen besser den Mißbrauch der Leitungsfunktionen verhindern. Gleichwohl ist die Führung der Kommunistischen Partei gesichert. Sie wird verwirklicht durch die Ausarbeitung und Festlegung der Linie, des Kurses und der Direktiven, durch politische und ideologische Arbeit und durch gutes Beispiel der Parteimitglieder sowie das Festhalten am Marxismus-Leninis-
das Festhalten am Marxismus-Leninis-
mus und den Maozedongideen. Die Aufstellung etwa parteiloser Kandidaten bei Wahlen fördert gerade die Initiative der Parteimitglieder. Gleichzeitig werden zwei Tendenzen bekämpft, die während der Kulturrevolution vorhanden waren. Nämlich, „die Partei macht alles", womit die Initiativen der Massen nicht beachtet wurden und was praktisch dazu geführt hat, daß z.B. der Parteisekretär einer Kreisorganisation eine Ämterhäufung auf sich vereinigte, oder „daß die Führung der Partei verneint wurde", letztlich mit der Absicht, die Partei zu zerschlagen. Im Wahlgesetz ist im weitern ein Abschnitt, der Kontrolle, Abberufung und Nachwahl von Delegierten festlegt durch die Wähler des Wahlkreises.


Der Gesamtproduktionswert der Industrie der VR China wuchs in den ersten 10 Monaten 1979 um 7,4% gegenüber dem Vorjahr 1978. Planziffer ist 8%

Generalstreik in Korsika gegen französische Kolonialherrschaft

z.ans. Zur Aufrechterhaltung ihrer Kolonialherrschaft über das korsische Volk unterhält die französische Bourgeoisie neben den offiziellen Polizeikräften die Terrorgruppe Francia (Neue Aktionsfront gegen die Unabhängigkeit und Autonomie). Korsische Nationalisten haben am Sonntag vergangener Woche zwei Angehörige der Francia in Bastelica in der Nähe der korsischen Hauptstadt Ajaccio festgesetzt. Um eine Pressekonferenz über die Tätigkeit der Francia zu erzwingen, besetzte eine Gruppe von Nationalisten am letzten Mittwoch und Donnerstag vorübergehend ein Hotel im Zentrum Ajaccios und hielt die Hotelgäste gefangen. Die französische Regierung verhängte praktisch den Belagerungszustand und ließ zur Verstärkung ihrer Kolonialtruppen auf Korsika weitere Polizeikräfte aus Toulouse und Bordeaux einfliegen. Die Polizisten fanden sich jedoch selbst von tausenden eingekesselt. Ein Polizist wurde getötet. Daraufhin erschoß die Bereitschaftspolizei CRS aus Rache zwei junge Korsen, mehrere wurden verletzt. 21 politische und gewerkschaftliche Organisationen riefen für Freitag zum Generalstreik in ganz Korsika auf. Er wurde geschlossen befolgt. Die Ladenbesitzer schlossen die Läden, Schüler demonstrierten, die korsischen Fischer blockierten mit ihren Booten die Häfen, um den Fährverkehr nach Frankreich lahmzulegen. Die Protestaktionen wurden unter den Forderungen nach Beendigung der Operationen des Militärs, Freilassung der politischen Gefangenen und Auflösung der Francia durchgeführt.

Zusammenschluß der Reedereien im Südpazifik gegründet

z.cht.Sydney. Im November haben in Sydney zehn Reedereien aus Australien, Neuseeland, Neukaledonien und vom Südpazifischen Forum die Vereinigung der Südpazifischen Reedereien gegründet. Drei weitere aus Neuseeland und Papua-Neuguinea haben sich angemeldet. Die Imperialisten, die bislang über Australien und Neuseeland fast ausschließlich den Schiffsverkehr zwischen den pazifischen Inseln monopolisierten, sehen sich nun gezwungen, sich mit den Inselstaaten über Aufteilung der Linien abzusprechen. Sie mußten die Förderung der Pacific Forum Line als erklärtes Ziel anerkennen. Danach wird die Union Steamship Co. aus Neuseeland den Schiffsverkehr zu den Inseln zugunsten der Pacific Forum Line aufgeben, die jetzt zwei neue Containerschiffe in Betrieb genommen hat.

Malaysia kann Monopol im Kautschuktransport eindämmen

z.mat.Sydney. Malaysia, mit fast der Hälfte der Weltproduktion größter Naturkautschukproduzent der Welt, hat in Verhandlungen mit der Fernostfrachtkonferenz im Dezember die Grundlage legen können für niedrigere Frachtraten bei Kautschuk. Die Fernostkonferenz, ein Zusammenschluß von 32 Reedereien aus 20 Ländern, der von Großbritannien, Holland und Japan kontrolliert wird, hatte schon in den vergangenen zwei Jahren ihren Anteil am Transport von Kautschukballen und Latex in Fässern auf 75% beschränken müssen, transportiert aber noch 100% des Flüssiglatex. Der Versuch Malaysias, durch Gründung

Keine bürgerliche Regierung kann die Probleme der Türkei lösen

z.krk. Als Mao Zedong 1940 die Gesetzmäßigkeiten der neudemokratischen Revolution klärte, war für ihn die Türkei und der dortige Kampf um nationale Unabhängigkeit unter Führung der Bourgeoisie mit Kemal Atatürk an der Spitze das Beispiel dafür, daß in der Epoche des Imperialismus die Entstehung eines unabhängigen *kapitalistischen* Staates nicht mehr möglich ist. Die Türkei war ein Lehrbeispiel für ihn, daß die neudemokratische Revolution nur unter der Führung der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann. Er schrieb: „Ganz davon zu schweigen, daß jene kemalistische Türkei letzten Endes auch nicht umhinkonnte, sich in die Arme der englischen und französischen Imperialisten zu werfen, sich immer mehr in eine Halbkolonie, in einen Bestandteil der reaktionären, imperialistischen Welt zu verwandeln. Unter den heute obwaltenden internationalen Umständen müssen sich die wackeren Recken der Kolonien und Halbkolonien (die nationale Bourgeoisie) entscheiden, ob sie sich in die imperialistische Front einreihen und zu einem Teil der internationalen Konterrevolution werden, oder sich in die antiimperialistische Front einreihen und zu einem Teil der Kräfte der Weltrevolution werden wollen.“

Innerhalb dieses Widerspruchs, dem Imperialismus und den Supermächten einerseits, und der Arbeiterklasse und den Volksmassen andererseits, wird die Bourgeoisie der Türkei auch heute hin und hergerissen. An demselben Tag, dem 14. Oktober 1979, an dem sich die Republikanische Volkspartei Ecevits gezwungen sah den Ausnahmezustand in 19 Städten und Provinzen zu verlängern, fanden Teil- und Nachwahlen zum Parlament statt. Sie endeten mit dem Sieg der Gerechtigkeitspartei Demirels. Inflation, Verschuldung, die schlechte Versorgungslage mit Waren des alltäglichen Bedarfs und die offen aufbrechenden Klassenkämpfe brachen Ecevit das Genick. In den zweieinhalb Monaten der Koalitionsregierung von Gerechtigkeitspartei und den zwei faschistischen Parteien von Erbakan und Türkes hat sich an dieser Lage nichts gändert. „Im politischen Guerillakampf liegt der Durchschnitt z.Z. bei 8 Toten täglich“ (FAZ, 4.1.80). Die Arbeiter sind nicht bereit die Folgen der Inflation (sie liegt nach verschiedenen Schätzungen im letzten Jahr zwischen 60 und 100%) hinzunehmen. Zu Beginn des Jahres standen 65 Betriebe im Streik, mehrere schon seit über einem Jahr, darunter Textilfabriken, Druckereien, mehrere Hotels, eine Reihe von Stadtverwaltungen, Schlachthöfe usw. Sie setzen damit die Kampfaktionen von 1979 fort, als insgesamt 21000 Arbeiter streikten (1978 waren 1,905 Mio. Arbeiter in der Industrie beschäftigt) an 2 Mio. Streiktagen.

1978 hatte die Zahlungsbilanz ein Defizit von 2311 Mio. $, 1979 waren Kreditrückzahlungen von 1,8 Mrd. $ fällig. Die USA und die westlichen Imperialisten erzwangen seit 1970 Jahr für Jahr die Abwertung der Lira, 1978 gleich zweimal, um 15 und um 33%, 1979 um 43,5%, letzteres als Bedingung für Weggabe eines neuen IMF-Kredits. An der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere sind die großen ausländischen Monopole unmittelbar schuld. Da die Türkei nicht zahlen konnte, haben sie die Lieferungen gesperrt, hauptsächlich die von Rohstoffen und Heizmaterial. Betriebe können nicht mit voller Kapazität arbeiten, manche mußten geschlossen werden, es gibt kein Benzin, kein Diesel für die Traktoren, Flächenabschaltungen von Strom müssen vorgenommen werden. In den Läden fehlen Kaffee, Speiseöl und Glühbirnen. Die Lebenshaltungskosten sind seit 1963 in Ankara um 724%, in Istanbul um 876% gestiegen.

In dieser Lage griff im Januar, zum dritten mal in der Nachkriegsgeschichte der Türkei, die Militärführung direkt in die politische Leitung des Landes ein und forderte die Regierung Demirel und sämtliche zugelassenen Parteien auf, „das Land aus der Sackgasse herauszuführen und drohende Gefahren abzuwenden“. Die Antwort der zwei großen Parteien war, daß sie eine Koalition der inneren Sicherheit zu bilden bereit sind.

Die Republikanische Volkspartei ist 1946 von Atatürk gegründet worden, die Gerechtigkeitspartei, damals noch Demokratische Partei, ist eine Abspaltung derselben. Die RVP kennt in ihrem Programm weder Klassen noch Klassenkampf an und erklärt sich ausdrücklich dagegen. Sie behauptet die Interessen sämtlicher Klassen und Schichten zu vertreten. Die Großgrundbesitzer und Kompradoren in diese nationale Einheitsfront aufzunehmen ist Ausdruck der schwankenden Haltung der nationalen Bourgeoisie im antiimperialistischen Kampf. Mit der Verstärkung der Volksbewegung und des imperialistischen Drucks mußte diese Einheit zerbrechen. Heute stützt sich die RVP hauptsächlich auf den verstaatlichten Sektor der Industrie (⅓ der Industrie insgesamt) und auf das kleinere und mittlere Industriekapital, die von der imperialistischen Konkurrenz gebeutelt wird. Über die Tradition des Befreieungskampfes hat die RVP eine Basis in der Armee und kann ideologisch Teile der Arbeiterklasse binden. Die Gerechtigkeitspartei steht in Bündnis mit dem Großgrundbesitz und über das Festhalten an den religiösen und kulturellen Traditionen des Landes kann sie vor allem Teile der Bauern ideologisch binden. Die faschistisch-großosmanischen Parteien erringen ihre Massenbasis mit dem Hinweis auf den alten Glanz der Türkei und ihrer scheinbaren Opposition zu den Supermächten. In Wirklichkeit vertreten sie die feudalen Interessen der Großgrundbesitzerklasse und verstärken damit die Abhängigkeit vom Imperialismus. Man sieht aber: der Widerspruch zwischen den beiden großen Parteien ist keineswegs grundlegend und wenn es um die Bekämpfung der Arbeiterklasse geht, liegt ihr Bündnis direkt auf der Hand.

1950 betrieb die Demokratische-Partei-Regierung von Menderes die Festbindung der Türkei an die NATO, schickte Truppen nach Korea an der Seite der USA und erließ 1954 das Gesetz No. 6224 zur Förderung ausländischer Investitionen. Zwischen 1950 und 1960 hatte sie 31 bilaterale Verträge mit den USA abgeschlossen, die ihnen Stützpunktrechte, Zollprivilegien usw. sicherten. Als Mai 1960 die Außenministertagung der NATO in Istanbul zusammentreten sollte, kam es zu so machtvollen Anti-US und -NATO-Demonstrationen, daß das Kriegsrecht verhängt werden mußte. Als sich die Regierung Menderes als machtlos erwies, übernahm das Militär die Macht. Es brachte erneut die Kemalisten in die Regierung, ließ eine neue Verfassung verabschieden, die eine Reihe demokratischer und Arbeiterrechte enthielt und auch das Versprechen, eine Bodenreform durchzuführen. Wirtschaftlich wollte die Bourgeoisie die Lage zur Mobilisierung der nationalen Ressourcen und der Verringerung der Auslandsabhängigkeit nutzen, was jedoch nicht stattfand. 1970 waren es die Streikkämpfe und Demonstrationen der Arbeiter gegen reaktionäre Gewerkschaftsgesetze, die Rebellion junger Offiziere innerhalb der Armee, die Entstehung revolutionärer Organisationen, bewaffnete Aufstände auf dem Lande und die wieder aufflammenden Kämpfe der Kurden, die die Regierung Demirel stürzten. Die Bourgeoisie ließ erneut die Armee die Macht übernehmen, die Volksbewegung niederschlagen, versuchte aber erneut die Macht der ausländischen Monopole im Land einzuschränken. Die Erschließung der Bodenschätze wurde unter staatliche Kontrolle gestellt, der ausländische Kapitalanteil sollte bei keinem Unternehmen 50% übersteigen.

Unter dem Druck des Imperialismus sucht die Türkei in der letzten Zeit verstärkt das Bündnis der Länder der dritten Welt. Die Beziehungen zu Rumänien und den Iran wurden wirtschaftlich und politisch intensiviert, ein PLO-Büro wird in Ankara eröffnet. Gleichzeitig ist nach zähen Verhandlungen ein neues Abkommen über Stützpunktrechte mit den USA abgeschlossen worden, das die Regierung nicht nur den türkischen Volksmassen sondern den Ländern der dritten Welt gegenüber ebenfalls wird vertreten müssen. Ob ihr das gelingt ist nun erneut die Frage.

Mit dem Einmarsch türkischer Truppen in Zypern bewahrheitete sich der Ausspruch Atatürks, daß jede Expansion der Türkei nur auf Kosten der nationalen Unabhängigkeit gehen kann. Die Notwendigkeit einer großen Armee und die Kriegskosten erhöhen seitdem Jahr für Jahr die Auslandsverschuldung, von der militärischen Abhängigkeit ganz zu schweigen.





Nur noch mittels des Ausnahmezustandes konnte die Republikanische Volkspartei Ecevits die Regierungsgeschäfte führen. In den Klassenkämpfen des vergangenen Jahres gab es über 2000 Tote.

Parlamentswahlen in Indien: Niedrigste Wahlbeteiligung seit über 20 Jahren

z.rül. 1977 brachten die indischen Arbeiter und Bauern in erbitterten Kämpfen das von den Imperialisten, zum Schluß vor allem den Sozialimperialisten gestützte Notstandsregime unter Indira Gandhi zu Fall. Wenn es nach der bürgerlichen Presse geht, haben sie es jetzt wiedergewählt, ihm sogar eine ⅔-Mehrheit im Parlament verschafft. Und warum? „Recht und Ordnung“ sei die Parole des „Mannes auf der Straße“ gewesen, deshalb habe er Indira Gandhi gewählt. „Nahezu anarchische Zustände in weiten Sektoren der Gesellschaft und Wirtschaft würden jetzt enden“, meldet die FAZ.

Tatsächlich hat die Kongreßpartei zwar die ⅔-Mehrheit im Parlament gewonnen, aber gegenüber den Wahlen 1977 erhielt sie keine Stimmen mehr. 42% der Stimmen bekam sie bei den diesjährigen Wahlen bei einer Wahlbeteiligung von 50%, der niedrigsten seit

fand sie dabei vor allem unter den klei-
teiligung von 50%, der niedrigsten seit

über 20 Jahren. 1977 hatte sie 35% erhalten, bei 60% Wahlbeteiligung. Beide Male wählten sie also nur 21% der Wahlberechtigten. Ihren Wahlsieg verdankt sie allein dem Zerfall der Janata-Koalition, die im letzten Herbst an den Kämpfen der Arbeiter und Bauern zerbrochen war.

Mit wachsenden Steuern und bei steigender Inflation hatte die Janata-Regierung die Verelendung der Lohnabhängigen, der kleinen Händler, Handwerker und Bauern beschleunigt, während Imperialisten und Großgrundbesitzer die Bauern von ihrem Land vertrieben, das Heer der landlosen Bauern auf dem Land und der Arbeitslosen in den Städten vergrößerten und weiterhin auf alle Streiks der Arbeiter mit wilder Unterdrückung reagierten.

Das Programm der Kongreßpartei Indira Gandhis ist populistisch: „Gegen die Schwarzmarkthändler, die Wucherer, gegen die Inflation und für Recht und Ordnung.“ Unterstützung fand sie dabei vor allem unter den kleinen Beamten und dem Millionenheer der Lohnabhängigen im Staatsapparat, der kleinen Händler und Handwerker in den Städten, sowie bei einem Teil der Bauern. Und auch wenn die niedrigste Wahlbeteiligung keine gemütliche Lage für die Regierung und die Imperialisten schafft, so zeigt sie doch eine gefährliche Spaltung zwischen Arbeitern und Bauern. Denn die Masse der Bauern hat diesmal überhaupt nicht gewählt. In vielen ländlichen Gebieten lag die Wahlbeteiligung gerade bei 30%. Wesentlich höher lag sie dagegen in den Städten. Und die Revisionisten von der CPI und der CPI (M) konnten ihren Einfluß unter den Industriearbeitern ausbauen. Diese Spaltungslinien wollen die Imperialisten verschärfen, der „Kampf gegen die Inflation“ kommt ihnen da gerade recht. Am lautesten haben gleich die Sozialimperialisten gratuliert. Sie machen sich erneut Hoffnungen, sich über ihren Einfluß im Staatsapparat und über die Revisionisten festsetzen zu können.



Protestdemonstrationen gegen Preissteigerungen. Die offizielle Inflationsrate beträgt z.Zt. über 20%.

einer gemeinsamen Reederei mit der Sowjetunion für die übrigen 25% eine wirkungsvolle Konkurrenz zu schaffen, schlug fehl, weil die Sowjetunion trotz mehrfacher Versprechungen die dafür nötigen modernen Schiffe nicht zur Verfügung stellte und im Mai 1979 den Transport einseitig abbrach, um Tonnage für Transporte nach Vietnam freizubekommen. Jetzt ist der Anteil der Konferenz auf 60–70% bei Kautschukballen und 88% bei Flüssiglatex beschränkt worden. Zur Zeit laufen Verhandlungen mit der chinesischen Reederei Cosco aus Guangdong, die bereits einen regelmäßigen Europadienst mit modernen Schiffen aufgebaut hat. Sieben seiner 21 Tankschiffe hat Cosco bereits zugesagt.

Mexiko: Weitere Plünderung der Massen durch Mehrwertsteuer

z.rua. Schulden von über 22,5% des Staatshaushaltes mußte Mexiko jährlich an die Imperialisten zurückzahlen. Zum 1.1.1980 hat die Regierung eine 10%ige Mehrwertsteuer in Kraft gesetzt. Prompt stiegen als erstes die Preise für Fleisch und Zigaretten um 14%. Während alle für die Reproduktion der Volksmassen notwendigen Waren dem vollen Steuersatz unterliegen, gelten in den Freihandelszonen an der Grenze zu den USA nur Steuersätze von 6%. Gänzlich von der Mehrwertsteuer befreit sind Treib- und Brennstoffe, Exportprodukte, Maschinerie und Ausrüstungen. Die kapitalistischen Gesellschaften und Plantagenbesitzer, die Maschinerie und Exportprodukte herstellen, erhalten von der Regierung Vorzugskredite; für ausgelegte Mehrwertsteuer erhalten sie monatliche Rückzahlungen. Die Mehrwertsteuer ist voll auf die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter, kleinen Bauern und Händler gerichtet. Bei einer offiziellen Inflationsrate von 19% stiegen 1979 die Bruttolöhne maximal um 18%. Über die progressive Besteuerung des Lohns hat die Regierung 1979 aus den Arbeitern 81% mehr Geld eingetrieben als 1977. Die kleinen Händler sollen die Mehrwertsteuer nicht nur zahlen, sie sollen auch zu Steuereintreibern gegenüber den Volksmassen werden. Die Buchführung wurde für sie gesetzlich zur Pflicht gemacht, monatlich müssen sie mit den Steuerbehörden abrechnen. Gegenwärtig laufen in den meisten Betrieben die Tarifverträge aus. Der Kampf gegen die Senkung des Lohnstandards wird organisiert. Bereits 1969 ist die Einführung der Mehrwertsteuer am Kampf der Volksmassen gescheitert.

El Salvador: Militärjunta am Widerstand auseinandergebrochen

z.dab. Die von den US-Imperialisten am 15.10.1979 im Austausch gegen das verhaßte Romero-Regime an die Macht gehievte Militärjunta hat ihren Zweck, den Volkswiderstand zu befrieden, nicht erfüllt. Nach dem Rücktritt der drei zivilen Mitglieder der fünfköpfigen Junta und der 12 von 13 Ministern am 3.1. soll jetzt innerhalb von drei Tagen eine neue Regierung eingesetzt werden. Der Rücktritt geschah angeblich aus Protest, weil das Militär die versprochenen „sozialen und demokratischen“ Reformen nicht eingehalten hat. Und wie sahen diese aus? Das Militär hatte als ersten Punkt in ihrem Programm den „extremistischen Organisationen“, dem Revolutionären Volksblock, BRP, den Kampf angesagt. Es hat das Privateigentum als Eckpfeiler der Kompradorenbourgeoisie garantiert und die Unterwerfung unter den US-Imperialismus mit der Garantie aller ausländischen Verträge sanktioniert. Forderungen wie die Amnestie aller politischen Gefangenen, das Recht auf politische und gewerkschaftliche Betätigung sowie Lohnerhöhungen haben sich die Volksmassen erkämpft. Der Revolutionäre Volksblock hält z.Z. drei Radiosender besetzt und ruft zum Sturz der Junta auf. Mit einem Angriff auf die Nationalgarde unterstreicht er die Forderung nach deren Auflösung.

Kronzeuge: Kaum eingeführt, „bewährt“ er sich schon

z.ulg.Rom. Die Prämie war noch keine Woche ausgesetzt, da hat sie schon gewirkt. Am 16.12. war das Dekret der italienischen Regierung in Kraft getreten, mit dem Kronzeugen in Sachen „Terrorismus und Umsturz der demokratischen Ordnung“ Strafmilderung um die Hälfte versprochen wurde. Am 21.12. reichte es schon zu einer neuen Verhaftungswelle. Hilfreich bei der Ausstellung der neuen Haftbefehle war ein gewisser Prof. Fioroni, wegen der Entführung und Ermordung eines eigenen Genossen zu 26 Jahren Haft verurteilt. Dieser Fioroni lieferte auch eine Räuberpistole zur Stützung der arg windigen Anklage gegen die am 7. April verhafteten Führer der spontaneistischen „Arbeiterautonomie“. „Gipfeltreffen“ zwischen dem „Autonomen“ Negri und Curcio von den Roten Brigaden, an denen er selbst als „Adjutant“ Negris teilgenommen habe; gemeinsame Entführungsunternehmen mit der Mafia zwecks Geldbeschaffung usw. Für die nötige Publicity sorgte ein „Leck“, durch das die Vernehmungsprotokolle Fioronis ihren Weg in die bürgerliche Presse fanden. Fioronis Aussagen sollen helfen, die „Autonomen“ wegen „Vorbereitung des bewaffneten Aufstands“ und „subversiver Vereinigung“ auf Jahre ins Gefängnis zu bringen. Ein solches Urteil einmal fabriziert, ist das Kalkül, kann man künftig auch ohne Fioronis auskommen. Nach dem Strafgesetzbuch reicht zur Verurteilung aus, einer Vereinigung anzugehören, die „die gewaltsame Errichtung der Diktatur einer sozialen Klasse über die anderen anstrebt.“

Erklärung des Kongresses des Ständigen Ausschusses der Versammlung der Vertreter des kampucheanischen Volkes, der Regierung des Demokratischen Kampuchea, der Vertreter der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea und der verschiedenen Regierungsabteilungen

Ein Kongreß des Ständigen Ausschusses der Versammlung der Vertreter des kampucheanischen Volkes, der Regierung des Demokratischen Kampuchea, der Vertreter der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea und der verschiedenen Abteilungen der Regierung wurde unter dem Vorsitz von Khieu Samphan, Präsident des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea, feierlich am 15., 16. und 17. Dezember 1979 durchgeführt. Auf dieser dreitägigen Versammlung hat der Kongreß einmütig die allgemeine Lage unseres Landes in dem vergangenen Jahr 1979 eingeschätzt, die neue politische Strategie des Demokratischen Kampuchea klar festgelegt und außerdem beschlossen, die Zusammensetzung der Regierung des Demokratischen Kampuchea wie auch aller anderen Staatsorgane zu verbessern, um die neue politische Strategie zu verwirklichen mit dem Ziel, den Sieg über die Le-Duan-Clique, die Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Völkermörder an der kampucheanischen Nation zu erringen.

I
Die allgemeine Situation des Landes während des vergangenen Jahres 1979 im Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Völkermörder

1. Nachdem ihre expansionistische Strategie, Kampuchea in ihre Indochinesische Föderation zu integrieren, wiederholt gescheitert ist, durch die aufeinanderfolgenden Niederlagen erst ihrer süßlichen Manöver, Kampuchea auf die stille Tour zu verschlingen, dann nach der Niederlage ihrer gewaltsamen Politik des Angriffs auf unsere Grenzen und der Beschlagnahme unserer Inseln und der Territorialgewässer des Demokratischen Kampuchea, nach der Niederlage ihrer sechs Versuche, durch einen Putsch die Führung des Demokratischen Kampuchea zu vernichten, und nach der Niederlage ihrer diplomatischen Betrugsmanöver, die über ihre aggressive, expansionistische und auf Landraub abzielende Strategie hinwegtäuschen sollten, begann die Le-Duan-Clique Ende 1977 mit 14 Divisionen ihren ersten großangelegten Angriff auf das Demokratische Kampuchea. Aber dieser erste großangelegte Angriff der Le-Duan-Clique ist am 6. Januar 1978 durch die Nationale Armee des Demokratischen Kampuchea und das Volk von Kampuchea, die sich wie ein Mann unter der Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea zusammengeschlossen haben, zum Scheitern gebracht worden.

zum Scheitern gebracht worden.

2. Auf Grund der Erfahrung des wiederholten Scheiterns ihrer Strategie der Aggression und des Landraubs in Kampuchea hat die Le-Duan-Clique daraufhin begonnen, die Strategie anzuwenden, auf einen Schlag Phnom Penh und ganz Kampuchea anzugreifen und in Besitz zu nehmen. Die Strategie „Blitzangriff, Blitzsieg" sollte die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea auf einen Schlag vernichten und dadurch jeden Widerstand sowohl durch die Kräfte des Demokratischen Kampuchea wie auch durch die internationale Meinung verhindern. Die Le-Duan-Clique ging davon aus, daß die Weltmeinung nichts unternehmen könnte, sobald sie von ganz Kampuchea Besitz ergriffen hätte. Aus diesem Grund hat sie alles unternommen, um gewaltige Kräfte zu mobilisieren, die aus Elitetruppen bestanden und mit einer Unmasse von sowjetischen Panzern und Artillerie ausgerüstet waren, und begann am 25. Dezember 1978 mit einer noch weitaus größeren Offensive. Das Kräfteverhältnis betrug zu jener Zeit auf jedem Schlachtfeld im ganzen Land 6–7 vietnamesische Aggressionssoldaten auf einen Kämpfer des Demokratischen Kampuchea.

Diesem Plan zufolge sollten die Hauptstadt Phnom Penh und das ganze Demokratische Kampuchea spätestens Ende Januar 1979 erobert sein. Dieser Plan wurde direkt durch das Politische Komitee der Le-Duan-Clique mit Unterstützung von Tausenden von sowjetischen und kubanischen Beratern und Experten durchgeführt.

3. Worin bestehen die Ergebnisse der Strategie „Blitzangriff, Blitzsieg" der Le-Duan-Clique?

Erstens: Die vietnamesischen Aggressoren haben erfolgreich Phnom Penh eingenommen.

Zweitens: Sie haben verschiedene Provinzen von Kampuchea überrannt.

Drittens: Sie haben die Wirtschaft der Nation und des Volkes von Kampuchea geplündert und vollständig zerstört.

Viertens: Sie haben durch Einsatz aller Mittel mehrere Millionen Kampucheaner vernichtet.

Fünftens: Sie haben eine Anzahl von Streitkräften des Demokratischen Kampuchea vernichtet, vor allem in der ersten Phase ihrer Offensive in der Trockenzeit 1979.

Das sind die Ergebnisse, die die Vietnamesen erzielt haben.

Aber mit ihrer Strategie „Blitzangriff, Blitzsieg" sind sie gescheitert.

griff, Blitzsieg" sind sie gescheitert.

Der Krieg dauert an, und die Vietnamesen sind gezwungen, ihre eigenen Truppen einzusetzen. Infolgedessen wird die Le-Duan-Clique in die Strategie des langandauernden Kampfes der kampucheanischen Armee und des kampucheanischen Volkes hineingezogen.

Tatsächlich bestand der Krieg während des Jahres 1979 aus den folgenden verschiedenen Phasen:

Am 25. Dezember 1978 begann die Le-Duan-Clique ihre Offensive gegen das Demokratische Kampuchea. Am 7. Januar 1979 brach die Clique in ohrenbetäubendes Triumphgeheul aus. Sie war der Meinung, nun bestimmt die Herrschaft über das ganze Territorium von Kampuchea zu haben. Aber der Volkskrieg des kampucheanischen Volkes ging weiter, heftiger als zuvor. Die Armee und das Volk von Kampuchea setzten heldenmütig den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Völkermörder fort, sowohl durch große als auch kleine Angriffe führten.

Deshalb war der vietnamesische Feind von Ende Januar bis Ende Februar immer noch nicht in der Lage, Kampuchea zu kontrollieren. Und was schlimmer ist, er mußte weitere zehntausende Truppen als Verstärkung heranschaffen, um weitere Städte, Provinzhauptstädte, strategische Landstraßen und flache ländliche Gebiete zu erobern. Aber der Volkskrieg des kampucheanischen Volkes ging immer noch weiter, im ganzen Land, in der Umgebung von Phnom Penh, in verschiedenen Provinzen, auf den wichtigen strategischen Landstraßen und ebenso in den flachen ländlichen Gebieten. Im April 1979 war der vietnamesische Feind gezwungen, neuerlich zehntausende Truppen heranzuschaffen, um die entfernteren ländlichen Gebiete der Ebene und die gebirgigen Gebiete von Kampuchea zu erobern. Ungeachtet dessen ging der Volkskrieg des Volkes von Kampuchea trotzdem weiter, in jeder Provinz, in jedem Distrikt, im ganzen Land.

4. In der letzten Regenzeit haben wir auf Grund der Erfahrungen unseres Kampfes während der letzten Trockenzeit die Linie des Guerillakrieges angewandt, mit Guerillaangriffen als grundlegender Form und Kommandoangriffen und Vernichtungsschlägen als zusätzlichen Formen des Kampfes. Auf diese Weise waren wir in der Lage, unsere Kräfte zu bewahren. Die vietnamesischen Feinde waren kaum in der Lage, uns direkt Schläge zu versetzen, während wir umgekehrt in der Lage waren, ihnen direkt Schläge zu versetzen. Wir konnten beständig die vietnamesischen Truppen erschöpfen und

mesischen Truppen erschöpfen und

vernichten.

Von Januar bis Ende September 1979 haben wir dem vietnamesischen Feind 70000 Verluste beigebracht. Während der Trockenzeit haben wir ihm 40000 Verluste beigebracht, und im Verlauf der Regenzeit 1979 haben wir ihm weitere 30000 Verluste beigebracht. Zusätzlich hat der Feind große Verluste infolge verschiedener Krankheiten, vor allem Malaria, erlitten. Daneben ist die Kampfmoral der Soldaten der Le-Duan-Clique äußerst schnell gesunken. An die zehntausend Soldaten sind desertiert, sie sind entweder zurück in ihr eigenes Land geflohen oder ins Ausland, oder sie haben sich bewußt festnehmen lassen, indem sie sich weigerten zu kämpfen.

Kurz gesagt, während der Trockenzeit 1979 hat die vietnamesische Strategie „Blitzangriff, Blitzsieg" eine vollständige Niederlage erlitten. Und ihr Plan, unsere Armee und unsere Guerillas in der Regenzeit 1979 auszulöschen, hat ebenfalls eine vollständige Niederlage erlitten.

5. Nun haben wir seit fast drei Monaten die Trockenzeit 1979/80. Wie ist die militärische Lage zwischen dem vietnamesischen Feind und uns?

Zu Beginn der gegenwärtigen Trockenzeit hat der vietnamesische Aggressor die erste Phase seiner Offensive durchgeführt mit dem Ziel, unsere Armee und unsere Guerillas im Oktober und November auszulöschen. Vor allem in der Nordostregion und in der Zentralregion Kampucheas mußten sie unsere Kräfte endgültig vernichten, um ihre Truppen von dort abziehen und anschließend, in der nächsten Phase ihrer Offensive, im Dezember 1979 und Januar 1980, unsere Kräfte im Westen Kampucheas vernichten zu können. Um die erste Phase ihrer Offensive durchzuführen, setzten die vietnamesischen Aggressoren vier Divisionen in der Nordostregion ein, einschließlich mehrerer hundert Panzer, und gleichzeitig vier Divisionen in der Zentralregion. Ebenfalls im Oktober und November 1979 führten die vietnamesischen Aggressoren eine weitere Großoffensive im Westen Kampucheas durch. Zuallererst ist das Schlachtfeld Phnom Malay und Pailin. Darüberhinaus Koh Kong und Kompong Som, und schließlich Pursat, Kompong Chhnang und Aural.

Zusätzlich zu den oben genannten Schlachtfeldern haben die vietnamesischen Aggressoren weitere Schlachtfelder eröffnet, in Thmar Puok, Samlaut, den Cardamon-Bergen in der Westregion, der Südwestregion und der Ostregion.

Worin bestehen nun die Ergebnisse des vietnamesischen Plans?

In der ersten Phase ihrer Trockenzeitoffensive im Oktober und November haben die vietnamesischen Aggressoren einen grundlegenden Fehlschlag erlitten, weil sie ihr Ziel, unsere Kräfte auszulöschen und die Nordostregion und die Zentralregion unter ihre Kontrolle zu bringen und ihre Truppen in den Westen abziehen zu können, nicht erreicht haben. Im Gegenteil werden die feindlichen Streitkräfte jetzt auf jedem Kampfplatz im ganzen Land mehr und mehr zum Stehen gebracht.

Gegenwärtig erstrecken sich unsere Schlachtfelder, auf denen wir kraftvoll die vietnamesischen Feinde bekämpfen, in einem Stück von Koh Kong, Kompong Som, den Cardamon-Bergen, Samlaut, Pailin, Malay, Thmar Puok, der Nordregion, der Zentralregion bis zur Ostregion. Gleichzeitig führen wir Guerillaaktionen überall im ganzen Land durch. So ist unser Gue-

ganzen Land durch. So ist unser Gue-

rillakrieg in der Lage, die vietnamesischen Aggressoren anzugreifen, zum Stehen zu bringen und ihre Streitkräfte zu erschöpfen. In der vergangenen Regenzeit haben wir unsere Ziele erreicht und täglich dem Feind 200 bis 300 Verluste zugefügt. Und zum Beginn der gegenwärtigen Trockenzeit, in den Monaten Oktober und November 1976, haben wir die Zahl der täglichen Verluste des Feindes von 300 auf 350 erhöht.

Die militärische Lage zeigt deutlich, daß die Aussichten für die Le-Duan-Clique äußerst düster sind.

Die Absicht der Le-Duan-Clique, den Krieg durch den Krieg zu ernähren, ist vollständig gescheitert. Es ist eine Tatsache, daß sie nicht vermocht hat, zwangsweise Kampucheaner zu rekrutieren, damit sie an ihrer Stelle sterben. Sie muß in jeder Hinsicht vollständig die Vietnamisierung des Krieges durchführen.

Darüberhinaus steht die Le-Duan-Clique vor wachsenden Schwierigkeiten auf allen Gebieten. Die Wirtschaft Vietnams ist ein Chaos. Die Le-Duan-Clique hat offiziell erklärt, daß sie in diesem Jahr ein Defizit von 4,5 Millionen Tonnen Nahrungsmitteln habe. Aber, inoffiziell, wieviel weitere Millionen Tonnen Nahrungsmitteln fehlen denn wirklich? Sie betteln überall herum, um die Leute in ihrem eigenen Land zu ernähren, und auch, um ihren Aggressions-und Expansionskrieg sowohl in Kampuchea wie auch in Laos zu versorgen. Ihre Aussichten sind also nicht gut.

Auf internationalem Gebiet stinkt die Le-Duan-Clique bereits wie ein Leichnam. Tatsächlich zeigt die Resolution der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. November 1979, die mit 91 gegen 21 Stimmen angenommen wurde und die den Abzug aller vietnamesischen Aggressionstruppen aus Kampuchea verlangt, klar die einmütige Verurteilung des Aggressions- und Vernichtungskrieges der Le-Duan-Clique gegen das kampucheanische Volk durch die ganze Welt und die ganze Menschheit. Niemals werden die Vietnamesen all diese Schwierigkeiten überwinden können. Die Le-Duan-Clique ist zu vollständiger Vernichtung verurteilt. Die Le-Duan-Clique steht vor immer größeren Schwierigkeiten auf jedem Gebiet. Vor allem auf militärischem Gebiet, welches von entscheidender Bedeutung ist, um sich Kampuchea einzuverleiben, ist sie in eine Sackgasse geraten.

Hartnäckig und arrogant unternimmt sie alles, um ihren Spezialkrieg der nationalen Vernichtung gegen Kampuchea weiter zu eskalieren.

Weil sie auf militärischem Gebiet in eine Sackgasse geraten ist und auf keinen Fall das kampucheanische Volk unter Kontrolle bringen kann, unternimmt die Le-Duan-Clique alles, um das unschuldige Volk von Kampuchea in einer äußerst barbarischen und äußerst faschistischen Weise auszulöschen.

Sie bedient sich dabei dreier Methoden:

– erstens: sie benutzt alle Arten militärischer Waffen;

– zweitens: sie vernichtet unsere Wirtschaft, unsere Nahrungsmittel, unsere Produktionsmittel und hungert unser Volk zu Tode;

– drittens: sie benutzt giftige Chemikalien.

In einer solchen Lage ist der vietnamesische Aggressionskrieg gegen Kampuchea nicht ein gewöhnlicher Krieg der Aggression, der Expansion und des Landraubs. Er ist ein Spezialkrieg zur

der Aggression, der Expansion und des Landraubs. Er ist ein Spezialkrieg zur

Auslöschung der kampucheanischen Nation, Ausdruck eines unvorstellbaren Faschismus, der weitaus barbarischer ist als zur Zeit Hitlers.

Durch ihre durch und durch kriminelle Politik der nationalen Ausrottung in Kampuchea haben sie bislang mehr als zwei Millionen Kampucheaner grausam ermordet, und sie vernichten tagtäglich weitere tausende Angehörige unseres Volkes, wobei sie alle Arten von Waffen einsetzen, um massenhaft, in ganzen Dörfern, unsere Landsleute zu ermorden, indem sie sie zu Tode hungern oder durch Anwendung giftiger Chemikalien. Und was die humanitäre Hilfe angeht, die der ganzen Menschheit von überall her auf der ganzen Welt gesandt hat, um das kampucheanische Volk zu retten, so ist diese vollständig durch den vietnamesischen Feind geplündert worden, der diese Hilfe nutzt, um seine eigenen Truppen zu stärken und seinen Spezialkrieg der nationalen Vernichtung Kampucheas fortzusetzen. Dadurch tritt der vietnamesische Feind die









An den Musiktagen 1979/80 der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten, die unter den Losungen „Unterstützung des gerechten Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea" und „Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen aus Kampuchea" durchgeführt wurden, nahmen über 9200 Personen teil. Am 5. und 7. Januar 1980 fanden in einigen Städten Demonstrationen mit insgesamt 1500 Teilnehmern statt. Über 100000 DM wurden zur Unterstützung des Widerstandskrieges des kampucheanischen Volkes bis zum 7. Januar 1980 für

Großzügigkeit von Hunderten Millionen von Spendern auf der ganzen Welt schamlos und arrogant mit Füßen.

II
Die neue politische Strategie der Regierung des Demokratischen Kampuchea im Innern und nach außen

1. Heute, wo unser geliebtes Kampuchea Opfer der lodernden Flammen geworden ist, die die Le-Duan-Clique entfacht hat, wo Volk und Nation von Kampuchea durch den völkermörderischen Krieg der Le-Duan-Clique von Vernichtung bedroht sind, besteht unsere gegenwärtige Aufgabe nicht mehr darin, die sozialistische Revolution durchzuführen und den Sozialismus aufzubauen. Unser derzeitiger Kampf ist kein ideologischer Kampf, sondern ein Kampf für die Verteidigung des Territoriums und der Nation unseres geliebten Kampuchea. Es ist die große und geheiligte Aufgabe der ganzen Nation und des Volkes von Kampuchea, entschlossen gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Völkermörder zu kämpfen, bis sie vollständig aus Kampuchea entfernt worden sind. Das ist die strategische Aufgabe von uns allen in dieser neuen historischen Periode unseres Landes, die durch den antagonistischen Widerspruch zwischen uns und den vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräubern und Völkermördern bestimmt ist.

2. Um diese neue strategische Aufgabe zu erfüllen, müssen wir alle Kräfte der gesamten kampucheanischen Nation und des kampucheanischen Volkes sowohl im Innern wie im Ausland in einer Front der großen nationalen Einheit des Volkes von Kampuchea zusammenschließen, die mit allen Mitteln gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Völkermörder aus Kampuchea kämpft, bis sie vollständig aus Kampuchea vertrieben worden sind.

Entsprechend dieser Lage, dieser neuen strategischen Aufgabe und der Notwendigkeit, alle Kräfte in einer großen Einheit der gesamten Nation und des Volkes von Kampuchea zusammenzuschließen, und nach vielen Monaten der Diskussion im Volk und mit verschiedenen politischen Gruppierungen hat die Regierung des Demokratischen Kampuchea den Entwurf eines Politischen Programms der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit von Kampuchea vorgelegt. Jedes Mitglied der kampucheanischen Nation, ob er sich dieser Front anschließt oder nicht, ist der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit von Kampuchea und der Regierung des Demokratischen Kampuchea herzlich willkommen und wird von ihnen unterstützt, wenn er die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Völkermörder in welcher Form auch immer bekämpft. Die einzige Bedingung, die er erfüllen muß, ist, daß er in irgendeiner Form am Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Völkermörder teilnimmt, bis sie vollständig aus Kampuchea entfernt worden sind.

Gleichzeitig benötigen die Patriotische und Demokratische Front der Großen Nationalen Einheit Kampucheas und die Regierung des Demokratischen Kampuchea in der Erfüllung ihrer Aufgabe der Verteidigung und des Erhalts unseres Landes, unseres Volkes und unserer Nation gegenwärtig die Unterstützung, Hilfe und Zusammenarbeit aller Länder der ganzen Welt, unabhängig von ihrer politischen Richtung, ihrer Ideologie und ihrem Glauben. Dies gilt für die Gegenwart wie auch für die weitere Zukunft.

Derzeit, wo die schiere Existenz der Nation und des Volkes von Kampuchea mit der Vernichtung bedroht ist, sind wir darauf angewiesen, daß alle Länder der Welt ihre Kräfte mit uns zusammenschließen, um Druck auf die Le-Duan-Clique auszuüben und sie zu zwingen, alle ihre Aggressionstruppen aus Kampuchea abzuziehen, damit das kampucheanische Volk selbst über die Zukunft seines eigenen Landes entscheiden kann, selbst seine Regierung wählen und seine Regierungsform in allgemeinen und freien Wahlen mit direkter und geheimer Abstimmung unter der Aufsicht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen oder seines Vertretes selbst bestimmen kann.

Auch in Zukunft werden wir die Unterstützung, Hilfe und Zusammenarbeit aller Länder der ganzen Welt brauchen, die die Nation und das Volk von Kampuchea unterstützen, ihm beistehen und seine Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität verteidigen.

Aufgrund der Erfahrungen, die das Volk von Kampuchea im Laufe seiner Geschichte und insbesondere in jüngster Zeit mit seinem Blut bezahlt hat, sind die Nation und das Volk von Kampuchea sich darüber im klaren, daß die Le-Duan-Clique, selbst wenn sie gezwungen würde, alle ihre Truppen aus Kampuchea abzuziehen, niemals ihre Strategie der Aggression, Expansion, Annexion und des Mordes am kampucheanischen Volk aufgeben würde. Sie wird weiterhin alle möglichen verbrecherischen Machenschaften einsetzen, in dem Versuch, Kampuchea zu schlucken.

Darum müssen die Patriotische und Demokratische Front der Großen Nationalen Einheit von Kampuchea und die Regierung des Demokratischen Kampuchea einen sehr langen Kampf führen, der noch viele Generationen lang andauern wird, um die nationale Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität und den Bestand der kampucheanischen Nation zu verteidigen.

Daher brauchen wir die Unterstützung, Hilfe und Zusammenarbeit aller Länder der Welt, um als Nation und Volk mit nationaler Einheit und eigener Zivilisation zu überleben. Darüberhinaus wird Kampuchea am Ende dieses völkermörderischen Krieges überall vollständig verwüstet sein. Die Nation und das Volk von Kampuchea werden ebenfalls überall vollständig materieller Güter beraubt sein. Selbst ein kleiner gesprungener Topf, eine bloße Kokosnußschale oder eine schmutzige Milchkanne werden von der Le-Duan-Clique nicht verschont. Um daher unsere Wirtschaft wieder aufzubauen, um unser Land zu erneuern, um erneut die Lebensbedingungen unseres Volkes zu sichern, wie auch zur Verteidigung unseres Landes in Zukunft, brauchen die Patriotische und Demokratische Front der Großen Nationalen Einheit von Kampuchea und die Regierung des Demokratischen Kampuchea die Unterstützung, Hilfe und Zusammenarbeit von allen Ländern der Welt auf jedem Gebiet: Wirtschaft, Handel, Investitionen, Soziales, Gesundheit, Kultur, Technik, Wissenschaft und anderen, auf der Grundlage des beiderseitigen Vorteils.

Die neue strategische Politik der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit von Kampuchea und der Regierung des Demokratischen Kampuchea ist demnach keine kurzfristige Taktik. Es ist eine strategische Politik, die das Ziel verfolgt, alle Kräfte der gesamten Nation und des Volkes von Kampuchea sowohl im Inland wie im Ausland zusammenzuschließen und um gleichzeitig alle internationalen Kräfte in einer breiten Front gegen die Le-Duan-Aggressorenclique zusammenzuschließen, um die Nation und das Volk von Kampuchea zu verteidigen und ihren Fortbestand für die Zukunft zu sichern.

Wir glauben darüber hinaus, daß diese neue strategische Politik und die allseitige Zusammenarbeit mit allen Ländern zur Stabilität aller Kräfte beitragen wird, die für Frieden und Sicherheit in dieser Region sind, und daß sie einen Beitrag zur Verteidigung von Frieden und Sicherheit in Südostasien ebenso wie in Asien, im Pazifik und in der Welt leisten wird.

Die neue politische Strategie des Demokratischen Kampuchea besteht darin,

1. die große und breite Einheit der ganzen Nation und des Volkes von Kampuchea sowohl im Inland wie im Ausland in Übereinstimmung mit dem Politischen Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit von Kampuchea zu mobilisieren,

2. unsere Kräfte mit allen Ländern der Welt unabhängig von ihrer politischen Richtung zusammenzuschließen, um gegen die vietnamesischen Aggressoren zu kämpfen und sie zu zwingen, alle ihre Truppen aus Kampuchea abzuziehen. Um die neue strategische Politik zu verwirklichen und einen sicheren Sieg über die vietnamesischen Aggressoren zu erringen, haben der Kongreß des Ständigen Ausschuß der Versammlung der Vertreter des Volkes von Kampuchea, die Regierung des Demokratischen Kampuchea, die Vertreter der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea und die Vertreter verschiedener Abteilungen der Regierung einmütig beschlossen, die Regierung des Demokratischen Kampuchea und die Staatsorgane wie folgt umzubilden:



das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea gespendet. – Bilder links unten: Demonstration am 5.1. in Frankfurt; Nahrungsmitteltransporte im Demokratischen Kampuchea; Staats- und Ministerpräsident Khieu Samphan; Vorsitzender der obersten Militärkommission und Oberbefehlshaber der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea Pol Pot. Bild oben: eine Guerillakompanie der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea.

1. Über die Legislative

Im Auftrag der Versammlung der Vertreter des Volkes von Kampuchea wird der Ständige Ausschuß der Versammlung mit folgenden Aufgaben betraut:

A) Die Anwendung der Verfassung des Demokratischen Kampuchea auszusetzen, um der gegenwärtigen Lage gerecht zu werden.

B) Das Politische Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit von Kampuchea als provisorisches Grundgesetz anzusehen, das den Staat des Demokratischen Kampuchea in der Periode leitet, in der wir den Volkskrieg zur vollständigen Entfernung der vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Völkermörder aus Kampuchea führen.

Der Ständige Ausschuß der Versammlung der Vertreter des Volkes von Kampuchea wird mit diesen Aufgaben betraut, bis die Abhaltung einer freien und allgemeinen Wahl möglich ist, in der die Vertreter der politischen und der Massenorganisationen frei kandidieren und vom Volk gewählt werden können und die zur Sicherung des korrekten Ablaufs unter der direkten Aufsicht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen oder seines Vertreters steht.

Der Kongreß hat einmütig beschlossen, *Nuon Chea* weiterhin mit der Funktion des Vorsitzenden des Ständigen Ausschuß der Volksvertretung Kampucheas zu betrauen.

2. Über die Patriotische und Demokratische Front der Großen Nationalen Einheit von Kampuchea

Der Kongreß hat einmütig *Khieu Samphan* zum vorläufigen Präsidenten der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit von Kampuchea ernannt, bis die Durchführung eines Nationalen Kongresses möglich ist, auf dem das Politische Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit Kampucheas verabschiedet und endgültig der Präsident und das Zentralkomitee der Front gewählt werden.

In seiner Eigenschaft als vorläufiger Präsident der Front wird *Khieu Samphan* mit der Aufgabe der korrekten und wirksamen Verwirklichung des Politischen Programms betraut.

3. Über die Exekutive

In Erwägung

– der neuen strategischen Politik im In- und Ausland,
– des Entwurfs des Politischen Programms der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit Kampucheas,
– der historischen Umstände unseres derzeitigen Kampfes gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Mörder des kampucheanischen Volkes,

ferner, um diesem Kampf neuen Aufschwung zu geben, bis alle vietnamesischen Feinde aus Kampuchea abgezogen sind,

hat der Kongreß einmütig *Khieu Samphan* als Präsidenten des Präsidiums des Staates des Demokratische Kampuchea bestätigt.

Gleichzeitig hat der Kongreß einmütig entschieden, die Regierung des Demokratischen Kampuchea wie folgt umzubilden:

1. Premierminister . *Khieu Samphan*
2. Stellvertretender Premierminister, verantwortlich für Auswärtige Angelegenheiten .... *Ieng Sary*
3. Stellvertretender Premierminister, verantwortlich für Nationale Verteidigung .... *Son Sen*
4. Minister für Wirtschaft und Finanzen .... *Thiounn Thioum*
5. Minister für Gesundheit.............. *Thiounn Thoeun*
6. Minister für Soziales . *Ieng Thirith*
7. Minister für Kultur und Erziehung .... *Yun Yat*
8. Minister beim Büro des Premierministers .... *Keat Chhon*
9. Vorsitzender des Nationalen Komitees für Wissenschaft und Technik, im Ministerrang .... *Thiounn Mumm*
10. Staatssekretär für Information .... *Thuch Rin*
11. Staatssekretär für Beschaffung und Transport .... *Sar Kim Lomouth*
12. Staatssekretär für Post und Fernmeldewesen .... *Chhorn Hay*

4. Über die Nationale Armee des Demokratischen Kampuchea

Der Kongreß hat einmütig beschlossen, eine Oberste Kommission der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea in folgender Zusammensetzung einzusetzen:

1. Vorsitzender und Oberbefehlshaber der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea: ....*Pol Pot*
2. Stellvertretender Vorsitzender und Chef des Generalstabes der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea ....*Chhit Choeun*
3. Generalsekretär ....*Son Sen*
4. Stellvertretender Generalsekretär ....*Ke Pauk*

Bei dieser feierlichen Gelegenheit möchte der Kongreß den Vereinten Nationen, den Regierungen und Völkern verschiedener Länder, politischen und Massenorganisationen, humanitären Organisationen und prominenten Persönlichkeiten, die in aller Welt Unabhängigkeit, Frieden und Gerechtigkeit hochschätzen und dem gerechten Kampf des Volkes von Kampuchea zur Verteidigung seiner Nation und seiner Existenz Unterstützung und Hilfe in jeder Form zukommen ließen, seinen tiefsten Dank aussprechen.

Alle Länder, die Unabhängigkeit, Frieden und Gerechtigkeit lieben, insbesondere die südostasiatischen Länder, haben sich über die großen Gefahren, die von der Strategie der Le-Duan-Clique und ihren Aggressions- und Expansionshandlungen in Indochina und Südostasien ausgehen, sehr besorgt gezeigt.

Sie alle haben klar erkannt, daß wenn heute Kampuchea zum Opfer der vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten und Landräubern wird, morgen ein anderes südostasiatisches Land an der Reihe sein wird. Es ist ganz offensichtlich, daß die Le-Duan-Clique, wenn sie das Demokratische Kampuchea schlucken kann, noch viel arroganter auftreten und sich sehr ermutigt fühlen würde, in ihrer Strategie der Aggression und Expansion fortzufahren. Sie würde dann die Macht ihrer Streitkräfte einsetzen und mit der Einsetzung einer sogenannten „Front" subversive Manöver starten, wie sie es in Kampuchea mit der Einsetzung einer sogenannten „Front der Nationalen Rettung" getan hat.

Daher sind die Länder Südostasiens und der Welt sich voll der drohenden Gefahr bewußt, daß der Krieg sich über das ganze Gebiet von Südostasien, über Asien und über den Pazifik ausbreitet. Obendrein geht diese Gefahr nicht ausschließlich von den vietnamesischen Aggressoren und Expansionisten aus. Sie entspringt in der Hauptsache der Weltstrategie des sowjetischen internationalen Expansionismus, der die Herrschaft über die strategischen Meeresrouten im Südchinesischen Meer, über die Straße von Malakka und das gesamte Südostasien erringen will.

Das ist der Grund, warum die Regierungen und Völker in aller Welt, insbesondere die Länder, Regierungen und Völker in Südostasien so besorgt über dieses Problem sind.

Unser Kongreß ist fest davon überzeugt, daß alle Regierungen und Völker der verschiedenen Länder, alle Massen- und politischen Organisationen und alle prominenten Persönlichkeiten, die Unabhängigkeit, Frieden und Gerechtigkeit in aller Welt lieben, darin fortfahren werden, den Kampf des kampucheanischen Volkes zu unterstützen und ihm zu helfen. Wir sind fest davon überzeugt, daß sie noch weit stärkeren politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und diplomatischen Druck auf die Le-Duan-Clique ausüben werden, um sie zu zwingen, entsprechend der Resolution der 34. Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 14. November 1979 zu handeln, alle ihre Aggressionstruppen aus Kampuchea abzuziehen, damit das Volk von Kampuchea selbständig über das Schicksal seiner Nation in allgemeinen und freien Wahlen mit direkter und geheimer Abstimmung unter der direkten Aufsicht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen oder seines Vertreters entscheiden kann.

Nur wenn die vietnamesischen Truppen gezwungen werden, sich insgesamt aus Kampuchea zurückzuziehen,

– können die grundlegenden Probleme und alle anderen Probleme gelöst werden,
– kann Kampuchea seine Unabhängigkeit und den Frieden wiedergewinnen,
– kann das Volk von Kampuchea von der Hungersnot und unermeßlichen Leiden gerettet werden, die der völkermörderische Krieg der Le-Duan-Clique verursacht,
– kann Südostasien vor der Gefahr der Ausweitung des Krieges durch die aggressive und expansionistische Le-Duan-Clique und ihre sowjetischen Herren bewahrt werden.

Unser Kongreß nimmt schließlich diese feierliche Gelegenheit zum Anlaß, alle Patrioten, sowohl im Inland wie im Ausland, alle unsere Kämpfer, Männer und Frauen, sowohl im Hinterland wie an der Front, dazu aufzurufen, das Banner der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit Kampucheas hochzuhalten, das Banner des heroischen Kampfes hochzuhalten, in dessen edler und ruhmreicher Tradition sie stehen, sich zusammenzuschließen und entschlossen gegen die Le-Duan-Clique der Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Mörder des kampucheanischen Volkes zu bekämpfen, bis sie vollständig aus unserem geliebten Kampuchea entfernt ist.

Die Akkumulation von Kapital wird gefördert – Kapitalistensteuer mit zwei Jahren Verspätung

z.frb. Das Jahr über ist die Lohnsteuer für den Arbeiter einfach zu handhaben. Er hat nämlich nichts weiter damit zu tun und sieht bloß das Ergebnis: Im Handumdrehen hat sich Brutto in Netto verwandelt. Die verquollenen Winkelzüge des Steuerrechts, die aus dem Versuch rühren, die Begriffe, die sich die Bourgeoisie von der Reproduktion des Kapitals bildet, auf die Reproduktion der Arbeitskraft aufzupfropfen, offenbaren sich unweigerlich beim Lohnsteuerjahresausgleich. Man wird sozusagen mit der Nase darauf gestoßen, wie das Vermögen gefördert und der Lohn geschröpft wird.

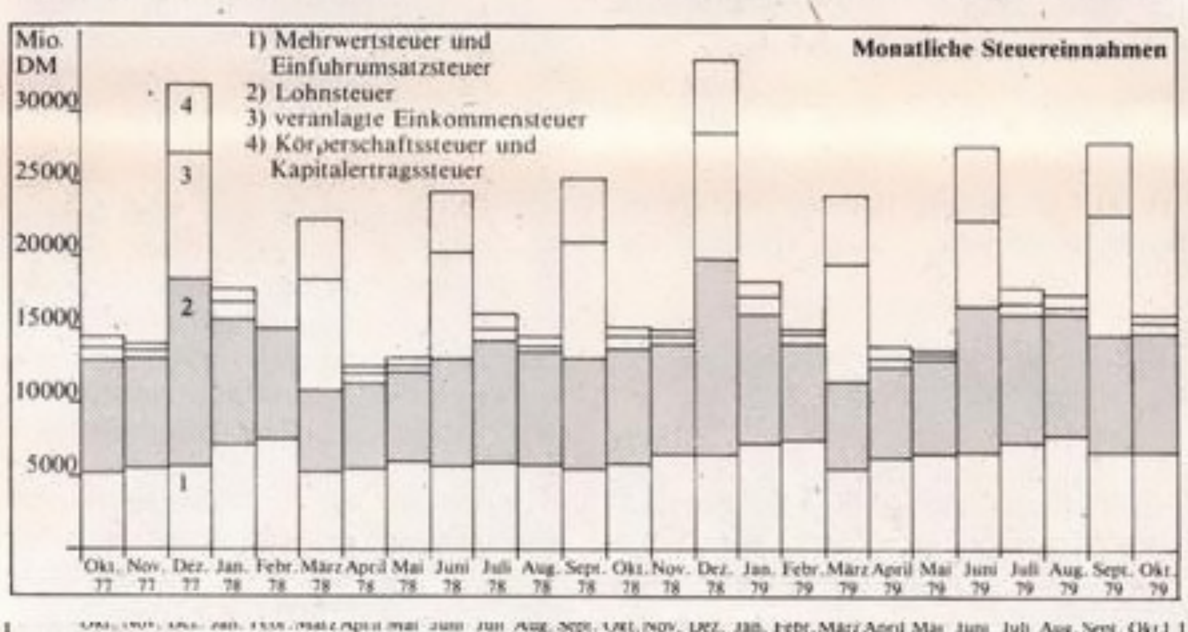
Das Einkommensteuergesetz unterscheidet Einkünfte aus: Land- und Forstwirtschaft; Gewerbebetrieb; selbständiger Arbeit; Kapitalvermögen; Vermietung und Verpachtung; sonstige Einkünfte (Renten mit ihrem Ertragsanteil). Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit sind der Gewinn. Der Gewinn ermittelt sich durch Abzug der Betriebsausgaben von den Betriebseinnahmen. Bei den anderen Einkunftarten sind die Einkünfte der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten.

Bei der Ermittlung der Einkünfte ist aufs beste dafür gesorgt, daß ein gehöriger Teil des Profits der Kapitalisten der Steuer entzogen wird. Was der Lohnarbeiter einnimmt, steht fest, und was er als Werbungskosten geltend machen kann, ist eng eingegrenzt. Die Grenze zwischen dem persönlichen Konsum des Kapitalisten und dem Konsum seines Kapitals aber ist fließend. Also ist auch dehnbar, was eine Betriebsausgabe ist. Der Kauf des Kraftfahrzeuges, mit dem ein Kapitalist chauffiert wird, ist eine Betriebsausgabe. Das Einkommensteuergesetz schreibt ausdrücklich vor, daß Segeljachten und Jagdpachten keine Betriebsausgaben sind. Man sieht, wie weit die Grenze hier geht.

Der Lohnabzug geschieht nach der Lohnsteuertabelle. Da die Werbungskosten und Sonderausgaben, die geltend gemacht werden können, in der Regel höher sind, als die in der Lohnsteuertabelle eingearbeiteten, ist die bei der Lohnauszahlung einbehaltene Lohnsteuer höher als die nach den gewöhnlichen Festlegungen berechnete. Um die Differenz wieder zurückzubekommen, muß ein Lohnsteuerjahresausgleich beantragt werden. 1974 – eine neuere Statistik ist nicht veröffentlicht – kassierte der Finanzminister 72 Mrd. DM Lohnsteuer. 7,2 Mrd. mußte er im Lohnsteuerjahresausgleich zurückzahlen.

Umgekehrt bei den Kapitalisten. Ihre Steuererklärung für 1977 z.B. konnten sie ohne weiteres bis Ende Februar 1979 hinauszögern. Das Finanzamt nimmt dann im Verlauf von drei bis vier Monaten die Veranlagung vor, d.h. überprüft die Angaben und stellt das zu versteuernde Einkommen und den Steuerbetrag fest. Erst jetzt, etwa 1½ Jahre später, muß die Steuer endgültig gezahlt werden.

Zwar müssen die Kapitalisten eine Vorauszahlung machen. Aber erstens wird auch diese Vorauszahlung im Nachherein und nur alle Vierteljahr gefordert und zweitens wird sie bemessen aufgrund des letzten Steuerbescheides. So zahlt der Kapitalist gegenwärtig seine Vorauszahlung aufgrund der von ihm im Februar letzten Jahres für das Jahr 1977 vorgelegten Steuererklärung. Selbst wenn lediglich der Geldausdruck seines Profits entsprechend der Inflation gestiegen ist, so zahlt er weniger Steuern als er nach Tarif zahlen müßte, da ja als Bemessungsgrundlage für den Tarif der Gewinn 1977 dient. Der Lohnabhängige wird durch die Inflation in die Progressionszone des Steuertarifs getrieben, der Kapitalist spart durch die Inflation. Da kann freilich für die Besteuerung des Lohnes und die Besteuerung des Profits derselbe Tarif zur Anwendung kommen.



Je höher die Betriebsausgaben, umso niedriger der Gewinn, der zu versteuern ist. Daher der Eifer der Kapitalisten, möglichst alles zur Betriebsausgabe zu erklären. Betriebsausgaben sind auch die Abnutzung der Maschinen (Abschreibungen). Kauft ein Kapitalist neue Maschinerie, so kann er 25% des Kaufpreises im Anschaffungsjahr zu den Betriebsausgaben rechnen, auch wenn er damit nicht verbrauchte Maschinen ersetzt und sie aus seinem Profit finanziert. Je höher der Anteil des Profits, den ein Kapitalist sofort in die Akkumulation seines fixen Kapitals steckt, umso höher der Teil seines Profits, der steuerfrei ist. So ist die Einkommensteuer, soweit die Kapitalisten von ihr erfaßt werden, mehr ein zusätzlicher Stachel zur Akkumulation, Rationalisierung und Zentralisation, denn ein Abzug vom Profit. Gleiches wie bei der Berechnung der Einkommensteuer spielt sich bei der Bezahlung ab. Dem Arbeiter wird die Lohnsteuer bei Auszahlung des Lohnes vom Kapitalisten aufgrund gesetzlicher Vorschriften beschlagnahmt. Der Kapitalist liefert den Geldbetrag bis zum zehnten Tag nach Ende des Monats, für den er die Lohnsteuer einbehalten hat, an das Finanzamt ab.

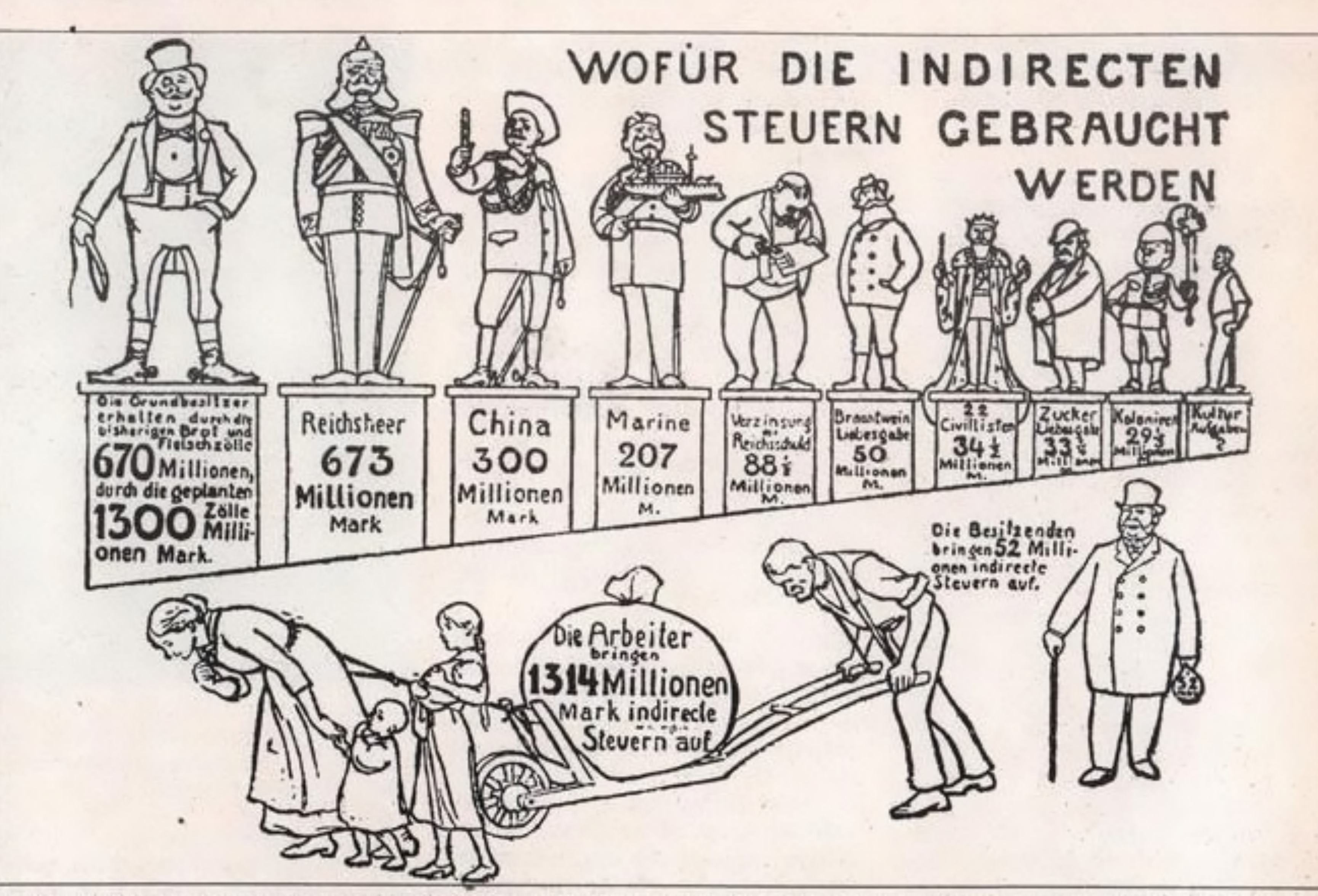
Wen es genauer interessiert, der mag nachrechnen, wieviel er zahlen würde, würde er heute besteuert aufgrund seines Lohnes, den er 1977 erhalten hat.

Es wäre nun ganz falsch, daraus den Schluß zu ziehen, die Finanzämter sollten den Kapitalisten genauer auf die Finger sehen. Aber wie verlogen die Vorwände, die der Forderung nach Steuerentlastung für den Lohn entgegengehalten werden!

Hans Apel, kurz vor seinem Wechsel aus dem Finanz- in das Militärressort, ließ wissen, daß er eine jährliche Steueränderung für „klug" hielte. Es geht auch einfacher? Anbindung des Grundfreibetrages an den jeweiligen Durchschnittslohn! Ein Blick zurück zeigt die Bescheidenheit der Forderung ¼ vom Durchschnittslohn steuerfrei. 1958 machte der Grundfreibetrag 31,5% des Durchschnittslohns aus, heute 13,5%. Sollte er heute in der Relation des Jahres 1958 stehen, so müßte er auf 8611 DM steigen. Die Werbungskostenpauschale müßte bei 2890 DM stehen, steht aber bei 564 DM. Wird der Freibetrag nicht an den durchschnittlichen Lohn angebunden, so steht dem Betrug Tür und Tor offen.

Lohnsteuer-Jahresausgleich 1974

Bruttolohngruppe von ... bis unter ... DM	Steuer-Pflichtige Anzahl	erhöhte steuerfreie Abzugsbeträge in % v. Lohn: Werbungskosten	Sonderausgaben	sonstige Freibeträge	zusammen	zuviel einbehaltene Lohnsteuer in %: vom Lohn	/Lohnst.
unter 2400	514332	0,1	0,3	2,9	3,4	10,9	alles
2400 – 4800	563801	0,9	1,2	1,9	4,0	8,4	595
4800 – 7200	540530	1,6	3,2	2,0	6,8	5,3	94
7200 – 9600	509860	1,9	5,4	2,4	9,7	4,7	61
9600 – 12000	607861	2,5	6,2	2,4	11,1	4,0	44
12000 – 16000	1335953	3,4	7,1	2,5	13,0	3,7	36
16000 – 20000	1905308	3,5	7,9	2,4	13,8	3,4	29
20000 – 25000	2409891	3,1	8,7	2,2	14,0	3,3	27
25000 – 36000	2504325	2,5	8,9	1,9	13,4	3,0	23
36000 – 50000	560739	2,4	8,1	1,5	12,0	2,2	14
50000 – 75000	39365	3,6	7,7	1,2	12,5	2,1	11



Revolutionäre Steueragitation der SPD in den Reichstagswahlen 1903. Die indirekten Steuern waren zu dieser Zeit noch die hauptsächlichen von den Volksmassen getragenen Steuern – damals bereits die Hauptsteuern zur Aufrechterhaltung des bürgerlichen Staates. In den „Culturausgaben ...?" am Ende der Reihe lugt schon der Reformismus hervor.

Lohnsteuer-Jahresausgleich – Diktat der „notwendigen" Ausgaben des Arbeiterhaushalts

z.gek. „Der Lohnsteuer-Jahresausgleich (LStJA) wird zu dem Zweck durchgeführt, die Arbeitnehmer den übrigen Stpfl., die zur ESt veranlagt werden, gleichzustellen." So liest man es in den Kommentaren zum Einkommensteuer-Gesetz (EStG). Und im Rahmen dieses Gesetzes, das seiner ursprünglichen Auslegung nach ein Gesetz zur Besteuerung des Gewinns der Kapitalisten bzw. der Einkünfte der „Selbständigen" war, ist seit dem Jahr 1920 auch die Erhebung von Steuern auf die Lohneinkünfte der Werktätigen geregelt – eine historische Tat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Erhaltung des bürgerlichen Staates, denn wie jeder Blick auf die Steuerstatistik beweist (vgl. das Schaubild links), sind die Lohnsteuern, addiert zu den Steuern auf den Konsum der Volksmassen, insbesondere den Mehrwertsteuern, heute die tragenden Säulen dieses Staatsgebäudes.

Was also dem Kapitalisten oder „Selbständigen" der Jahresabschluß seines Geschäfts, das soll für den Lohnarbeiter der Lohnsteuer-Jahresausgleich sein. Was dem Bourgeois die „Betriebsausgaben", das sollen für den Arbeiter die „Werbungskosten"
„Betriebsausgaben", das sollen für den Arbeiter die „Werbungskosten"
sein. Und was dem Bourgeois der Gewinn, das ist für den Arbeiter, in der feinen Definition des Gesetzes, „der Überschuß seiner Einnahmen über die Werbungskosten".

Der Arbeiter erscheint hier als eine Art Unternehmer, mit der eigenen Arbeitskraft als seinem Kapital, der im Laufe seines Geschäftes auch Betriebsausgaben hat („Werbungskosten") und einen „Überschuß" erzielt. Aber für wen oder was wirbt er? Tatsächlich muß er sich selbst bei einem Kapitalisten anwerben lassen, um diesem seine Arbeitskraft zu verkaufen. Die „Werbungskosten" – nehmen wir als Beispiel die Kosten für die Fahrt zum Arbeitsplatz, für Umzug und doppelte Haushaltsführung – sind tatsächlich Sonderausgaben, die ein Lohnabhängiger machen muß, bevor bzw. damit er überhaupt seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkaufen und einen Lohn erhalten kann. Sonderausgaben, die ihm normalerweise der Kapitalist über den Grundlohn hinaus zu erstatten hätte, was er nur meistens nicht tut. Was ist nun mit dem „Überschuß"? Angeblich sind die Werbungskosten des Arbeiters seine „Betriebsausgaben", womit er sein Kapital Arbeitskraft erhält. Nur ist davon gar nicht die Rede. Hat er sich vom Kapitalisten anwerben lassen, beginnt gerade erst die Vernutzung seiner Arbeitskraft, und sein „Überschuß über die Werbungskosten" wird im allerbesten Falle gerade hinreichen, um die nötigen Lebensmittel und Leistungen zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft zu kaufen. Ganz anders beim Kapitalisten: er hat nach Abrechnung seiner Betriebsausgaben nicht nur sein Kapital erhalten, sondern sogar schon einen Großteil der Ausgaben für den standesgemäßen Erhalt seiner eigenen Person, und wo der Gewinn anfängt, da handelt es sich um Akkumulation neuen Kapitals, Ausdehnung des Feldes der Ausbeutung und Geschäftemacherei, und um persönliche Aufwendungen, die auch die diskreteste Finanzbehörde nicht mehr als „Betriebsausgabe" durchgehen lassen kann.

Es zeigt sich hierin die Ungerechtigkeit der Besteuerung des Arbeiterlohns überhaupt, der eben kein „Überschuß" ist, sondern nur das Notwendigste zum Leben bietet. – Aber ist nicht der Lohnsteuer-Jahresausgleich gerade ein Stück ausgleichender Gerechtigkeit? Mildert nicht der ganze lange Katalog von „Werbungskosten", „Sonderausgaben", „außergewöhnlichen Belastungen" etc. die Steuerlast etwas?

So ziemlich genau das Gegenteil ist der Fall. Unter Berufung auf die Möglichkeit des Lohnsteuer-Jahresausgleichs plündert der bürgerliche Staat vorab fast die gesamte Brutto-Lohnsumme nach dem auf Bourgeois wie Arbeiter gleich berechneten Einkommensteuersatz. Eine Ausnahme machen nur einige wenige „steuerfreie Einnahmen" (s.u.). Weiter kommen einige niedrige in die Steuertabellen eingearbeitete Pauschalbeträge in Abzug: die „Vorsorgepauschale" (für die gesetzlich zahlbaren Sozialversiche-
zug: die „Vorsorgepauschale" (für die gesetzlich zahlbaren Sozialversiche-
rungsbeiträge); eine „Werbungskostenpauschale" von 564 DM im Jahr;, ein Pauschbetrag von 240 DM (bzw. 2 × 240 DM bei Ehepaaren) für Sonderausgaben"; und ein „Arbeitnehmer-Freibetrag" von 480 DM jährlich. Infolge dieser niedrigen Pauschalen wird – nach den Maßstäben des Gesetzes selbst – regelmäßig mindestens 10% *zuviel* an Lohnsteuern vom bürgerlichen Staat eingesackt.

Aber was hier „zu viel" oder „zu wenig" ist, wird auf dieselbe Art und Weise immer *fließender*. Tatsache ist, der Lohnabhängige muß für jeden Brocken seiner Lohnsteuer, den er zurückfordert, nun ganz besondere Gründe geltend machen, warum diese oder jene Ausgabe notwendig, aber aus seinem Nettolohn nicht bestreitbar ist. Mit immer detaillierteren Festlegungen über „zumutbare" oder „unzumutbare", „notwendige" oder „überflüssige" Ausgaben beginnt der Staat immer bestimmter in Richtung eines niedrigen Normallohns zu drücken, während er auf der anderen Seite Zulagen gewährt, „Anreize" gibt. Zum Beispiel reicht die in den Lohnsteuer-Tarif eingerechnete „Vorsorge-Pauschale" nach einem hinterfotzigen Berechnungsschlüssel im allgemeinen nicht einmal aus, um die Kosten zur gesetzlichen Sozialversicherung zu decken. Dafür können aber alle darüber hinausgehenden Zusatz- und Höherversicherungen oder Lebensversicherungen weitgehend abgesetzt werden – ein „Anreiz" für den, der es irgend erübrigen kann; nahezu Bestechung für die ganze besser verdienende Angestellten- und Beamtenschaft; in jedem Fall eine Spaltung und Abstumpfung des notwendigen Kampfs für vollen Versicherungsschutz, gegen die Kostendämpfung, für Zahlung der Beiträge durch die Kapitalisten und Selbstverwaltung der Sozialversicherten. – Oder daß eine Arbeiterfamilie den verrenteten Vater bei sich aufnimmt, kann als „außergewöhnliche Belastung" anerkannt werden – bis zum Betrag von 300 DM im Monat. Die Rente des Alten wird angerechnet, d.h. indirekt besteuert, sobald sie höher als 350 DM liegt. Ein steuerfreier Hungersatz von 650 DM ist so gebildet; wer mehr für den Alten aufwendet, muß es eben an den Steuern fühlen. – Oder die Kilometerpauschale für die Fahrt zum Arbeitsplatz: solange beim gegebenen Lohnstandard die Motorisierung großer Teile der
lange beim gegebenen Lohnstandard die Motorisierung großer Teile der
Lohnabhängigen in den Augen der Bourgeoisie nicht zu verhindern, teils auch unerwünscht erschien, war die Lohnsteuer jedenfalls nicht direkt dagegen; aber man vergleiche die Entwicklung der Kilometerpauschale von 36 Pf mit der Entwicklung der wirklichen Kilometerkosten, die wenigstens doppelt so hoch liegen und immer schneller steigen, und man bemerkt, wie das Auto bereits gezielt aus den Haushalten der schlechter bezahlten Arbeiter herausgedrückt wird – eine Entwicklung, die sich gegebenfalls noch bedeutend beschleunigen läßt.

Auf diese Weise wird das System der Lohnsteuer-Rückerstattung zu einem Bestandteil des „sozialen Netzes", womit die herrschende Kapitalistenklasse immer größere Teile der Lohneinkommen zuerst in die Kassen des Staates leitet und danach in schmäleren Portionen und „auf Antrag" gezielt wieder herausrückt, so daß insgesamt eine Rationalisierung und Senkung der von arbeitenden Volksmassen in die Reproduktion ihrer Arbeitskraft eingesetzten Mittel, d.h. eine Senkung der gesamten gezahlten und verbrauchten Lohnsumme herauskommt. (Vgl. KVZ 48/79, S. 18 – 19)

Darin liegt auch der Grund, warum der größere Teil der Rückzahlungen aus diesem „sozialen Netz" bisher unbesteuert bleibt, wie die folgende Aufzählung der „steuerfreien Einnahmen", die das EStG zuläßt, zeigt. Es könnte tatsächlich witzlos erscheinen, aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen geleistete Zahlungen erneut zu besteuern – aber das kann sich auch noch ändern, wie die intensiven Versuche zur direkten Besteuerung der Renten zeigen. (Die Hauptopfer der indirekten Steuerplünderung sind die Bezieher dieser sog. „Sozialeinkommen" sowieso.) Natürlich sind die meisten dieser Einkommen auch so niedrig, daß der Kaiser hier – nach der alten Volksweisheit – sein Recht verloren hat.

Steuerfreie Einnahmen (§3 EStG)

○ Leistungen der Krankenversicherung und der Unfallversicherung

○ Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Unterhaltsgeld, Schlechtwettergeld, Arbeitslosenhilfe

○ Versorgungsbezüge an Wehrdienstbeschädigte und Zivildienstbeschädigte

○ Abfindungen wegen einer vom Arbeitgeber veranlaßten oder gerichtlich ausge-







Auszug aus der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung der KPD, 1930. – Die Landwirtschaftszölle, mit denen der ostelbische Grundbesitz hochgepäppelt wurde, verschärften die Last der indirekten Steuern. 1920 wurden auf Antrag der Sozialdemokratie die Lohnsteuern eingeführt. Denkwürdig die Ausführungen des Sprechers der SPD in der Nationalversammlung vom 5.12.1919: „... gibt es keine andere Möglichkeit, die Lebensfähigkeit unserer Staatsorganisation zu erhalten als die Übernahme dieser Lasten (der Kriegsschulden der kaiserlichen Regierung! Anm.) durch das deutsche Volk."

chenen Auflösung des Dienstverhältnisses, bis 24000 DM

○ Bezüge aus öffentlichen Mitteln als Beihilfe während der Ausbildung (BaFöG)

○ Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen

○ Heiratsbeihilfen bis 700 DM; Geburtsbeihilfen bis 500 DM; Kindergeld

○ Trinkgelder bis 600 DM

○ Wohngeld

○ Bergmannsprämien und öffentliche Leistungen bei Stillegungen von Bergwerken

○ Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz

○ Ausgaben des Arbeitgebers zur Sozialversicherung, soweit sie aufgrund gesetzlicher Verpflichtung geschehen

○ Zinsen auf Pfandbriefe und Kommunalobligationen, wenn die Mittel für den sozialen Wohnungsbau verwendet werden sowie für Anleihen des Bundes und der Länder

○ Gesetzliche und tarifliche Zuschläge zum Arbeitslohn für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit

---

Im folgenden drucken wir den Katalog der als Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und „Freibeträge für besondere Fälle" beim Lohnsteuer-Jahresausgleich geltend zu machenden Rückforderungen ab. Wir haben uns dabei weitgehend auf die letzte Ausgabe der „Metall" stützen können, wo eine praktische Anleitung zur Errechnung des aus Lohnsteuer-Jahresausgleich zustehenden Betrages abgedruckt ist. (Der DGB hat für 5,80 DM, für Gewerkschaftsmitglieder 3,80 DM, das Taschenbuch „Lohnsteuer sparen" herausgegeben, erhältlich beim Bund-Verlag, Postfach 210140, 5000 Köln 1.)

Der Katalog ist weitgehend vollständig, aber nicht ganz; für einen groben Überschlag der Forderungen an die Steuerbehörden mag er immerhin tauglich sein.

A. Werbungskosten (in die Steuertabellen eingearbeiteter Pauschbetrag: 564 DM)

○ Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte: a) mit öffentlichem Verkehrsmittel; b) mit eigenem Kraftfahrzeug (Kilometerpauschale 0,36 DM für PKW und 0,16 DM für Motorrad oder Roller) – abgezogen werden vom Kapitalist gezahlte Fahrtkostenzuschüsse

○ Aufwendungen für Dienstfahrten mit eigenem PKW: Bescheinigung des Arbeitgebers erforderlich; Berechnung: 0,36 DM (aber erst ab 1.7.79), bzw. 0,32 DM (vor 1.7.79) minus Vergütung durch Kapitalisten

○ Sonstige Kfz-Kosten: a) Kosten eines Unfalls bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz und berufsbedingten Fahrten; außergewöhnliche Kosten (z.B. Frühverschleiß Automotor); b) Beiträge zu Kraftfahrerverbänden, Rechtsschutzversicherern; c) Berufskraftfahrer: Führerscheinkosten

○ Beiträge zu Gewerkschaften und Fachorganisationen

○ Kosten für doppelte Haushaltsführung (wenn vom Kapitalisten nicht steuerfrei ersetzt): a) Fahrtkosten: Familienheimfahrten sowie erste und letzte Fahrt zwischen Wohn- und Beschäftigungsort, mit öffentl. Verkehrsmittel oder eigenem PKW (Kilometerpauschale: 0,36 DM); b) Mehraufwand für Verpflegung (tägl. 35 DM in ersten zwei Wochen, dann tägl. 14 DM); c) Übernachtungskosten (wenn keine Unterkunft gestellt; in den ersten zwei Wochen tägl. 35 DM, dann tägl. 8 DM); d) bei Auslandsdienstreisen: 40% des Betrages für Dienstreisen ins Ausland (vgl. Lohnsteuer-Richtlinien Abschn. 25, Ziff. 7)

○ Mehraufwand für Verpflegung bei längerer Abwesenheit von der Wohnung: a) über 12 Std.: 3 DM pro Tag; b) über 10 Std. bei Beschäftigung an ständig wechselnden Einsatzstellen: 5 DM pro Tag

○ Aufwendungen für Arbeitsmittel: a) Berufskleidung (incl. Reinigungs- und Reparaturkosten); b) notwendige Werkzeuge; c) Fachbücher, Fachzeitschriften; d) sonstige Arbeitsmittel (Aktentasche etc.)

○ Berufsfortbildungskosten (keine allg. Ausbildungskosten): a) Lehrgangsgebühren (z.B. Bilanzbuchhalter, Programmierer, Meister); b) Lehrbücher; c) Schreibmaterial; d) Fahrt- und Verpflegungskosten; e) Prüfungsgebühren; f) sonstige Kosten

○ Aufwendungen für berufliche und fachliche Veranstaltungen

○ Mehrverpflegungsaufwand bei Dienstreise oder Dienstgang (wenn vom Arbeitgeber nicht steuerfrei gezahlt): a) Dienstreise über 15 km von Arbeitsstelle bzw. Wohnung (Tagegeldsätze im einzelnen nachschauen); b) Dienstgang über 15 km von Arbeitsstelle bzw. Wohnung bei mehr als 5 Std. Abwesenheit 3 DM pro Tag; c) bei nachweislich höherem Aufwand an Mehrverpflegung: bis 54 DM tägl. bei Dienstreise und bis 16 DM bei Dienstgang können anerkannt werden, abzügl. Zuschüssen des Arbeitgebers

○ Umzugskosten (wenn keine Vergütung gezahlt und dienstlich veranlaßt; Zuschüsse des Arbeitgebers sind abzuziehen)

○ Sonstige Werbungskosten: a) Bewerbungskosten (Annoncen, Fahrgeld, Porto, Telefon, etc.); b) Kosten eines Arbeitsrechtsverfahrens; c) Dienstverhältnis; e) aus Berufskrankheiten entstandene Kosten; f) Rückzahlung versteuerten Arbeitslohns; g) weitere berufsbedingte Kosten (z.B. berufsbedingte Nutzung des Telefons; Pauschale bei Heimarbeit von 30 DM pro Monat)

B. Sonderausgaben (in die Steuertabellen eingearbeiteter Pauschbetrag: 240 DM, für Eheleute 480 DM)

○ Vorsorgeaufwendungen: Zahlungen an die Sozialversicherungen, die höher sind als die – in die Lohnsteuertabelle eingearbeitete – sog. Vorsorgepauschale; sowie alle sonstigen eigenen Beiträge, auch Zusatz- und Höherversicherungen, zur Kranken-, Angestellten- und Arbeiterrenten-, Lebens-, Unfall-, Haftpflichtversicherung (KFZ-Haftpflicht voll)

○ Beiträge zu Bausparkassen (wenn keine Bausparprämie und Sparprämie beansprucht wird), Ausfertigungsgebühren und Zinsen

○ Renten, dauernde Lasten (die der Lohnabhängige an andere zu zahlen hat)

○ Kirchensteuern

○ Steuerberatungskosten

○ Spenden und Beiträge (Spendenbescheinigung erforderlich): a) an politische Parteien (bis 600 DM, Ehegatten 1200 DM); b) für wissenschaftliche und staatspolitische Zwecke (bis 10% des Arbeitslohns); c) für andere Zwecke (bis 5% des Arbeitslohns)

○ Ausbildungskosten (Ausbildungsfreibetrag bis 900 DM, bei auswärtiger Unterbringung bis 1200 DM jährlich, für tatsächliche Kosten wie Fahrtkosten, Teilnahmegebühren etc., auch bei Umschulungen, zweitem Bildungsweg, Hauswirtschaftsausbildung)

○ Unterhaltsleistungen: entsprechend der Unterhaltsverpflichtung oder auf Antrag von geschieden oder getrennt lebenden Ehegatten bis 9000 DM

C. Außergewöhnliche Belastungen

○ Körperbehinderten-Freibetrag (von der Gemeinde auf der Lohnsteuerkarte eingetragen)

○ Ausbildungsfreibetrag für Kinder: 1800 bzw. 2400 bzw. 4200 DM jährlich, abzüglich Zuschüsse aus BAFöG und der „zumutbaren" eigenen Belastung

○ Unterstützung bedürftiger Personen: z.B. Eltern, Kinder, Enkel, Geschwister, Verwandte des Ehegatten, des geschiedenen Ehegatten. Höchstens 300 DM monatl. je Person (3600 DM im Jahr). Eigene Einkünfte der Unterstützten werden angerechnet, sobald sie 350 DM monatl. (4200 DM jährlich) übersteigen.

○ Unterhaltsfreibetrag: für Unterhaltsverpflichtete ohne Anspruch auf Kindergeld (600 DM im Jahr)

○ Unterhaltskosten bedürftiger Personen (nach Einzelaufstellung für geleistete Zahlungen)

○ Aufwendungen für eine Hausgehilfin (100 DM monatlich) oder Haushaltshilfe (50 DM monatlich) bei Vollendung des 60. Lebensjahrs oder körperl. Hilflosigkeit

○ Altenheimunterbringung (bis 1200 DM monatl.)

○ Selbst zu zahlende Krankheitskosten; Kosten bei einer Geburt; für Brillen, orthopädische Schuhe, Schuheinlagen, Hörgeräte, Stützkorsetts, Zahnspangen u.a.; Kurkosten (wenn amtsärztlich befürwortet); Aufwendungen für Krankenpflege

○ Aufwendungen bei Todesfällen; Unglücksfällen; Ehescheidung; Kinderaussteuer; Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung nach Brand, Unwetter usw.

○ sonstige zwangsläufige Aufwendungen (z.B. Pauschbetrag für geh- und stehbehinderte Personen jährl. 960 DM)

D. Freibeträge für besondere Fälle

○ Altersfreibetrag bei Vollendung des 65. Lebensjahrs, jährlich 720 DM (von der Gemeinde auf Lohnsteuerkarte eingetragen)

○ Freibeträge für Hinterbliebene: ebenfalls jährlich 720 DM (von der Gemeinde auf der Lohnsteuerkarte eingetragen)

○ Versorgungsfreibetrag: bei Bezug von Betriebsrenten od. Altersruhegeld, absetzbar sind 40% der Pension, höchstens 4800 DM im Jahr

○ Altersentlastungsbetrag: bei Bezug von Arbeitslohn als Rentner, bis 40% des Arbeitslohns (*nicht* der Renten) bleiben steuerfrei, höchstens 3000 DM jährlich

○ §7b EStG – Erhöhte Abschreibung bei Bau oder Erwerb eines Ein- bzw. Zweifamilienhauses od. Eigentumswohnung (5% der Herstellungs- oder Anschaffungskosten ohne Grund und Boden) – dazu detaillierte eigene Bestimmungen

○ Umschulungskosten (bei Unfall oder Krankheit); Prozeßkosten (z.B. Mietprozeß); Nachhilfeunterricht bei erzwungenem Schulwechsel (z.B. wegen Versetzung des Vaters); Schadensersatzleistung (bei nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten Schäden); Schuldentilgung (z.B. bei Darlehenaufnahme wegen hoher Krankheitskosten)

Für alle „außergewöhnlichen Belastungen" gelten detaillierte Bestimmungen über die jeweils „zumutbare Belastung" je nach der Höhe des zu versteuernden Einkommens.

Zahlreiche Bestimmungen, über die der Arbeiter aufs Ärgerlichste sich mit dem Finanzamt herumstreiten muß, um etwas zurückzuerhalten, geben für die Bourgeois im Gegenteil ganz direkte Vorwände, fast genießerisch ausgekostete Feinheiten ab, um die eigene Steuerschuld, wenn es irgendwann, zwei oder drei Jahre später, doch noch ans Zahlen kommt, so weit wie möglich gegen Null zu drücken. Allerdings gilt das in dem einen oder anderen Punkt – vor allem z.B. im Fall des §7b – durchaus nicht nur für die Bourgeoisie und ihren Anhang, sondern auch für weite Teile der Mittelklassen und selbst Teile der Arbeiter, der einfachen und mittleren Angestellten und Beamten. Nicht daß ihre Steuerschuld gegen Null gedrückt würde, bestimmt nicht; aber der eine oder andere Extravorteil kann die Progressionslast doch entschieden mildern, bis zu dem Punkt, wo vielleicht regelmäßig die Mittel freibleiben, um sie beispielsweise – steuerfrei – in Pfandbriefen, Kommunalobligationen bzw. Bundesanleihen anzulegen. Ein fein abgestimmtes, stets ergänzbares System der Spaltung unter den Volksmassen hat sich die herrschende Finanzbourgeoisie damit geschaffen.

Für die meisten Arbeiter wird allerdings nach sehr wenigen Jahren der Erfahrung mit dem Lohnsteuer-Jahresausgleich für solche Flausen wenig bleiben. Auch diejenigen unter ihnen, die wegen Nebeneinkünften (z.B. aus Miete) neben den Lohnsteuern zur Einkommensteuer veranlagt werden, werden schnell merken, daß es hier gerade nur um die vollständige Besteuerung dessen, was sie haben, geht. Für die Mehrheit stellt sich die Frage so, ob der ganze Ärger mit dem Lohnsteuer-Jahresausgleich wenigstens zu irgendeiner nennenswerten Rückzahlung führt.

Eine Rückzahlung aus Lohnsteuer-Jahresausgleich kann dann erwartet werden:

- wenn die Werbungskosten höher waren als 564 DM
- wenn die Zahlungen an die Versicherungen, die abzugsfähig sind, höher waren als die (allerdings nach sehr komplizierter Formel berechnete) Vorsorgepauschale
- wenn die sonstigen abzugsfähigen Sonderausgaben höher waren als 240 bzw. 480 DM (Ehepaare)
- wenn außergewöhnliche Belastungen in Anschlag gebracht werden

Einkommensteuer auf Einkünfte

a) aus unselbst. Arbeit Kapitalvermögen Vermietung u. Verpachtung	b) aus Land- und Forstwirtschaft Gewerbebetrieb selbst. Arbeit
Gesamteinnahmen (ohne steuerfreie Einnahmen) = steuerpflichtige Einnahmen – Werbungskosten = Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten	Betriebseinnahmen (ohne steuerfreie Einnahmen) = steuerpflichtige Einnahmen – Betriebsausgaben = Gewinn

= Einkünfte

– Altersentlastungsbetrag
= Gesamtbetrag der Einkünfte
– Sonderausgaben
– außergewöhnliche Belastungen

= Einkommen

– Sonderfreibeträge
– allgemeiner Tariffreibetrag
– sonstige abzuziehende Beträge

= zu versteuerndes Einkommen (Bemessungsgrundlage für die tarifliche Einkommensteuer)

– Steuerermäßigungen

= festzusetzende Einkommensteuer



Feuersetzen nach Agricola (deutsche Ausgabe 1557) A angezündetes Holz, B Berrte (d.s. Bärte), C Stollen. Der Bergmann, der soeben einen Holzstapel in Brand gesetzt hat, eilt wegen des sich entwickelnden Rauches davon. Bärte heißen die Hölzer, die ringsum angeschält waren, damit sie leichter angezündet werden konnten.

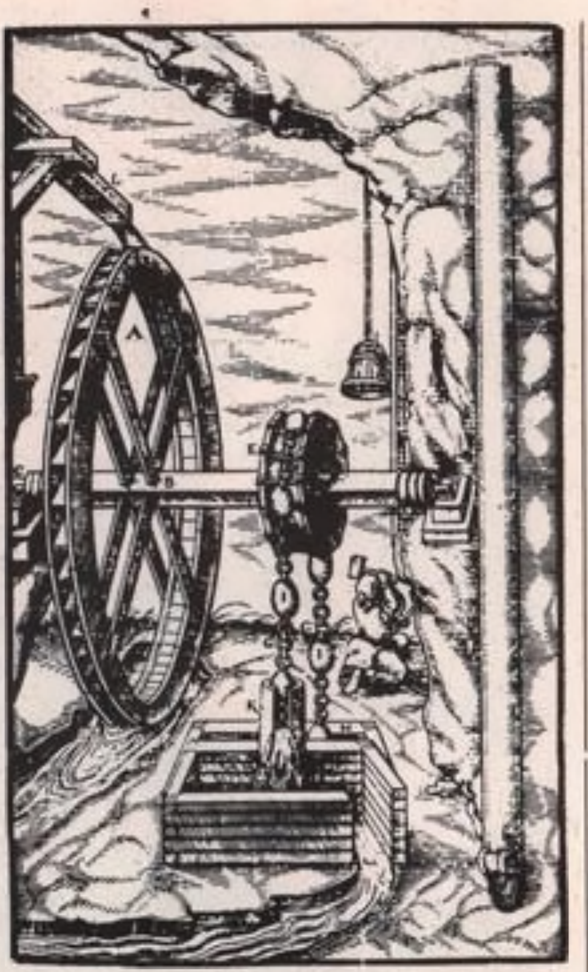


Abb. 7.: Bei der Pumpenkunst mit dem krummen Zapfen wird die drehende Bewegung des Wasserrades durch eine Kurbel auf zwei im Schacht auf-und niedergehende Gestänge übertragen. An diesen sind übereinander Saugpumpen befestigt, die einander das Wasser zuheben. Sie bestehen aus von Hand ausgebohrten Holzstämmen. Aus: G. Agricola, S. 158



Ansicht eines Pochwerkes im Erzbergbau. Aus: J.L. Wohleb und Schilli, „Der Kinzigtäler Bergbau in den Jahren 1700 bis 1854"



Abb. 6.: Heinzenkunst zur Wasserbewältigung, bei der Lederbälle an endloser Kette das Wasser in Rohren nach oben förderten. Aus: G. Agricola, S. 162

Kämpfe der Harzer Bergarbeiter und der westfälischen Leineweber in den Anfängen des Kapitalismus

Quellenheft zu den Musiktagen 27. – 29.12.79, Hannover

„Die deutsche Industrie hatte im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert einen bedeutenden Aufschwung genommen. An die Stelle der feudalen, ländlichen Lokalindustrie war der zünftige Gewerbebetrieb der Städte getreten, der für weitere Kreise und selbst für entlegenste Märkte produzierte ... Eine Reihe von mehr oder minder bedeutenden Erfindungen, deren historische Glanzpunkte die des Schießpulvers und der Buchdruckerei bildeten, hatte zur Hebung der Gewerbe wesentlich beigetragen. Der Handel ging mit der Industrie gleichen Schritt. Die Hanse hatte durch ihr hundertjähriges Seemonopol die Erhebung von ganz Norddeutschland aus der mittelalterlichen Barbarei sichergestellt ...", charakterisiert Engels in „Der deutsche Bauernkrieg" die ökonomische Lage. Sie schrie geradezu nach Rohstoffen. Bekannte Fundstätten für Nichteisenmetalle gab es in Deutschland zwei. Neben dem Erzgebirge (Silber und Zinn) gab es den Harz mit Silber zum Vermünzen und Blei, Kupfer. Seit 968 wurde im Rammelsberg bei Goslar abgebaut, im Oberharz seit dem 12. Jahrhundert.

Die Produktionsmethoden: Der Abbau

„Vortreiben eines Stollens mit Schlägel und Eisen. Der vordere Hauer treibt den „Sitzort" vor, der andere haut hinter ihm die „Strossen" nach. Im tonnlägig (schief, Red.) abgeteuften Schacht hängt der Förderkorb, der durch eine Handhaspel bewegt wird."

1000 Jahre Rammelsberg, hrsg. v. Preussag Aktiengesellschaft, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, o.O. (Goslar), o.J. (1968), S. 17

„Die Härte des Gesteins bricht, wie ich schon erwähnt habe, das Feuer. Das Verfahren dabei ist nicht einfach ... wird ein geschichteter Haufen getrockneten Holzes hingebaut und angebrannt ... Die Kraft des Feuers löst auf diese Weise meist keinen sehr großen Teil der Gangmasse auf, sondern nur etliche äußere Stücken (Schalen)."

Georgius Agricola – Ausgewählte Werke Band 8, hrsg. v. Dr. rer. nat. Hans Prescher

Besitzverhältnisse / Gewinne

... Doch die Masse des Profits strich das Herzogtum durch die Nicht-Erhöhung der Vorkaufspreise ein. Henschke gibt in „Landesherrschaft und Bergbauwirtschaft", Berlin 1974, S. 322, die landesherrlichen Gewinnspannen aus dem Verkauf für Frischblei an: Sie betrugen in jenen Jahren der Krise 1584 durch Verkauf in Hamburg: 76,5%; 1593 (laut langfristigen Kontrakts mit Sachsen): 17,6%, 1616: 96,1%. Hinzuzuziehen sind die fürstlichen Einnahmen aus dem Zehnten, auf den in Form jedes zehnten Korbes Erz der Fürst Anrecht als Landesherr hatte.

„Im Jahre 1597 ... (lieferte) der Fürstenstollen vierteljährlich 7 Taler, St. Anna 15 Taler und Rosenhof 7½ Taler Ausbeute (1). Im Betriebe waren noch etwa 50 Gruben. Aber dann nahm das Bergwerk in kurzer Zeit gewaltig ab und eine Zeche nach der anderen wurde auflässig, was auch den Städten zum größten Nachteil reichte ... Die Ursache des Rückgangs lag hauptsächlich darin, daß mit der Tiefe der Grubenbaue die Betriebskosten sich bedeutend erhöhten ..."

Morich, Heinrich: Chronik der Bergstadt Clausthal-Zellerfeld, Clausthal-Zellerfeld 1939

Schichtordnung 1648, Rammelsberg:

„Am Montag begann um 8.00 Uhr nach einer Betstunde in der Clauskapelle eine Tagschicht, die um 13.00 Uhr nach dem Anzünden der Brände endete. Von Dienstag bis Freitag wurde je eine Tag- und Nachtschicht verfahren. Freizeit hatten die Bergleute in diesen Tagen von 13.00 bis 19.00 Uhr. Die übrige Zeit verbrachten sie in der Grube, wo sie während der Pausen auf Lagern von Heu und Stroh in trockenen warmen Grubenbauten neben ihren Arbeitsstellen schliefen. Nach dem Entfachen der Brände endete die Wochenarbeit am Sonnabend um 9.00 Uhr."

PREUSSAG, a.a.O., S. 44

Aus einer Harzer Bergordnung

„In den Artikeln 85 und 86 Verhaltensregeln für das Bergvolk bei Aufruhr und Tumulten sowie Hinweise auf den dienstlichen Beschwerdeweg."

Diese Antwort auf Rebellionen und Streiks der Bergleute kann zukünftige Aufstände nicht unterdrücken.

„Zwischen 1604 und 1629: in einem nicht genau festliegenden Jahre ein Lärm und Häuserstürmen der Bergburschen in Zellerfeld.

Um 1620/21: wiederholte Demonstrationen des Zellerfelder, Wildemänner und Lautenthaler Bergvolkes und der Fuhrleute, nachdem seit 1618 die Löhnung in minderwertigem Gelde erfolgt ist, die Preise stark gestiegen sind und Mangel an Korn herrscht. Als das Bergvolk mit dem Verlassen des Harzes und mit Aufstand droht, erfolgen Lohnzulagen und Lebensmittellieferungen. Im Jahre 1621 von April bis Dezember wiederholte Tumulte, auch wegen Unterschlagungen bei der Getreidelieferung. Ein Bergmann wird getötet. Das Bergvolk läßt Beschwerdeschriften in Zellerfeld, Schlagen und Wolfenbüttel überreichen, verweigert die Annahme des Lohnes und wechselt z.T. in andere Berufe und Ortschaften. Infolge dieser Maßnahmen erfolgen Zugeständnisse bei der Getreidelieferung und der Lohnzahlung.

Um 1625: der Zellerfelder Zehntner muß wegen einer von ihm vorgenommenen Neuregelung der Arbeitszeit vor dem Protest der Bergburschen nach Goslar fliehen.

1633: Die Zellerfelder Bergleute streiken eine Woche, weil ihnen der Lohn in Korn statt in Geld ausgezahlt wird.

1651: Aufruhr der Zellerfelder Bergleute. Die braunschweigisch-wolfenbüttelsche Landesregierung sorgt für Anlieferung von Brot – und Futterkorn."

Lommatzsch, Herbert: „Es wird noch werden gut", in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 44. Jg., o.O. 1972 (S. 189 – 232), S. 201

Lieder zur Arbeit

Auszüge aus Liedern zu den Musiktagen 1979

Mit wunder Jezunder

Mit wunder Jezunder mann sehen kann recht,
wie mancher verachtet das baurengeschlecht;
er bildet ihm ein, viel besser zu seyn,
als bauren, die bauen das korn und den wein;
Wer will nun jetzt zweifflen,
wo solches kommt her,
das kisten und kasten, und scheüren so leer
Ja! wann mann thut hören
vom krieges-geschrey,
wo nimmt mann her haber?
wo nimmt mann her häu?
wo nimmt mann her holtz?
wo nimmt mann her schmaltz? ...
Auf, auf, was Waffen tragen kann,
Auf Kinder, Greise lernet kriegen,
Auf, auf, das Würgen fängt schon an,
Auf die Tirannen zu besiegen! ...

aus: Ebermannstädter Liederschrift, enstanden um 1750

Der Schmied und die Gesellen

Schmied.
Wenn ich an der Esse steh'
Und das Eisen glühen seh',
Möcht ich immer Waffen machen;
Denn was nützen andre Sachen,
Da wir ohne Vaterland
Untergeh'n in Schimpf und Schand'.

Gesellen.
Wer sich zum deutschen Volk bekennt,
Für Vaterland und Freiheit brennt
Und irgend Waffen führen kann,
Der schaff' sich eilig Waffen an!

Schmied.
Wenn im Dorfe schon Alles ruht,
Schür' ich eifrig noch die Glut,
Schmiede bei verschloss'nen Türen
Waffen, die das Volk wird führen.
Für das heil'ge deutsche Recht,
Gegen Fürst und Fürstenknecht.

Der Leineweber

1. Der bleiche Weber sitzt am Stuhl, er wirft mit matter Hand die Spul –
knick, knack! –
Er hebt den müden Fuß zum Treten: „Herrgott! jetzt kann ich nimmer beten –
knick, knack! –
Du Linnentuch, du Linnentuch!
Ein jeder Faden sei ein Fluch

2. Es webt und webt sein morscher Leib,
am Boden liegt sein sterbend Weib –
knick, knack! –
Die Not sitzt bei ihr, sie zu pflegen,
der Hunger gibt ihr noch den Segen –
knick, knack! ...

3. Der erste Fluch für unsern Herrn!
Hussa! Da springt mein Schifflein gern
– knick, knack! –
Er darf an vollen Tische lungern,
wenn wir am Weberstuhl verhungern

An die Arbeiter

Ihr, die ihr euch in weichem Flaum noch schmieget,
Wenn hoch die Sonne an dem Himmel steht;
In süßen Träumereien euch noch wiegt,
wenn mancher Fleiß'ge schon ermüdet geht;
was schaut ihr doch, ihr Honoratioren, mit Stolz herab, auf uns, den Arbeitsmann.
Ist's Ruhm, daß ihr zum Nichtsthun seid geboren?
Ist's Ruhm, wenn eine Hand nichts schaffen kann?
Die Welt ist Dein, du Sohn der Mühn und Sorgen,
obwohl du kaum das täglich Brot erwirbst; ...

Das Gedicht „An die Arbeiter" (hier in gekürzter Fassung) wurde 1850 von einem J.T. in Nürnberg verfaßt, wahrscheinlich Tiefel, ein Mitglied des Nürnberger Arbeitervereins

Der Müß'ge droben erntet sie, die Frucht von meinem Fleiß (1789)

1. Vergraben hier in Mitternacht,
Die nie der Tag erhellt,
Such ich in meinem tiefen Schacht
Den Abgott aller Welt.

2. Ich höre nicht das Krähn des Hahns,
Seh' nicht die Kirschen blühn,
Kann nicht den Duft des Timians
Herzstärkend in mich ziehn.

3. Ich erndte selten oder nie
Die Frucht von meinem Fleiß;
Der Müß'ge droben erntet sie,
Getränkt mit meinem Schweiß.

4. Itzt bohr' ich in die Felsenwand,
zu sprengen das Gestein.
Glück auf! den Zünder in der Hand!
Gott mag mir gnädig seyn!

Laßt uns das Bergwerk recht betrachten

1. Laßt uns das Bergwerk recht betrachten,
Es ist doch wohl bewundernswerth,
Laßt Spötter unsern Stand verachten,
Es kommt doch Alles aus der Erd,
Und Alles stimmet mit uns ein:
Man kann nicht ohne Bergmann sein.

2. Wie wollten Potentaten thronen,
Wenn auf der Welt kein Bergmann wär,
Woher käm Eisen zu Kanonen,
Wo käm das Blei zu Kugeln her,
Woher das Silber und das Gold,
Womit der Staatsmann wird besold'?
(...)

4. Mir braucht ihr kein Metall zu graben,
Denkt mancher wohl in seinem Sinn,
Willst du denn keine Wirtschaft haben? ...